

# Forschung

Politik - Strategie - Management

## Analyse der britischen Forschungsförderpolitik

- Fo-Gespräch mit Jürgen Schlegel zur Deutschen Forschungspolitik seit der deutschen Vereinigung
  - Nachhaltiges Wachstum im Mittelpunkt: Die acatech Innovationsberatung
    - Lohnt sich Grundlagenforschung in kleineren Ländern überhaupt?
      - Konzepte und Prozesse britischer Forschungsförderung (1986-2014) Teil I: Bisherige Bewertung der Qualität der Forschung in Großbritannien Bericht über den Forschungsstand zum Research Assessment Exercise (RAE)
      - Konzepte und Prozesse britischer Forschungsförderung (1986-2014) Teil II: Künftige Forschungsbewertung in Großbritannien ab 2014 Vorbereitung und Übergang zum Research Excellence Framework (REF)
- Einige Schlaglichter der Einführung des REF in der britischen Öffentlichkeit

1+2  
2011

## Herausgeberkreis

*Jutta Allmendinger, Prof. Ph. D.*, Präsidentin, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH Berlin  
*Dorothee Dzwonnek, Ass. jur.*, Generalsekretärin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Bonn, ehem. Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz  
*Bernd Ebersold, Dr. rer. pol.*, Geschäftsführer Jacobs-Foundation, Zürich, früher stellv. GenSekr. MPG  
*Jürgen Enders, Prof. Dr. rer. pol.*, Leiter des Center for Higher Education Policy Studies (CHEPS), Universität Twente, Enschede (NL)  
*Falk Fabich, Dr. rer. pol., Ass. jur.*, Geschäftsführer Forschungsverbund Berlin e. V. (Leibniz-Gemeinschaft),  
*Reinhard Hüttel, Prof. Dr. rer. nat., Dr. h. c.*, Präsident acatech, Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, Vorstandsvorsitzender des GeoForschungsZentrums Potsdam, Brandenburgische Technische Universität Cottbus, ehemaliger Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrates

*Wilhelm Krull, Dr. phil.*, Generalsekretär der Volkswagenstiftung, Hannover; Vorsitzender des Aufsichtsrates des österreichischen Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung (FWF)  
*Stefan Kuhlmann, Prof. Dr. rer. pol.*, University of Twente, Chair Foundations of Science, Technology and Society, School of Management and Governance, Enschede (NL)  
*Christian Scherf, Ass. jur.*, Verwaltungsdirektor, Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY, Hamburg  
*Jürgen Schlegel, Ass. jur., Ministerialdirigent*, Generalsekretär der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz, Bonn, ehem. GenSekr. d. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Bonn  
*Michael Stampfer, Dr. jur.*, GenSekr. WWTF Wien - Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds, Wien  
*Wolff-Dietrich Webler, Prof. Dr. rer. soc.*, Leiter des Instituts für Wissenschafts- und Bildungsforschung Bielefeld (IWBB), Professor of Higher Education, Faculty of Psychology, University of Bergen, Norway  
*Johann-Dietrich Wörner, Prof. Dr.-Ing., Dr. h. c. mult.*, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), ehem. Präsident der TU Darmstadt

## Hinweise für die Autoren

In dieser Zeitschrift werden i.d.R. nur Originalbeiträge publiziert. Sie werden doppelt begutachtet. Die Autor/innen versichern, den Beitrag nicht zu gleicher Zeit an anderer Stelle zur Publikation angeboten zu haben.

Beiträge werden nur dann angenommen, wenn die Autor/innen den Gegenstand nicht in vergleichbarer Weise in einem anderen Medium behandeln.

Senden Sie bitte das Manuskript als Word-Datei und Abbildungen als JPG-Dateien per E-Mail an die Redaktion (Adresse siehe Impressum).

**Wichtige Vorgaben zu Textformatierungen und beigefügten Fotos, Zeichnungen sowie Abbildungen erhalten Sie in den „Autorenhinweisen“ auf unserer Verlags-Homepage: [„www.universitaetsverlagwebler.de“](http://www.universitaetsverlagwebler.de).**

**Ausführliche Informationen zu den in diesem Heft aufgeführten Verlagsprodukten erhalten Sie ebenfalls auf der zuvor genannten Verlags-Homepage.**

## Impressum

### Verlag, Redaktion, Abonnementsverwaltung

UVW UniversitätsVerlagWebler  
Der Fachverlag für Hochschulthemen  
Bünder Straße 1-3 (Hofgebäude), 33613 Bielefeld  
Tel.: 0521 - 92 36 10-12, Fax: 0521 - 92 36 10-22,  
E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de)

**Satz:** UVW, E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de)

### Anzeigen:

Die Zeitschrift „Forschung“ veröffentlicht Verlagsanzeigen, Ausschreibungen und Stellenanzeigen. Aufträge sind an den Verlag zu richten.

**Erscheinungsweise:** 4mal jährlich

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 30.08.2011

### Grafik:

Variation eines Entwurfes von Ute Weber Grafik Design, München. Gesetzt in der Linotype Syntax Regular.

### Druck:

Sievert Druck & Service GmbH,  
Potsdamer Str. 190, 33719 Bielefeld

### Abonnement/Bezugspreis:

Jahresabonnement: 88 Euro zzgl. Versandkosten  
Einzelpreis: 22 Euro zzgl. Versandkosten  
Abobestellungen und die Bestellungen von Einzelheften sind unterschrieben per Post, E-Mail oder Fax an den Verlag zu richten. Das Jahresabonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Jahresende gekündigt wird.

### Copyright: UVW UniversitätsVerlagWebler

Die mit Verfasseramen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Auffassung der Herausgeber bzw. Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte/Rezensionsexemplare wird keine Verpflichtung zur Veröffentlichung/Besprechung übernommen. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird und ausreichendes Rückporto beigefügt ist. Die Urheberrechte der hier veröffentlichten Artikel, Fotos und Anzeigen bleiben bei der Redaktion. Der Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

# Forschung

## Politik - Strategie - Management

### Einführung des geschäftsführenden Herausgebers

1

### Forschungsgespräche

Fo-Gespräch mit Jürgen Schlegel zur Deutschen Forschungspolitik seit der deutschen Vereinigung

3

### Forschungsentwicklung/-politik

*Reinhard F. Hüttl & Adreas Möller*  
Nachhaltiges Wachstum im Mittelpunkt:  
Die acatech Innovationsberatung

10

*Jürgen Schlegel*  
Lohnt sich Grundlagenforschung in kleineren Ländern überhaupt?

15

*Oliver Locker-Grütjen*  
Keine Zeit mehr für die Forschung?  
Zunehmende Belastung durch forschungsferne Aufgaben – Rahmenbedingungen und Ansätze

17

### Forschung über Forschung

Porträt als Wissenschaftler:  
Ben R. Martin (Sussex)

22

*Wolff-Dietrich Webler*

Konzepte und Prozesse britischer Forschungsförderung (1986-2014) Teil I:  
Bisherige Bewertung der Qualität der Forschung in Großbritannien  
Bericht über den Forschungsstand zum Research Assessment Exercise (RAE)

23

*Wolff-Dietrich Webler*

Konzepte und Prozesse britischer Forschungsförderung (1986-2014) Teil II:  
Künftige Forschungsbewertung in Großbritannien ab 2014  
Vorbereitung und Übergang zum Research Excellence Framework (REF)

35

### Dokumentation

Einige Schlaglichter der Einführung des REF in der britischen Öffentlichkeit

53

### Meldungen

56

### Seitenblick auf die Schwesterzeitschriften

Hauptbeiträge der aktuellen Hefte  
HSW, HM, P-OE, ZBS und QiW

IV

im UniversitätsVerlagWebler erhältlich:

## Wim Görts Projektveranstaltungen – und wie man sie richtig macht

Reihe Motivierendes Lehren und Lernen  
in Hochschulen: Praxisanregungen



Wim Görts hat hier seinen bisherigen beiden Bänden zu Studienprojekten in diesem Verlag eine weitere Anleitung von Projekten hinzugefügt. Ein variationsreiches Spektrum von Beispielen ermutigt zu deren Durchführung. Das Buch bietet Lehrenden und Studierenden zahlreiche Anregungen in einem höchst befriedigenden Bereich ihrer Tätigkeit. Die Verstärkung des Praxisbezuges der Lehre bzw. der Handlungskompetenz bei Studierenden ist eine häufig erhobene Forderung. Projekte gehören - wenn sie gut gewählt sind - zu den praxisnächsten Studienformen. Mit ihrer ganzheitlichen Anlage kommen sie der großen Mehrheit der Studierenden, den holistischen Lernern, sehr entgegen. Die Realisierung von Projekten fördert Motivation, Lernen und Handlungsfähigkeit der Studierenden erheblich und vermittelt dadurch auch besondere Erfolgserlebnisse für die Lehrenden bei der Realisierung der einer Hochschule angemessenen, anspruchsvollen Lehrziele. Die Frage zum Studienabschluss, in welcher Veranstaltung Studierende am meisten über ihr Fach gelernt haben, wurde in der Vergangenheit häufig mit einem Projekt (z.B. einer Lehrforschung) beantwortet, viel seltener mit einer konventionellen Fachveranstaltung. Insofern sollten Studienprojekte gefördert werden, wo immer es geht. Die Didaktik der Anleitung von Projekten stellt eine „Königsdisziplin“ der Hochschuldidaktik dar. Projekte gehören zum anspruchsvollsten Bereich von Lehre und Studium. Nur eine begrenzte Zeit steht für einen offenen Erkenntnis- und Entwicklungsprozess zur Verfügung. Insofern ist auf die Wahl sowie den Zuschnitt des Themas und die Projektplanung besondere Sorgfalt zu verwenden. Auch soll es der Grundidee nach ein Projekt der Studierenden sein, bei dem die Lehrperson den Studierenden über die Schulter schaut. Die Organisationsfähigkeit und Selbstdisziplin der Studierenden sollen gerade im Projekt weiter entwickelt werden. Der vorliegende Band bietet auch hierzu zahlreiche Anregungen.

ISBN 3-937026-60-6, Bielefeld 2009,  
138 Seiten, 19.80 Euro

Bestellung - E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de), Fax: 0521/ 923 610-22

## Wolff-Dietrich Webler:

### Zur Entstehung der Humboldtschen Universitätskonzeption Statik und Dynamik der Hochschulentwicklung in Deutschland- ein historisches Beispiel

Reihe: Beruf Hochschullehrer/in

Insbesondere für diejenigen, die genauer wissen wollen, was sich hinter der Formel „die Humboldtsche Universität“ verbirgt, bietet sich die Gelegenheit, wesentliche historische Ursprünge der eigenen beruflichen Identität in der Gegenwart kennen zu lernen.

Die Grundlagen der modernen deutschen Universität sind in einigem Detail nur Spezialisten bekannt. Im Alltagsverständnis der meisten Hochschulmitglieder wird die Humboldtsche Universitätskonzeption von 1809/10 (Schlagworte z.B.: „Einheit von Forschung und Lehre“, „Freiheit von Forschung und Lehre; Staat als Mäzen“, „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“) häufig mit der modernen deutschen Universität gleichgesetzt, ihre Entstehung einer genialen Idee zugeschrieben.

Die vorliegende Studie zeigt, unter welchen gesellschaftlichen und universitären Bedingungen sich einige zentrale Merkmale ihrer Konzeption schon lange vor 1800 entwickelt haben, die heute noch prägend sind. Dies wird anhand der akademischen Selbstverwaltung, der Lehrfreiheit und der Forschung vorgeführt. Die über 50 Jahre ältere, seit mindestens Mitte des 18. Jahrhunderts anhaltende Entwicklungsdynamik wird lebendig. Schließlich wird als Perspektive skizziert, was aus den Elementen der Gründungskonzeption der Berliner Universität im Laufe des 19. Jahrhunderts geworden ist. Der Text (1986 das erste Mal erschienen) bietet eine gute Gelegenheit, sich mit den wenig bekannten Wurzeln der später vor allem Wilhelm von Humboldt zugeschriebenen Konzeption und ihren wesentlichen Merkmalen vertraut zu machen.

ISBN 3-937026-56-8, Bielefeld 2008,  
30 Seiten, 9.95 Euro



Bestellung - E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de), Fax: 0521/ 923 610-22

Die vorliegende Ausgabe der "Forschung" legt ihren Themenschwerpunkt auf den Verlauf und die **Erfahrungen mit dem Research Assessment Exercise bis zum Übergang auf das Research Excellence Framework in Großbritannien.**

Jürgen Schlegel hat als Generalsekretär der seinerzeit bestehenden Bund-Länder-Konferenz für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) den deutschen Vereinigungsprozess aus wissenschaftspolitischer Sicht begleitet. Er ist seit Anfang 2011 pensioniert, was seine Unabhängigkeit des Urteils noch erhöht hat. Mit ihm als Zeitzeugen ein Gespräch über seine Sicht der **Deutschen Forschungspolitik seit der deutschen Vereinigung** zu führen, lohnt daher besonders. Seine Kommentare tragen dazu bei, manches Missverständnis auszuräumen, das – bei unbestreitbaren Fehlern, die auch begangen wurden – im Zuge der deutschen Vereinigung entstanden war. Das Gespräch bleibt aber nicht auf diese Phase und dieses Feld beschränkt, sondern beleuchtet die forschungspolitische Entwicklung insgesamt. **Seite 3**

Die Akademien der Wissenschaft erfüllen – neben langjährigen Editionsarbeiten – vor allem auch Beratungsaufgaben für die Politik, in denen das verstreute, spezialisierte und zu relativierende Wissen interdisziplinär aufbereitet, zu komplexeren Aussagen zusammengeführt und in die Politikberatung eingebracht wird. Die Kanzlerin Angela Merkel lässt sich seit 2010 intensiver von der acatech unter Leitung ihres Präsidenten Reinhard F. Hüttl beraten. In einer ersten Zusammenfassung berichten **Reinhard F. Hüttl & Adreas Möller** in ihrem Beitrag **Nachhaltiges Wachstum im Mittelpunkt: Die acatech Innovationsberatung** über ihre Tätigkeit. **Seite 10**

In der vorigen Ausgabe war die Zeitschrift Forschung auf eine Debatte in Österreich eingegangen, die dort der Präsident der österreichischen Wirtschaftskammer, Dr. Christoph Leitl, ausgelöst hatte. Er erklärte öffentlich (sinngemäß), in kleinen Ländern wie Österreich könne die Grundlagenforschung doch auf die (projektformige und jeweils zeitlich begrenzte) Finanzierung aus EU-Mitteln verwiesen werden; man solle staatliche Finanzierung besser auf die anwendungsorientierte Forschung bis hin zur Marktreife von Produkten konzentrieren. Diese Vorgänge haben hier in der vorliegenden Zeitschrift dazu geführt, vier zugespitzte Fragen an Experten zu richten. Unter der zusammenfassenden Überschrift „Lohnt sich Grundlagenforschung in 'kleineren' Ländern überhaupt?“ oder (erweitert) "Relevanz der Grundlagenforschung für die wissenschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung eines Landes" gab es bereits mehrere Antworten.

In dieser Ausgabe publizieren wir die Antwort von *Jürgen Schlegel* auf die Frage: **Lohnt sich Grundlagenforschung in kleineren Ländern überhaupt?** **Seite 15**

Die Veränderung der Rahmenbedingungen und der Art, wie Forschung zu betreiben ist, haben zu erheblicher Arbeitsüberlastung der Forschenden beigetragen. Darauf haben die meisten Universitäten mit dem Aufbau von Entlastungsstrukturen reagiert. *Oliver Locker-Grütjen* diskutiert in seinem Artikel **Keine Zeit mehr für die Forschung? Zunehmende Belastung durch forschungsferne Aufgaben – Rahmenbedingungen und Ansätze** über Entlastungsmöglichkeiten, u.a. auch über die Entflechtung der komplexen Dienstaufgaben in Professuren und über die (auch individuelle) Flexibilisierung von Deputaten. Die Entlastungsspielräume sind aber eng. Der Autor -- selbst Leiter einer Einrichtung zur Entlastung von Forschenden – wirbt für eine Expansion solcher Strukturen. **Seite 17**



Wolff-Dietrich  
Webler

Die Regierung unter Margret Thatcher hatte nach einer gravierenden Wirtschaftskrise in den 1970er Jahren in Großbritannien eine neue Forschungsförderpolitik eingeführt. Deren Strategie brach mit vielen Traditionen. Die Merkmale dieser Politik hat Ben Martin (ein Wissenschaftsforscher der Universität von Sussex) rekonstruiert und analysiert. Er wird in einem Kurzporträt hier vorgestellt. **Seite 22**

*Wolff-Dietrich Webler* fasst dessen Arbeit unter Einbezug externer Quellen in dem Artikel: **Konzepte und Prozesse britischer Forschungsförderung (1986 bis 2014) Teil I: Bilanz und Perspektiven des Research Assessment Exercise (RAE)(1986 bis 2008) – Ein Bericht zum Forschungsstand** zusammen. Deutschland ist in der Forschungsförderung z.T. andere Wege gegangen, aber teilweise werden inzwischen ähnliche Schritte diskutiert. Manche der erwartbaren Wirkungen können am britischen Beispiel schon studiert werden; davon sind einige gänzlich unerwünscht. **Seite 23**

Im **Teil II: Künftige Forschungsbewertung und -finanzierung in Großbritannien ab 2014 – Die Weiterentwicklung des Research Assessment Exercise (RAE) zum Research Excellence Framework (REF) (2008 bis 2014)** wird der Entwicklungsprozess des neuen Rahmens dokumentiert und analysiert. Immer wieder beachtenswert sind die britischen Traditionen der für deutsche Verhältnisse ungewöhnlich transparenten Entwicklungs- und Beratungsprozesse. Besonders beachtenswert auch die Art, wie sich an schwierige Themen – etwa der Zitationsindices oder des impacts von Forschung herangewagt wird. Der impact-Begriff wird erheblich weiter interpretiert (nicht nur in die Scientific Community, sondern in die allgemeine Gesellschaft und deren Wohl hinein) als dies bisher in Deutschland

der Fall ist. Auch mutige Entscheidungen fallen: Die Zitationsindices dort, wo sie nicht längst eingeführt sind, auch noch nicht in die Bewertung einzubeziehen, weil sie für nicht ausgereift erklärt werden. **Seite 35**

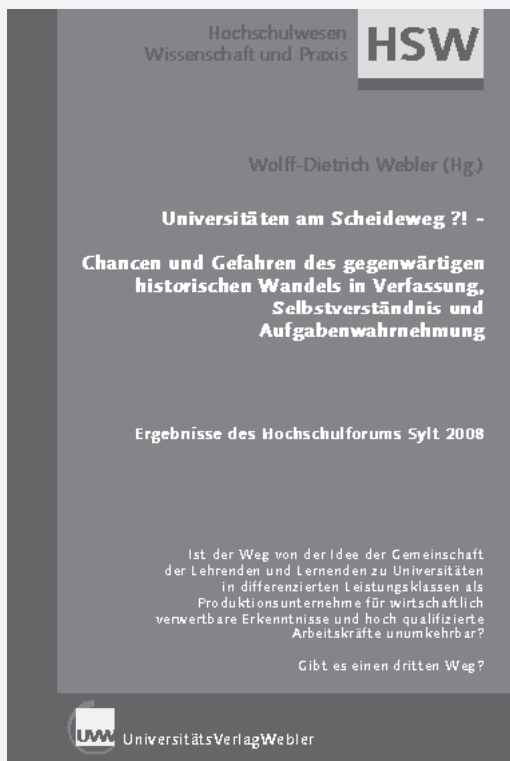
**Einführung des REF in der britischen Öffentlichkeit auslöst** – die Umverteilung bisheriger Ressourcenausstattung, aber auch emotionaler Reaktionen auf die Entwicklung. **Seite 54**

Ergänzt wird dieser Bericht durch die **Dokumentation einzelner Schlaglichter auf die Reaktionen, die die**

W.W.

**Wolff-Dietrich Webler (Hg.):  
Universitäten am Scheideweg ?! - Chancen und Gefahren des gegenwärtigen historischen Wandels in Verfassung, Selbstverständnis und Aufgabenwahrnehmung  
Ergebnisse des Hochschulforums Sylt 2008**

Reihe Hochschulwesen: Wissenschaft und Praxis



**Ist der Weg von der Idee der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden zu Universitäten in differenzierten Leistungsklassen als Produktionsunternehmen für wirtschaftlich verwertbare Erkenntnisse und hoch qualifizierte Arbeitskräfte unumkehrbar? Gibt es einen dritten Weg?**

Die Entwicklung hat sich schon Jahrzehnte abgezeichnet – jetzt ist der Wandel in vollem Gange (und vermutlich unumkehrbar). Die Universitätsleitungen in Deutschland sehen sich – von ihnen gewollt oder nicht – einer Entwicklung gegenüber, die "ihre" Universität täglich verändert und die – provokant zugespitzt – in die Formel gefasst werden kann:

Von der Idee der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden in grundsätzlich gleichen (gleichrangigen) Universitäten zu einem Produktionsunternehmen in differenzierten Leistungsklassen, das Wirtschaftsregeln durchgängig folgt und das vordringlich wirtschaftlich verwertbare Erkenntnisse und Arbeitskräfte erzeugt.

Diese Situation, die die deutsche Universität so nachhaltig verändern wird wie kaum etwas anderes vorher, stand im Zentrum des Hochschulforums Sylt 2008. Dort wurde gefragt: Gibt es einen dritten Weg?

Die zentrale These lautet: Wenn nicht korrigierend eingegriffen wird, dann wird die Universität als kollegiale Veranstaltung verlassen – mit weitreichenden Folgen für Zusammenhalt, Produktivität, Verantwortungsstrukturen, für Art, Niveau und Profil von Forschung, Lehre und Studium bzw. Art, Niveau und Profil der Absolvent/innen. Bisherige kollegial integrative Meinungsbildungs-, Entscheidungs-, personelle Ergänzungs-(Berufungs-)verfahren werden von betriebsförmigen Strukturen abgelöst. Dieses Neue enthält Chancen und Gefahren – in welchem Umfang und mit welchem Ergebnis ist offen. Das Ergebnis aber ist für die deutsche Gesellschaft und weit darüber hinaus von allergrößter Bedeutung. Hier setzt das in diesem Band vorgelegte Konzept des Hochschulforums 2008 an.

Hochschulforscher, Universitätsrektoren/-präsidenten und Mitglieder aus Wissenschaftsministerien haben sich für acht Tage in Klausur begeben, mit dem Ziel die weiteren Konsequenzen der Maßnahmen zu vergegenwärtigen und sich zu vergewissern, ob und wie diese Folgen gewollt werden.

Das Ergebnis – bestehend aus Analysen und Handlungsempfehlungen – wird hiermit vorgelegt.

ISBN 3-937026-64-9, Bielefeld 2009,  
296 Seiten, 39.80 Euro

**Mit Beiträgen von:**

Philip G. Altbach, Tino Bargel,  
Hans-Dieter Daniel, Christiane Gaehtgens,  
Ludwig Huber, Wilhelm Krull,  
Stephan Laske, David Lederbauer,  
Bernadette Loacker,  
Claudia Meister-Scheytt,  
Klaus Palandt, Ulrich Peter Ritter,  
Thomas Rothenfuh, Christoph Scherrer,  
Jürgen Schlegel, Boris Schmidt,  
Dieter Timmermann, Carsten von Wissel,  
Wolff-Dietrich Webler, Gülsan Yalcin,  
Frank Ziegele.

Bestellung - E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de), Fax: 0521/ 923 610-22



Jürgen Schlegel

## Fo-Gespräch mit Jürgen Schlegel über die Forschungspolitik seit der deutschen Vereinigung

**Fo:** Herr Schlegel, die Gemeinsame Wissenschaftskommission (GWK) und ihre Vorgängerin, die Bund-Länder-Kommission für Forschungsplanung und Forschungsförderung (BLK) hat die Forschungspolitik der Bundesländer und des Bundes durch rund 40 Jahre hindurch zu koordinieren versucht. Sie haben durch Jahrzehnte die Arbeit dieser Einrichtungen als Generalsekretär begleitet. Können Sie uns einige wesentliche Etappen (Meilensteine) der Entwicklung der Forschungspolitik in Deutschland benennen? Es bietet sich an, die 20 Jahre seit der deutschen Vereinigung, die sich in diesem Jahr gerundet haben, als zeitlichen Rahmen zu nehmen. Im Gefolge der deutschen Vereinigung ist es zu einer Neuordnung der Forschungslandschaft gekommen. Aber auch die europäische Forschungspolitik hat sich erheblich gewandelt. Aus dieser Entwicklung wollen wir uns in Auswahl noch einmal einige Meilensteine näher ansehen. Welche wären da zu nennen?

**Jürgen Schlegel (JS):** Zu nennen wären:

- vor allem die Umsetzung von Art. 38 Einigungsvertrag, der eine einheitliche deutsche Wissenschafts- und Forschungslandschaft zu schaffen zum Ziel hatte,
  - die Folgen aus der Abwicklung der verschiedenen Akademien der Wissenschaften in der ehemaligen DDR und die Errichtung einer Vielzahl neuer Forschungsinstitute, die national und international konkurrenzfähig sein sollten,
  - die Entwicklung der Hochschulen in den neuen Ländern,
  - die nachhaltigen Veränderungen in der Landschaft der außeruniversitären Forschungseinrichtungen durch den Neuaufbau in den neuen Ländern,
  - das Verhältnis von staatlich geförderter zur Industrieforschung in den neuen Ländern,
- die Föderalismusreform und ihre Auswirkungen auf die Forschungspolitik der Länder,
  - die Rolle des Bundes in der Forschungspolitik,
  - die neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung,
  - die strategischen Linien von Bund und Ländern bei der Förderung von Wissenschaft und Forschung,
- die europäische Forschungspolitik,
  - den europäischen Forschungsraum,
  - der Entwicklung der Forschungsrahmenprogramme, insbesondere

- des Europäischen Forschungsrates und
- den veränderten rechtlichen Möglichkeiten für die Forschungspolitik der Kommission und der Mitgliedsstaaten im europäischen Forschungsraum.

### 1. Neuordnung der deutschen Forschungslandschaft nach der Vereinigung

**Fo:** Diese Aufzählung ruft schon viele Erinnerungen und Assoziationen wach. Beginnen wir einmal mit der Neuordnung der deutschen Forschungslandschaft nach der Vereinigung. Schon der Einigungsvertrag sah die sofortige Auflösung der Akademien der Wissenschaften vor. Ihre Institute erhielten eine Bestandgarantie bis längstens Ende 1991. Evaluationsprozesse sollten über eine evtl. Weiterführung als außeruniversitäre Forschungseinrichtung sowie Art und Umfang entscheiden. Der Wissenschaftsrat empfahl für diese Einrichtungen rund 11.000 Stellen. Weitere 2.000 Mitarbeiter sollten in die Forschung an Universitäten integriert werden. Zusammen mit den Drittmittelprojekten ergaben sich Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten für 15-17.000 Mitarbeiter früherer Akademie-Institute. Wie sah dann der Wandlungsprozess tatsächlich aus?

**JS:** Der Neuordnungsprozess und die Einpassung der Forschung der ehemaligen DDR in eine gemeinsame gesamtdeutsche Forschungslandschaft sind im Bereich der außeruniversitären Forschung außerordentlich schnell und weitgehend programmgemäß verlaufen: Die neuen Länder sind schon im Januar 1991 dem Abkommen über die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung und seinen Rahmen- und Ausführungsvereinbarungen beigetreten, so dass das Instrument der Bund-Länder-Abstimmung nach Art. 91 b von 1991 in den neuen Ländern zur Gänze zur Verfügung stand. Bis Ende 1991 sind allein 33 neue Einrichtungen der damals sog. „Blauen Liste“ in den neuen Ländern geschaffen worden.

Die Max-Planck-Gesellschaft hatte 29 Arbeitsgruppen sowie zwei neue Institute und mehrere Außenstellen von Instituten errichtet. Fraunhofer-Gesellschaft und Helmholtz-Gemeinschaft haben ebenfalls ihre Aktivitäten auf die neuen Länder ausgeweitet und zwei neue Großforschungseinrichtungen geschaffen. Mit dem Abschluss der Evaluationen durch den Wissenschaftsrat Ende 1991 ist auch praktisch zeitgleich der Prozess der Umwandlung des Forschungssystems der ehemaligen DDR in ein

Forschungssystem, das weitgehend von den Regelungen der Bund-Länder-Zusammenarbeit nach Art. 91 b GG geprägt war, gelungen. Bei diesem insgesamt positiven Prozess der Neugestaltung der außeruniversitären Forschung in den neuen Ländern hat sicherlich eine entscheidende Rolle die Tatsache gespielt, dass sichere aber bis zum 31.12.91 befristete Übergangsfinanzierungen zum einen die Arbeitsfähigkeit der wissenschaftlichen Einrichtungen gesichert haben, zum anderen klare Zielmarken für die Bemühungen zur Ausgestaltung neuer rechtlicher Strukturen gesetzt haben. Es konnte sich niemand Zeit lassen bei der Neugestaltung und es gab keine Diskontinuitäten in der Forschungstätigkeit.

**Fo:** Wie beurteilen Sie im Rückblick die Auflösung der Akademien der Wissenschaften der DDR? War das eine kluge Entscheidung?

**JS:** Die Akademien der Wissenschaften der ehemaligen DDR hatten die Doppelfunktion einer Gelehrtensozietät und von Forschungseinrichtungen. In dieser Doppelfunktion hatten sie kein Pendant im ehemals westdeutschen Forschungsraum. Die Auflösung dieses Zusammenhangs in Art. 38 (1) des Einigungsvertrages, der den Weiterbestand der Gelehrtensozietäten dem Landesrecht überließ, war sicher richtig.

Es gibt Stimmen, die sagen, man hätte den Forschungsinstitutsteil der Akademie der Wissenschaften zusammenhalten und als Einheit weiter führen können. Rechtlich mag das so sein; fachlich und für die wissenschaftliche Entwicklung wäre es sicher ein schlechterer Weg gewesen als der, der in der Umsetzung von Art. 38 des Einigungsvertrages gewählt wurde: Mit einem auf die neuen Länder begrenzten, aber sehr stark auf Berlin und den Berliner Raum fokussierten Großinstitut mit einer Fülle unselbständiger Teilinstitute wäre praktisch eine neue Forschungseinrichtung, ähnlich der Max-Planck-Gesellschaft, räumlich begrenzt auf die neuen Länder, entstanden. Ihre Finanzierung hätte Sonderregelungen zwischen dem Bund und den neuen Ländern erfordert. Ihre Existenz hätte eine Ausdehnung der Max-Planck-Gesellschaft auf die neuen Länder wenn nicht verhindert, so doch wesentlich erschwert. Wir hätten einen Forschungsraum bekommen, bei dem länderübergreifend tätige Einrichtungen dauerhaft auf das Gebiet der ehemaligen DDR begrenzt geblieben wären. Das wäre wahrlich das Gegenteil einer einheitlichen Forschungslandschaft, die gemeinsam angestrebt war.

**Fo:** Die Evaluation der Akademie-Institute der DDR durch den Wissenschaftsrat hat den Begriff "Evaluation" in den neuen Bundesländern längere Zeit zu einem roten Tuch werden lassen. Natürlich war es sinnvoll, den Zustand und die Qualität der (Akademie-)Einrichtungen zu überprüfen. Aber dies geschah durch eine summative, also in einer Momentaufnahme bilanzierende Evaluation, um dann über Erhalt, Wandel oder Abwicklung zu entscheiden. Sinnvoll wäre es gewesen, sich zunächst genauere Vorstellungen von der früheren und künftigen Forschungslandschaft im Gebiet der DDR und in der ganzen Bundesrepublik zu machen. Dann wäre es möglich

gewesen, evtl. in einen oder anderen Fall auch eine formative, entwickelnde Evaluation durchzuführen, in der einer wünschenswerten Einrichtung evtl. die bis dahin fehlenden Ressourcen zugesprochen worden wären. So blieb der Eindruck zurück, in einigen Fällen hätten sich westdeutsche Einrichtungen drohende oder tatsächliche Konkurrenz vom Hals geschafft. Welche Strategien hat die BLK in dieser Zeit verfolgt und wie sahen diese Prozesse aus Sicht der BLK aus?

**JS:** Die damalige BLK hat den Prozess der Evaluierung der Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern durch den Wissenschaftsrat intensiv begleitet; sie war die Adressatin seiner Empfehlungen und hat auf der Basis eigener Evaluation z. B. den Beschluss zur Gründung des Instituts für Kristallzüchtung in Berlin als Serviceeinrichtung für die Wissenschaft gefasst.

Die Evaluationen der ehemaligen Akademieinstitute folgten dem Schema, das der Wissenschaftsrat bis dato seit gut zehn Jahren bei der regelmäßigen Evaluierung der Institute der damals sogenannten „Blauen Liste“ auf Bitten der BLK unternommen hatte. Wenn man die Evaluationen vor 1990 mit denen im Zusammenhang der deutschen Einigung vergleicht, kann man strukturelle oder prinzipiell qualitative Unterschiede nicht feststellen.

Der Prozess der Evaluation der ehemaligen Akademieinstitute hat nach meiner Wahrnehmung Evaluierung, ihren Sinn und Zweck, ihre Vorteile und ihre Schwächen erstmalig ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit gerückt. Die Evaluierungen der 80er Jahre sind weitgehend von der wissenschaftlichen Gemeinschaft unbeachtet auf das einzelne Institut bezogen durchgeführt und von Bund und Ländern bei ihren Förderentscheidungen berücksichtigt worden. Auch damals sind etwa 10 % der evaluierten Einrichtungen aus der gemeinsamen Förderung herausgenommen worden. Man kann also nicht sagen, dass vor 1990 Evaluierung ohne negative Folgen geblieben wäre und ernsthaft erstmals nach der Wiedervereinigung evaluiert worden ist.

Die Fülle der Evaluierungen und der kurze Zeitraum, in dem dies geschah, hat höheren Grad an Aufmerksamkeit geweckt. Die Evaluationen waren fair, die aus ihnen hervorgegangenen Empfehlungen weitestgehend sachgerecht und zukunftsweisend. Die Institute, die auf der Basis dieser Evaluationen entstanden sind, haben sich im nationalen und internationalen Wettbewerb vorzüglich bewährt. Ihre Existenz und ihr Erfolg sind Beleg für die Güte der seinerzeitigen Evaluationen. Erst mit der Evaluation aufgrund von Art. 38 des Einigungsvertrages ist wissenschaftliche Evaluation in Deutschland etabliert und als Instrument der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung allgemein anerkannt.

Die bisherige Entwicklung zeigt auch, dass es richtig war, sich mit der Evaluierung und dem Neuaufbau der Forschungslandschaft außerhalb der Universitäten in den neuen Ländern keine Zeit zu lassen, sondern die Umstellung im Wesentlichen bis zum Ende des Jahres 1991 fertig zu stellen. Damit hatten alle Beteiligten klare Ziele, klare wissenschaftliche Ziele, klare haushaltsmäßige Grundlagen, die sich als sichere Basis für die wissenschaftliche Arbeit der Institute erwiesen haben und



weit überwiegend im Laufe der Jahre auch gesteigert werden konnten. Die Entwicklung an den Hochschulen der neuen Länder, die mit der Umgestaltung mehr Zeit hatten, spricht nicht dafür, dass mehr Zeit zu besseren Ergebnissen in der außeruniversitären Forschungslandschaft geführt hätte. Die BLK hat daher ganz bewusst auf Schnelligkeit gesetzt und alle Möglichkeiten eingesetzt, um die Prozesse der Errichtung von Instituten und ihrer gemeinsamen Finanzierung zu beschleunigen.

**Fo:** Das Wissenschaftler-Integrationsprogramm (WIP) war für die Akademie-Forscher sehr gut (und mit reichlich Forschungsmitteln ausgestattet) aber es bot keine dauerhafte Perspektive für die Forscher. Können Sie nochmal ausführen, worin das WIP-Programm bestand und wer es eingerichtet hatte? Welche Vor- und Nachteile bot es?

**JS:** Das sogenannte Wissenschaftler-Integrationsprogramm war Teil der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über ein gemeinsames Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung in den neuen Ländern (Hochschul-Erneuerungsprogramm). Dieses Hochschul-Erneuerungsprogramm bot eine Fülle von Hilfen für die Hochschulen in den neuen Ländern an, um sich apparativ und personell neu aufzustellen, um Abwanderungen in die alten Bundesländer zu verhindern, um neue Studienprogramme zu entwickeln und Nachwuchs an den Hochschulen besser zu fördern. Das Wissenschaftler-Integrationsprogramm war einer von 8 Artikeln eines Katalogs von möglichen Maßnahmen.

Was war die Zielsetzung: Die Zielsetzung war nicht, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern außerhalb der neu geschaffenen Institute und der abgewickelten Akademien zeitlich befristete Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen; das Ziel war, diesen Personenkreis dauerhaft in die Hochschulen zu integrieren. Motivation war die in der alten Bundesrepublik weit verbreitete Unterstellung, in der ehemaligen DDR habe es die Arbeitsteilung gegeben, dass an den Akademien geforscht und an den Universitäten im Wesentlichen nur gelehrt werde, den Universitäten also unbedingt daran gelegen sein müsste, forschungsaktive Wissenschaftler/innen aus dem ehemaligen Akademiebereich in die eigenen Reihen zu integrieren. Diese Grundannahme war falsch: Die Hochschulen der ehemaligen DDR haben sehr wohl geforscht und ihr Personal verstand sich immer als forschendes und lehrendes Personal. Es gab also keine von den Hochschulen als zwingend angesehene Notwendigkeit, sich mit zusätzlichem forschenden Personal zu verstärken.

Die Hochschulen nahmen das Angebot des Art. 8 des Hochschul-Erneuerungsprogramms mit noch größerer Zurückhaltung auf, als sie realisierten, dass aufgrund der finanziellen Situation und der Auslastungssituation an den Hochschulen diese zusätzlichen Wissenschaftler/innen durch Entlassungen von bisherigem Hochschulpersonal an anderer Stelle hätten erkaufte werden müssen. Von den ca. 2.000 betroffenen Personen ist nur ein geringer Teil dauerhaft in Hochschulen integriert worden. Das primäre Ziel des Wissenschaftler-Integrationsprogramms ist damit zweifellos nicht erreicht

worden; das Programm war insgesamt aber dennoch segensreich: 90% der im Wissenschaftler-Integrationsprogramm geförderten Personen konnten über die Laufzeit des Programms, das mehrfach verlängert worden ist, mit sehr guter Ausstattung frei forschen, konnten sich qualifizieren und fanden Möglichkeiten der weiteren Arbeit an anderer Stelle oder konnten aus dem Programm in den Ruhestand gehen.

**Fo:** Hätte es die Leibniz-Gemeinschaft ohne Wiedervereinigung gegeben? Wie, d.h. in welchen Etappen hat sich die Leibniz-Gemeinschaft entwickelt und wie steht sie heute in der Deutschen Forschungslandschaft da?

**JS:** Die Leibniz-Gemeinschaft in dieser Form würde sicher nicht existieren, wenn es die Wiedervereinigung und die im Zuge der Wiedervereinigung erfolgte starke Vergrößerung der damaligen „Blauen Liste“ nicht gegeben hätte. Die Institute in den neuen Ländern sind nach einem bestimmten forschungspolitischen Zielkatalog entwickelt und errichtet worden. Sie haben von Anfang an ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl gehabt als die Institute in den alten Ländern, deren Zusammenhalt im Wesentlichen in der gemeinsamen Finanzierung bestand, die vielen Instituten aber nicht einmal bewusst war. Es waren daher sehr stark auch Wissenschaftler/innen aus Instituten der neuen Länder, die auf eine Veränderung der damaligen „Blauen Liste“ in Richtung auf die jetzige Leibniz-Gemeinschaft gedrängt und sie dann auch umgesetzt haben. Heute ist die Leibniz-Gemeinschaft ein hoch anerkannter Teil des deutschen Systems außeruniversitärer Forschung; sie ist Mitglied der Allianz und im Jahr 2011 sogar die Sprecherorganisation. Sie hat eine hohe korporative Identität geschaffen und wird als gemeinsames Dach von den auch weiterhin selbständigen Instituten wahrgenommen und voll akzeptiert. Die Teilnahme von weit über 90% der Institute an den Mitgliederversammlungen des Vereins Leibniz-Gemeinschaft beweist dies augenfällig.

**Fo:** Zwischendurch wurden noch die sechs Geisteswissenschaftlichen Zentren geschaffen. Wie sind die einzuordnen?

**JS:** Die Situation der geisteswissenschaftlichen Zentren war schwierig, weil die Möglichkeit, sie zu eigenständigen Instituten zu machen und dann dauerhaft institutionell zu fördern, aus unterschiedlichen Gründen seinerzeit nicht gegeben war. Der Wissenschaftsrat hat sechs Zentren empfohlen, die 2005 erneut evaluiert worden sind. Fünf Zentren werden auch weiterhin projektmäßig gefördert, das sechste, das Zentrum für zeitgeschichtliche Forschung, ist zwischenzeitlich Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft und wird von Bund und Ländern institutionell gefördert. Es ist damit in den neuen Ländern neben dem Institut für Zeitgeschichte in München ein zweites Institut mit zeitgeschichtlichem Forschungsauftrag entstanden. Beide Institute kooperieren, nachdem der Prozess des gegenseitigen Kennenlernens abgeschlossen ist, ihre Arbeitsprogramme ergänzen sich, überlappen sich auch teilweise ganz bewusst, so dass ich diese institutio-

nelle Absicherung des Zentrums in der Leibniz-Gemeinschaft außerordentlich begrüße.

**Fo:** Und dann kam die Idee, wieder neue Akademien zu schaffen (die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften) bzw. alte neu zu beleben (die Leopoldina in Halle) und sogar zur Nationalen Akademie der Wissenschaften auszubauen. Wie hat man sich das zu erklären? Was machte diese Projekte für die Forschungspolitik attraktiv? Was versprach man sich davon?

**JS:** Die Geschichte der Neuordnung der Akademien hier auszuführen, würde den Rahmen des Interviews bei Weitem sprengen. Daher nur soviel: Von der ehemaligen DDR-Akademie der Wissenschaften ist die Gelehrtensozietät als Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften wiedererstanden bzw. weitergeführt worden. Der Gedanke an eine Nationalakademie ist alt und begründet sich letztlich trotz vielerlei unterschiedlicher Argumentationsstränge immer wieder in der Feststellung, dass Deutschland anders als die meisten großen Industriestaaten nicht eine nationale Akademie entweder für alle Wissenschaften insgesamt oder für bestimmte wissenschaftliche Zweige hat, sondern mit den Landesakademien eine Vielzahl selbständiger Akademien, die von außen nicht als Einheit empfunden worden sind. Die Leopoldina als kaiserliche Gründung hatte von Anfang an diesen über die Grenzen deutscher Länder hinweg reichenden Anspruch nationaler Gültigkeit. Dieser Anspruch ist wiederbelebt worden und soll der Wissenschaft ein Sprachrohr nach außen geben und Politikberatung bündeln sowie optimieren. Ich bin froh, dass sich das Verhältnis der Landesakademien zu Leopoldina und acatech außerordentlich entspannt hat und ein gutes Miteinander im Bereich der Politikberatung und in der Koordinierung gemeinsamer Aktivitäten besteht.

**Fo:** Soweit bekannt, hat im Westen – von Arbeiten des Wissenschaftsrats abgesehen, die aber auch begrenzt waren – keine wirklich gründliche Analyse des Wissenschaftssystems der DDR stattgefunden. Nur so ist ja erklärbar, dass – wie Sie selbst im Vorgespräch gesagt haben – sich der Kardinalirrtum halten oder entwickeln konnte, nach dem Muster des russischen Wissenschaftssystems hätte es auch an DDR-Hochschulen keine oder nur wenig Forschung gegeben. Tatsache aber war, dass in der russischen Besatzungszone und der späteren DDR nach dem 2. Weltkrieg derartige, anfängliche Wandlungsvorstellungen der russischen Besatzungsmacht gerade unter Berufung auf die erfolgreichen deutschen Wissenschaftstraditionen nicht vollständig umgesetzt wurden. Welche Folgen hatte dieser Kardinalirrtum bei der Neuordnung?

**JS:** Die Hochschulentwicklung in den neuen Ländern nach der Wiedervereinigung ist nicht am Reißbrett erfolgt und nicht vom grünen Tisch aus entschieden worden. Sie nimmt historische und landespolitische Gegebenheiten auf und ist Beweis für die Lebendigkeit föderaler Gestaltung des Wissenschaftsbetriebs in Deutsch-

land. Der Wissenschaftsrat hat die ihm angetragene Evaluierung der Hochschullandschaft auch dazu genutzt, neue Standards für die Ausstattung einzelner Fächer und Fakultäten zu setzen.

Die neu geschaffenen außeruniversitären Institute in den neuen Ländern haben die Chance der engen Zusammenarbeit mit den Hochschulen intensiv genutzt und die Hochschulen ihrerseits haben die außeruniversitäre Forschung in ihrer Nähe nie als unwillkommene Konkurrenz sondern immer als wichtige Ergänzung der eigenen Aktivitäten empfunden. Die heute festzustellende intensive Zusammenarbeit außeruniversitärer Einrichtungen mit den Hochschulen in ganz Deutschland ist entscheidend durch die Bereitschaft der Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern initiiert worden.

**Fo:** Zwar hatten die neuen Bundesländer selber – zuständigkeithalber – zu entscheiden, welche Hochschulen der DDR in welcher Form weiter geführt werden sollten (übrigens binnen 3 Monaten 1991), aber den Wandlungsprozess steuerten die Leitlinien des Wissenschaftsrates für die Neugestaltung der Wissenschaftslandschaft in den neuen Ländern. Sie umfassten 8 Punkte, die lauteten:

1. Fachliche Erneuerung, wo nötig,
2. Nicht-Weiterführung von Spezialhochschulen,
3. Gründung leistungsfähiger Fachhochschulen,
4. Entspezialisierung der Studiengänge,
5. Stärkung der Forschung an den Universitäten,
6. Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
7. Regional gleichmäßige Verteilung von Studienangeboten,
8. Erneuerung vor Neugründung.

Auf einzelne, mit der Forschung zusammenhängende Punkte wollen wir eingehen.

**JS:** Die Hochschulentwicklung in den neuen Ländern nach der Wiedervereinigung ist nicht am Reißbrett erfolgt und nicht vom grünen Tisch aus entschieden worden. Sie nimmt historische und landespolitische Gegebenheiten auf und ist Beweis für die Lebendigkeit föderaler Gestaltung des Wissenschaftsbetriebs in Deutschland. Der Wissenschaftsrat hat die ihm angetragene Evaluierung der Hochschullandschaft auch dazu genutzt, neue Standards für die Ausstattung einzelner Fächer und Fakultäten zu setzen.

Die neu geschaffenen außeruniversitären Institute in den neuen Ländern haben die Chance der engen Zusammenarbeit mit den Hochschulen intensiv genutzt und die Hochschulen ihrerseits haben die außeruniversitäre Forschung in ihrer Nähe nie als unwillkommene Konkurrenz, sondern immer als wichtige Ergänzung der eigenen Aktivitäten empfunden. Die heute festzustellende intensive Zusammenarbeit außeruniversitärer Einrichtungen mit den Hochschulen in ganz Deutschland ist entscheidend durch die Bereitschaft der Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern initiiert worden.

**Fo:** Fachhochschulen wurden nicht aus den beruflichen Fachschulen der DDR gebildet (wie seinerzeit in der alten Bundesrepublik), sondern aus Spezialhochschulen, die nicht zu Universitäten ausgebaut werden sollten. Gerade die Rückstufung mancher wissenschaftlichen Hochschulen der DDR mit Promotionsrecht zu Fachhochschulen hatte ja einige Kompromisse ausgelöst, die der FH-Entwicklung im Westen wiederum voran half.

**JS:** In der Tat ist das Verhältnis zwischen Fachhochschulen und Universitäten, aber auch zwischen Fachhochschulen und außeruniversitärer Forschung, unverkrampt als in den alten Ländern. Es zeigt sich auch in der schon früh feststellbaren Bereitschaft der außeruniversitären Forschung, Absolventen der Fachhochschulen in Promotionsvorhaben einzubinden. Sicher hat auch die Klausel im Sächsischen Hochschulgesetz, die im Wege des Experiments die Promotion an Fachhochschulen zulässt, ihre Wurzel in dieser Historie.

**Fo:** Durch den Anspruch, wegzukommen von den Spezialhochschulen und möglichst Volluniversitäten zu schaffen, ist ja die TU Magdeburg um- und aufgebaut worden, hat sich Potsdam entwickelt, sind die Hochschulen in Dresden und die TU Chemnitz umgebaut und Frankfurt/Oder und Cottbus als Universitäten neu gegründet worden. Dabei haben auch regionale, vor allem von den neuen Bundesländern und deren Grenzen bestimmte, eher sachfremde Interessen eine Rolle gespielt, die einer empirischen Regional- und Standortanalyse und -planung kaum stand gehalten hätten.

Insbesondere der Raum Berlin/Brandenburg war mit TU Berlin, FU Berlin, dem Prestige-Projekt Humboldt-Universität, mit Potsdam, TU Cottbus und Viadrina Frankfurt/Oder überbesetzt. Zwar haben Hauptstädte immer einen erheblichen Überhang an regional demographisch nicht gerechtfertigter Studienplatzkapazität, aber es hätte dringend eines frühen Hochschulentwicklungsplanes Berlin/Brandenburg (HEP BB) bedurft, in dem Kapazitäten nicht überstürzt, sondern langfristig und rational geplant über 20 Jahre aus Berlin in das Umland hätten umverteilt werden können. So aber kam es zu ziemlich abrupten Abbrüchen und Kürzungen an den ehemaligen Westberliner Universitäten, die Vieles zerstört haben.

Als die politische Vision eines vereinigten Bundeslandes Berlin/Brandenburg zunächst gescheitert war, hätten die genannten Hochschulen selbst die Kraft haben müssen, mit externer Planungshilfe und Moderation einen solchen HEP Berlin/Brandenburg zu entwickeln und der Politik als Handlungsalternative vorzulegen. Aber die Aktualitäten und Konflikte haben alle Kraft zu rationalem, mittel- und langfristigem Handeln aufgesogen. Wie stellte sich das Problem aus dem Blickwinkel der BLK dar?

**JS:** Ich habe schon darauf hingewiesen, dass ich die Entwicklung der Hochschulen in den neuen Ländern als positiven Ausweis für leistungsfähigen Föderalismus empfinde. Natürlich kann man die Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland sich auch als ein aufeinander bezogenes zusammenhängendes Netzwerk denken.

Dies entspricht aber nicht den föderalen Gegebenheiten, aufgrund derer einzelne Landesparlamente über die Hochschulen im eigenen Lande entscheiden. Dies ist nicht sachfremd, sondern spiegelt das Faktum wider, dass die jeweiligen Hochschulen von den Bürgern des einzelnen Landes getragen und von den Landesregierungen verantwortet werden.

Natürlich gibt es Bereiche, bei denen man sich stärker landesübergreifende Planung vorstellen könnte, wie etwa im Dreieck Halle/Jena/Leipzig, wo Hochschulen dreier Länder relativ eng beieinander liegen und eine abgestimmte Entwicklungsplanung sicherlich nicht geschieht. Vergleichbare Situationen gibt es aber in den alten Ländern nicht minder. Die neuen Länder haben ihre Möglichkeiten auch dazu genutzt, neue Formen hochschulischer Forschung und Lehre aufzubauen: So ist die Europa-Universität Viadrina als tatsächlich grenzüberschreitend angelegte Hochschule mit ausschließlich geistes- und sozialwissenschaftlichem Spektrum in der Bundesrepublik ein Unikat, ein Unikat auf das wir aber heute, glaube ich, ungern verzichten würden. In Berlin und Brandenburg hat vielleicht der formale gemeinsame Hochschulentwicklungsplan gefehlt; die Hochschulentwicklung des Landes Brandenburg ist aber im Wissen um und unter starker Berücksichtigung der Berliner Situation entstanden.

Brandenburg konnte nur deswegen auf eine medizinische Fakultät verzichten, weil Berlin in seiner Mitte liegt und dieser Verzicht war richtig. Die Kapazitätswahlen der brandenburgischen und Berliner Hochschulen sowie ihre Studienanfängerentwicklung beweisen, dass nicht über „Bedarf“ ausgebaut worden ist. Die brandenburgischen Universitäten haben nicht mit zurückgehenden Studienanfängerzahlen zu kämpfen, im Gegenteil. Gleiches gilt für die Berliner Hochschulen. Die Sogwirkung der Hauptstadt, auch auf Studierende aus anderen Ländern, ist seinerzeit sehr richtig eingeschätzt worden. Zu Beginn der 90er Jahre ging es auf der anderen Seite darum, die Konzentration von Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR auf Berlin und das Berliner Umfeld aufzubrechen. Und so sind doch einige Verlagerungen von Instituten und Institutsteilen erfolgt. Auch das Wissenschaftler-Integrationsprogramm sollte dazu dienen, wissenschaftliches Personal, das bislang im Wesentlichen in Berlin arbeitete, besser auf die neuen Länder zu verteilen.

**Fo:** Kommen wir zur Rolle der Industrieforschung. Betrachtet man die Vorteile einer starken Industrieforschung, wie sie traditionell in den Unternehmen in Baden-Württemberg und Bayern besteht, stellen sich Fragen, warum mit dem Wiederaufbau der Wirtschaft in den neuen Bundesländern nicht auch die Industrieforschung in größerem Umfang wieder eingezogen ist.

Es gab ja in der DDR eine enge, traditionelle Forschungsk Kooperation zwischen Hochschulen, Akademien und Industrie in den Industriekombinaten. Spätestens dort hätte man erkennen können, dass es sehr wohl Forschung an DDR-Hochschulen gab. Mit der Abwicklung dieser Kombinate kam auch diese Industrieforschung zum Erliegen. Wie war dieser Verlust einzuschätzen?

**JS:** Die Industrieforschung hat neben der außeruniversitären Forschung und der Hochschulforschung die am wenigsten erfreuliche Entwicklung genommen. Anders als in der staatlich geförderten Forschung sind nach der Umwandlung der Industriestrukturen in der ehemaligen DDR keine neuen Industrieforschungsstrukturen nennenswerten Ausmaßes in den neuen Ländern entstanden. Produktion und Dienstleistung sind zwischenzeitlich sehr erfreulich in den neuen Ländern gewachsen. Die Forschungs- und Entwicklungskerne sind aber in den alten Ländern geblieben. Die Zahlen über den Anteil der industriefinanzierten Forschungsentwicklung in den neuen und alten Ländern machen diese Diskrepanz augenfällig. Über die Gründe kann man spekulieren, sicherlich ist aber einer der wesentlichen Gründe der, dass die forschungsintensive Industrie, die in den neuen Ländern produziert, ihre Forschungskapazitäten dort behalten hat, wo sie früher auch waren – und das waren die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Hauptsitze der Firmen in den alten Ländern.

## 2. Europäische Forschungspolitik

**Fo:** Was ist an der europäischen Forschungspolitik der letzten 20 Jahre (gerade in ihrer Auswirkung auf die deutsche Entwicklung) festzuhalten? Zum Beispiel hat der Lissabon-Vertrag die europäische Forschungspolitik auf eine ganz neue Basis gestellt. Was sind die wesentlichen Elemente und welche Auswirkungen hat er jetzt schon auf die deutsche Forschungspolitik? Immerhin kann die EU-Kommission infolge des Lissabon-Vertrags Einfluss auf die nationalen Forschungspolitiken gewinnen. Und nach jahrelangen Vorbereitungen ist es zur Gründung eines European Research Council (ERC) gekommen. Ist das einfach die Übertragung der deutschen DFG auf die europäische Ebene (symbolisiert auch durch dort in der ersten Generation tätige Personen)?

**JS:** Die europäische Forschungspolitik hat die GWK und die BLK, soweit ich ihre Entwicklung mit verfolgt und mit beeinflusst habe, immer beschäftigt. Im Sommer 1992 gab es ein großes forschungspolitisches Gespräch im Rahmen der BLK zu der Abgrenzung oder Vereinbarkeit von nationaler und europäischer Forschungspolitik. Politik und Wissenschaft haben in diesem Gespräch Einvernehmen über die Forderung von Grundlagenforschung durch die Europäische Gemeinschaft erzielt. Sie haben schon damals die Notwendigkeit europäischen Mehrwerts und einer europäischen Dimension betont, wenn europäische Forschungsförderung sinnvoll stattfinden sollte. Schon 1992 haben sie das gefordert, was mit dem Europäischen Forschungsrat vor drei Jahren geschaffen worden ist: Die Einrichtung einer geeigneten Förderinstitution, die wie die deutsche Forschungsgemeinschaft nach den Prinzipien der Autonomie, der Selbstverwaltung und der wissenschaftlichen Qualitätsprüfung strukturiert ist. Deutschland hat in der BLK damals nach Inkrafttreten der Maastricht-Verträge eine neue gemeinsame Position zur europäischen Forschungspolitik gefunden. Vergleichbares brauchen wir jetzt, nach Inkrafttreten der Lissabon-Verträge:

- Die Forschung ist jetzt autonomer Gegenstand der

europäischen Zusammenarbeit; ihre Förderung dient nicht mehr allein der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa.

- Die Möglichkeiten der Koordinierung und Harmonisierung der europäischen und der nationalen Forschungspolitiken sind deutlich vergrößert worden.
- Der Spielraum der Kommission ist rechtlich abgesichert erweitert worden.
- Die Möglichkeiten und die Bereitschaft der länderübergreifenden Förderung durch die jeweiligen nationalen Forschungsförderorganisationen der Mitgliedstaaten ist stark gewachsen.
- Mit dem Europäischen Forschungsrat ist ein mit den Qualitätsstandards der DFG vergleichbares Förderinstrument geschaffen worden, das bereits nach ganz kurzer Zeit außerordentlich große Reichweite und Reputation gewonnen hat. Der Europäische Forschungsrat ist von Deutschland seit langem gefordert und in der Entstehung intensiv unterstützt worden. Dass er bereits nach kurzer Zeit hohe Reputation gewonnen hat, ist nur zu begrüßen. Vermeiden müssen wir aber ein Denken, dass nationale Förderung demnächst zweite Liga und europäische Forschungsförderung erste Liga ist. Ein ERC-Grant ist nicht besser als eine DFG-Förderung.

Der Vertrag von Lissabon umschreibt die Möglichkeiten der Kommission zur Einflussnahme auf europäische und nationale Forschungspolitik mit der Ermächtigung zur Koordinierung. Wie die Kommission diese Ermächtigung wahrnehmen wird, bleibt abzuwarten. Wichtig ist, dass sie selbst aktiv werden kann und nicht nur Koordinierung der Mitgliedstaaten untereinander, wie in der Vergangenheit ,unterstützen darf. Wichtig ist auch, dass der Gegenstand europäischer Forschungsförderung sich über die industrieorientierte Forschung, also die Anwendungsforschung hinaus, auch auf die Grundlagenforschung generell erweitert. Dass dies möglich sein sollte hatte die BLK bereits 1992 – unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips – gefordert. Am Ende wird es darum gehen, in welchem Umfange innerhalb der Gemeinschaft auf der Basis der neuen vertraglichen Regelungen autonome Forschungsförderung mit selbstgesetzten Zielen weiter betrieben werden kann und in welchem Ausmaße sinnvollerweise unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips, also unter Prüfung der Frage, ob vergleichbare Forschungsarbeiten auf anderer Ebene gleich gut oder besser betrieben werden können, europäische Forschungspolitik auf der gesamten Breite des Wissenschaftssystems erfolgen soll und kann. Wenn Subsidiarität in diesem Zusammenhang kein leeres Wort ist, bietet die neue vertragliche Grundlage eine Fülle positiver Entwicklungsperspektiven.

## 3. Föderalismusreform und ihre Auswirkungen auf die Forschungspolitik

**Fo:** Wie hat sich die Basis der Forschungspolitik in Deutschland und diese Politik selbst durch die Föderalismusreform verändert?

**JS:** Die Föderalismusreform hat im Wesentlichen die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildungs-

politik erschwert, in dem die Gemeinschaftsaufgabe Bildungsplanung entfallen ist und Investitionshilfen des Bundes für Bereiche des Schulwesens nicht mehr möglich sind. Im Bereich der außeruniversitären Forschung sind die Möglichkeiten der Zusammenarbeit unverändert geblieben. Im Bereich der Hochschulen haben sich die Kooperationsmöglichkeiten entgegen landläufiger Meinung eindeutig verbessert: Dadurch, dass in Art. 91 b Abs. 1 Nr. 2 die Zusammenarbeit im Hochschulbereich für Vorhaben der Wissenschaft und Forschung möglich ist, erstreckt sich die Zusammenarbeit nunmehr auch auf Fragen der Lehre.

Nach ganz einheitlicher Rechtsprechung und Literatur bedeutet Wissenschaft nämlich den Oberbegriff zu Forschung und Lehre; wenn also 91 b Abs. 1 Nr. 2 die Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft an Hochschulen erlaubt, erlaubt er damit auch die Zusammenarbeit in der Lehre, eine Kooperation, die vor der Verfassungsreform ohne Umwege nicht möglich war. Der Hochschulpakt 2020 und die Verabredung von Bund und Ländern zur Verbesserung der Qualität der Lehre an Hochschulen sind Ausfluss dieser erweiterten verfassungsrechtlichen Ermächtigung. Mit dem Wegfall der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau hat sich allerdings eine grundlegende Veränderung im Verhältnis von Bund und Ländern bei der Förderung der Hochschulen ergeben: Mit der obligatorischen Beteiligung an Maßnahmen zum Aus- und Aufbau der Hochschulen hat sich der Bund seit 1969 an der Grundlast für die Finanzierung von Hochschulen im

investiven Bereich beteiligt. Dies galt flächendeckend überall dort, wo aus- und aufgebaut wurde. Nunmehr ist die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau ersetzt worden durch die Gemeinschaftsaufgabe Forschungsbauten und Großgeräte an Hochschulen, bei denen der Bund ermächtigt ist, sich lediglich an solchen Bauvorhaben und Großgerätevorhaben zu beteiligen, die von überregionaler Bedeutung sind.

Eine flächendeckende Mitfinanzierung investiver Maßnahmen ist dadurch ausgeschlossen. Die Verfassungsänderung hat also dazu geführt, dass sich die Finanzierung des Bundes auch im Hochschulbereich nur mehr ausschließlich auf „Leuchttürme“, also auf Vorhaben von überregionaler oder gar internationaler Bedeutung konzentriert. Die Beschränkung bei den Bau- und Großgeräteinvestitionen führt naturgemäß zu einer strukturellen Benachteiligung der Fachhochschulen, bei denen Forschungsbauten von überregionaler Bedeutung eher selten anfallen. Das Förderprogramm von Bund und Ländern zur Förderung von Forschung an Fachhochschulen, das schon vor der Verfassungsreform aufgelegt worden ist und weiterläuft, kann diesen Mangel nicht ausgleichen.

**Fo:** Lieber Herr Schlegel, vielen Dank für dieses Gespräch!

Gesprächspartner auf Seiten der Zeitschrift „Forschung“ war Wolff-Dietrich Webler.

**Frauke Gützkow und Gunter Quaißer (Hg.):**

**Jahrbuch Hochschule gestalten 2007/2008 - Denkanstöße in einer föderalisierten Hochschullandschaft**

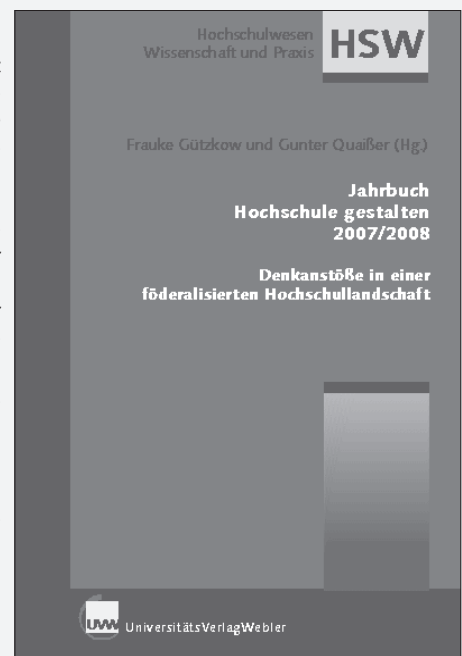
Reihe Hochschulwesen: Wissenschaft und Praxis

Die Auswirkungen der Föderalismusreform I auf das Hochschulwesen zeichnen sich ab: Nichts weniger als die Abkehr vom kooperativen Föderalismus steht an, das Hochschulrahmengesetz wird abgeschafft, die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) auf eine Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) reduziert – der Rückzug des Bundes hat regelrecht ein Vakuum hinterlassen. Das Prinzip der Kooperation wird zugunsten des Wettbewerbs aufgegeben, einem zentralen Begriff aus der neoliberalen Ökonomie. Anscheinend arbeitet jeder darauf hin, zu den Gewinnern im Wettbewerb zu gehören – dass es zwangsläufig Verlierer geben wird, nicht nur unter den Hochschulen sondern auch zwischen den Hochschulsystemen der Länder, wird noch viel zu wenig thematisiert. Die Interessen der Studierenden und der Beschäftigten der Hochschule werden genauso vernachlässigt wie die demokratische Legitimation und die Transparenz von Entscheidungsverfahren.

Uns erinnert die Föderalismusreform an den Kaiser aus Hans Christian Andersens Märchen. Er wird angeblich mit neuen Kleidern heraus geputzt und kommt tatsächlich ziemlich nackt daher.

Mit Beiträgen von: Matthias Anbuhl, Olaf Bartz, Roland Bloch, Rolf Dobischat, Andreas Geiger, Andreas Keller, Claudia Kleinwächter, Reinhard Kreckel, Diethard Kuhne, Bernhard Liebscher, André Lottmann, Jens Maeße, Dorothea Mey, Peer Pasternack, Herbert Schui, Luzia Vorspel und Carsten Würmann.

ISBN 3-937026-58-4, Bielefeld 2008, 216 S., 27,90 Euro



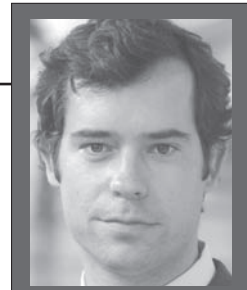
Bestellung - Mail: [info@universitaetsverlagweblar.de](mailto:info@universitaetsverlagweblar.de), Fax: 0521/ 923 610-22

Reinhard F. Hüttl & Andreas Möller

## Nachhaltiges Wachstum im Mittelpunkt: Die acatech Innovationsberatung



Reinhard F. Hüttl



Andreas Möller

Nicht erst seit der Wirtschafts- und Finanzkrise setzt sich die Deutsche Akademie der Technikwissenschaften intensiv mit der Frage auseinander, wie sich Innovationen und nachhaltiges Wachstum vereinen lassen. Darunter verstehen wir zuvorderst ein qualitatives Wachstum, das Vorbildcharakter nicht nur für unsere Volkswirtschaft, sondern auch für Schwellen- und Entwicklungsländer besitzt.

Die Struktur der deutschen Wirtschaft, der breite Mix aus Industrie und Dienstleistungen, Export und Binnenmarkt, großen Unternehmen und Mittelstand, hat fraglos dazu beigetragen, dass Deutschland weitgehend unbeschadet aus der Krise hervorgegangen ist. Ungeachtet der sinkenden Steuereinnahmen wurden durch die Bundesregierung dabei Impulse zur Stärkung von Forschung und Entwicklung gesetzt. Es war ein wichtiges Signal, dass der Bereich Bildung und Forschung von den Einsparungen der Ressorts im Bundeshaushalt ausgenommen wurde.

Bildung und Forschung sind aber nur die eine, den Input der Innovation betreffende Seite der Medaille. Ohne die Marktorientierung von Forschung und Technologien wird es kein dauerhaftes Wachstum geben, wofür eine Reihe von Rahmenbedingungen permanent zu optimieren ist. Wir müssen auch diese Seite der Medaille, nämlich die "Stellschrauben" für den Übergang von Wissen in Produkte und Dienstleistungen in den Blick nehmen. Das ist ein wesentlicher Gedanke der Projekt- und Beratungsarbeit bei acatech, der ersten nationalen Wissenschaftsakademie Deutschlands.

### Nachhaltigkeit und Wachstum

Das Thema Innovationen, also die Frage, wie aus Ideen Wertschöpfung wird, bildet den Kern unserer Arbeit. Hierin liegt aufgrund der in Deutschland singulären Verbindung zur Wirtschaft eine zentrale Kompetenz der Akademie – und hierin besteht ihr Alleinstellungsmerkmal gegenüber den anderen Akademien. Intensiv stellen wir uns daher die Frage, ob Deutschland neue Wissens- und Technologie-Felder früh genug erkennt und beherzt genug angeht und ob wir genügend Selbstreflexion bei der Stärken- und Schwächen-Analyse an den Tag legen. Im Rahmen der Krise scheint eine Botschaft unmissverständlich klar geworden zu sein: Es kann nicht mehr darum gehen, „Mehr vom Gleichen“ zu erreichen. Was

wir brauchen, ist eine neue Debatte darüber, was echtes Wachstum ist. Insofern hat die Krise (zumindest kurzzeitig) auch den Effekt gehabt, dass sie uns zwang, über die Bedingungen unseres Wirtschaftens und Konsumierens nachzudenken.

Die globalen Herausforderungen – der Klimawandel, das Bevölkerungswachstum, die steigende Nachfrage nach Lebensmitteln und Energie, die Ressourcen- und Rohstofffrage, die Urbanisierung – erfordern ein neues Verständnis auch von Verantwortung. Es geht dabei bei acatech zuvorderst um die Frage, wie wir Wachstum mit Hilfe von Wissenschaft und Technologie gestalten können. Umso mehr kommt es darauf an, dass wir uns nicht allein auf unsere Industrieproduktion verlassen – das heißt: uns technisch inkrementell zu verbessern – sondern auch neuartige, radikale Innovationen zulassen, wie wir sie gegenwärtig in vielen Bereichen erleben. Um zur viel zitierten „Tripple A“-Gesellschaft zu werden, die internationale Spitzenstandards setzt, müssen wir alle Bereiche des Innovationsgeschehens gleichermaßen in den Blick nehmen. In diesem Zusammenhang geht es letztlich auch um Fragen der Innovationskultur, von Mentalität, Risiko-Aversität und Innovations-Affinität. Wenn von "Innovationen" die Rede ist, ist dies immer auch mit Ängsten verbunden, wie es am in Deutschland so besonders neuralgischen Punkt der Technologie-Akzeptanz deutlich wird. Die Zeit, in der sich die Ablehnung der Bevölkerung auf einige wenige Bereiche wie die Kernenergie fokussierte, ist vorbei. Wir können heute im Bereich der Erneuerbaren Energien und bei mobilitätsgebundenen Infrastruktur-Vorhaben dieselben „Not in my backyard“-Effekte feststellen.

Die Aufgabe der Akademie ist es in diesem Spannungsfeld, mit Fakten so gut als möglich Aufklärung zu betreiben und das große systemische Bild zu zeichnen. Am Ende sind es souveräne Einstellungen, die wir zu akzeptieren haben. Und doch sollten Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam für die Bedingungen von Technik in der Gesellschaft und für realistische Erwartungen werben. Es ist bei weitem nicht nur der Staat, der gefordert ist, sondern die Gesellschaft im Ganzen – auch die Wissenschaft.

### Der erste Innovationsdialog

Vor diesem Hintergrund fand am 13.9.2010 der erste Innovationsdialog im Bundeskanzleramt statt. Daran

nahmen neben Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auch Bundesministerin Annette Schavan, Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle sowie ein von acatech Präsident Prof. Henning Kagermann geleiteter Steuerkreis aus Wissenschaft und Wirtschaft teil. Ihm gehören folgende Personen an:

- Dr. Dr. Andreas Barner, Sprecher der Unternehmensleitung der Boehringer Ingelheim GmbH,
- Dr. Ute Bergner, Unternehmensgründerin und Geschäftsführerin der VACOM Vakuum Komponenten & Messtechnik GmbH,
- Prof. Dr. Bruno O. Braun, Präsident des Vereins Deutscher Ingenieure,
- Prof. Dr. Hans-Jörg Bullinger, Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung,
- Dr. Jürgen Großmann, Vorsitzender des Vorstands der RWE AG,
- Prof. Dr. Peter Gruss, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft,
- Prof. Dr. Jörg Hacker, Präsident der Leopoldina,
- Prof. Dietmar Harhoff, Ph.D., Ludwig-Maximilians-Universität München, Vorstand des Instituts für Innovationsforschung, Technologiemanagement und Entrepreneurship,
- Prof. Dr. Stephan A. Jansen, Präsident der Zeppelin Universität gGmbH,
- Prof. Dr. Renate Köcher, Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach,
- Michael Sommer, Bundesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes,
- Dr. Peter Terhart, Alleinvertreter der S-REFIT AG und Vorsitzender des Vorstands des Bundesverbands Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften,
- Dr. Manfred Wittenstein, Vorsitzender des Vorstands der Wittenstein AG und Präsident des VDMA und
- Dr. Dieter Zetsche, Vorsitzender des Vorstands der Daimler AG.

In der Auftaktsitzung ging es um die Frage, wo die Stärken und Schwächen des deutschen Innovationssystems im internationalen Vergleich liegen. Dabei wurden die Qualität des Humankapitals sowie die Finanzierung von Innovationen als zentrale Input-Faktoren benannt. Das Marktumfeld sowie Innovationsprozesse sind wichtige Rahmenbedingungen dafür, wie diese Inputs in Innovationserfolge umgesetzt werden können. In einem dafür erstellten Dossier „Internationales Benchmark Innovationssysteme“ wurden ausgewählte Indikatoren präsentiert, die den Innovationserfolg messen und Faktorenbündel identifiziert, die diesen Erfolg maßgeblich beeinflussen. Dabei wurde deutlich, dass Deutschland einen guten bis sehr guten Innovationserfolg aufweist (Innovations-Output).

Zu den Stärken des deutschen Innovationssystems zählen unter anderem ein leistungsfähiges Forschungssystem, die hohe Innovationsorientierung des Mittelstands sowie der Export hochwertiger Technologien. Bei typischen Inputfaktoren schneidet Deutschland hingegen oft nur durchschnittlich ab, z.B. in Teilen des Bildungssystems und bei der Innovationsfinanzierung.

Dieser Befund kann dahingehend interpretiert werden, dass sich das deutsche Innovationssystem durch eine hohe Effizienz auszeichnet. Er könnte aber auch bedeuten, dass die deutsche Innovationskraft in Zukunft zurückfallen könnte, wenn bei den Inputfaktoren keine Verbesserung erzielt wird. Vor diesem Hintergrund beschloss der Steuerkreis des Innovationsdialogs, beim nächsten Mal im April 2011 einen wichtigen Inputfaktor näher zu beleuchten, und zwar die Finanzierung von Innovationen.

### Vorgeschichte des Innovationsdialogs

Ein Blick auf die Landkarte der wissenschaftlichen Politikberatung unterstreicht das Anliegen der Erschließung von Synergien, die sich acatech zum Ziel gesetzt hat. Auf Bundesebene sind schätzungsweise 600 Räte tätig; die Zahl der Beratungsgremien insgesamt liegt im vierstelligen Bereich. Diese Vielstimmigkeit spiegelt sich auch in einer parallelen Bearbeitung von Forschungsfragenstellungen wider. Hinzu kommt, dass politiknahe Beratungsgremien in der Regel infolge aktueller Megathemen zusammengestellt werden und nicht permanent agieren. Nicht selten gehen sie dabei von einem thematischen Leitbild aus.

Die Beratung der Politik in Innovationsfragen wird in Deutschland besonders prominent durch verschiedene Institutionen geleistet, von denen zwei besonders hervorzuheben sind:

- Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) bündelt Ergebnisse der Wissenschafts- und Innovationsforschung. Sie legt jährliche Gutachten vor,
- Die Forschungsunion Wirtschaft-Wissenschaft begleitet die Umsetzung der Hightech-Strategie der Bundesregierung.

Der Innovationsdialog bezieht die Ergebnisse dieser Gremien prominent ein und strebt damit eine Verzahnung der unterschiedlichen Beratungsformate an. Das Konzept des Innovationsdialogs sieht demzufolge vor, keine „neuen“ Kompetenzen zu schaffen, sondern die vorhandenen zu bündeln.

Dafür gibt es einen historischen Vorläufer. Als Nachfolger für das Gremium „Partner für Innovation“ berief Dr. Angela Merkel den „Rat für Innovation und Wachstum“ und lud diesen im Mai 2006 zu einer ersten Sitzung ins Bundeskanzleramt ein. Der Rat sollte fortan die Bundeskanzlerin in allen Innovationsfragen beraten. Die 13 Mitglieder wurden direkt von der Bundeskanzlerin benannt. Unter der Leitung von Heinrich von Pierer gehörtem dem Rat führende Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik an.

Der Rat diskutierte beispielsweise die Frage, in welchen Technologiefeldern und Forschungsbereichen Chancen für Deutschland liegen. Außerdem stand politisches Handeln zur Debatte, das zu einer Optimierung der Abläufe innerhalb der Wertschöpfungskette führt. Die Themenfelder reichten demnach von der Grundlagenforschung über den Technologietransfer bis zur Entwicklung der Marktreife. Außerdem hatte sich der Rat zur Aufgabe gemacht, übergreifende Fragestellungen aus der Hightech-Strategie zu diskutie-

ren. Durch die Neuaufstellung verschiedener Institutionen, die Kompetenzen in die innovationspolitische Beratung der Politik in Deutschland einbringen können, ergab sich für die Bundesregierung die Möglichkeit, die Beratung in Fragen der Innovationspolitik neu zu strukturieren und institutionell zu verankern. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel erklärte diesen Schritt 2009 mit einer sich verändernden Forschungslandschaft und erwähnte acatech: „Ich habe mich geschockt, als ich den Innovationsrat, der bei der Bundesregierung bestand, aufgelöst und gesagt habe: Jetzt haben wir doch nationale Akademien, nun lasst doch die acatech auch die Aufgabe der Politikberatung übernehmen.“<sup>1</sup>

### Der Beitrag von acatech

In diesem Verständnis möchte das neue Konzept des Innovationsdialogs einerseits auf die bereits erfolgte Arbeit der letzten Jahre aufbauen. Hierfür wird es notwendig sein, eine kritische Bestandsaufnahme der positiven wie auch der negativen Erfahrungen zu vollziehen, um Konsequenzen für die Umsetzung des neuen Konzepts ziehen zu können. Andererseits enthält das Konzept auch grundlegende Neuerungen, die sich vor allem auf die institutionelle Verankerung der Innovationsberatung zurückführen lassen.

Die Kompetenznetzwerke der Akademien in Deutschland spielen hierfür eine große Rolle. Die spezifische Kompetenzverteilung zwischen den nationalen Akademien und den Mitgliedsakademien der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften deckt alle Bereiche der Wissenschaft ab. Die Präsidenten von acatech, Leopoldina und der Union der deutschen Akademien der Wissenschaften haben sich auf ein Kooperationsmodell geeinigt. Zusätzlich wurde ein Koordinierungsgremium eingerichtet, in dem Vertreter von Leopoldina, acatech und der Union unter Vorsitz des Leopoldina-Präsidenten die Akademienlandschaft vertreten. Durch diese Verbindung können alle Akademien ihre jeweiligen Stärken und Alleinstellungsmerkmale einbringen. acatech ist jedoch in besonderer Weise zur Durchführung der Innovationsdialoge geeignet: Die Akademie versteht sich als Plattform für Wissenschaft und Wirtschaft. Herausragende Wissenschaftler sind der Motor der inhaltlichen Arbeit; Experten aus Unternehmen sorgen für Austausch mit der industriellen Praxis. Dieses Ziel spiegelt sich neben der Verankerung in den zwei Säulen, Mitgliederversammlung und Senat, auch in der Doppelspitze von acatech wider. Die beiden Präsidenten von acatech repräsentieren jeweils eine der zwei Säulen. Sie agieren auf Augenhöhe in allen strategischen und richtungweisenden Belangen und übernehmen gemeinsam Verantwortung.

Daneben finden inhaltliche Diskussionen auch im Rahmen der regelmäßigen Treffen von Senat und Senatsausschuss statt. Im acatech Senat sind herausragende Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft vertreten, die sich gemeinsam für die Belange der Technikwissenschaften engagieren. Mitarbeiter von Senatsunternehmen und -institutionen wirken überdies auch in Themennetzwerken und ggf. in Projekt-

gruppen mit. acatech lebt somit den Austausch von Wissenschaft und Wirtschaft. Dies unterstreicht die Bedeutung, die die unternehmerische Tätigkeit für das nationale Innovationssystem hat. In der praktischen Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft legt acatech besonderen Wert auf die Unabhängigkeit der Akademiearbeit.

Kennzeichen der Akademiearbeit sind neben dem Brückenschlag Wissenschaft – Wirtschaft eine hohe Interdisziplinarität und die Berücksichtigung gesellschaftlicher Interessen. Als unabhängige Plattform wissenschaftlicher Exzellenz deckt acatech alle Bereiche der Technikwissenschaft ab. Ergänzt wird die technikwissenschaftliche Kompetenz der Akademie durch Mitglieder aus dem Bereich der geistes- und sozialwissenschaftlichen Technikforschung. So unterscheiden sich acatech-Projekte in grundsätzlicher Weise von einzel- oder fachwissenschaftlichen Projekten wie sie von wissenschaftlichen Institutionen, häufig in Universitäten, durchgeführt werden. Auf Grundlage einer breiten interdisziplinären fachlichen Kompetenz und mit einzelwissenschaftlichen Vertiefungspunkten stellt acatech in jedem Akademieprojekt die Frage nach der gesellschaftlichen Relevanz des bearbeiteten Themas.

Der Innovationsdialog nutzt die Akademiearbeit somit als einzigartige, fundamentale und integrale Kompetenzbasis. Durch die Einbindung der Themennetzwerke, des Senats und des Innovationsforums besteht Zugang zu einer Vielzahl wissenschaftlicher Ressourcen. Durch diese Einbeziehung der relevanten Kompetenznetzwerke kann die Innovationsberatung den Ansprüchen einer Politikberatung gerecht werden, wie sie in den Leitlinien Politikberatung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften vorgezeichnet wurden:

„Angesichts der Komplexität vieler gesellschaftlicher, ökonomischer und ökologischer Probleme ist das Thema der wissenschaftlichen Politikberatung für das Gelingen einer demokratischen Politik von großer Bedeutung. [...] Eine prinzipielle Schwierigkeit besteht für die Wissenschaft in diesem Zusammenhang darin, zu einem Zeitpunkt beratungsfähig zu sein, zu dem die Gesellschaft oder die Politik diesen Rat aktiv sucht. Insoweit muss sich die Wissenschaft, die sich immer auch zu einer Beratung der Gesellschaft verpflichtet fühlt, in zweierlei Hinsicht vorbereiten: Zum einen muss sie bei auftauchenden, schwerwiegenden Fragen Mechanismen und Prinzipien etablieren, die es erlauben, einen möglichst spezifischen Rat zeitnah erteilen zu können (wobei sie unter Umständen jedoch auch ein etwaiges Unvermögen konzedieren muss). Zum anderen ist die Wissenschaft ihrerseits gut beraten, wenn sie bereits zu einem frühen Zeitpunkt nicht nur auf den erfreulichen Erkenntnis- und Technologiefortschritt hinweist, sondern darüber hinaus auch die nicht beabsichtigten Wirkungen, Auswirkungen und Risiken – beispielsweise moderner Technologien – aufzeigt, um sich selbst wie auch der Gesellschaft

<sup>1</sup> Vgl. Rede von Angela Merkel anlässlich der Festveranstaltung von acatech am 21. Oktober 2008 in Berlin, Stand 22. Oktober 2009 URL: [http://www.bundesregierung.de/nn\\_1264/Content/DE/Rede/2008/10/2008-10-21-merkel-acatech.html](http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Rede/2008/10/2008-10-21-merkel-acatech.html) (abgerufen am 10. August 2009).



die Möglichkeit einer Güterabwägung, d.h. einer Nutzen-Risiko-Abwägung auf hohem Wissensniveau zu eröffnen." (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften 2007, S.7.)

### Die zweigliedrige acatech Struktur

Die Mission von acatech besteht darin, den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu unterstützen, denn nur im Austausch beider Kräfte entstehen Innovationen, die nachhaltiges Wachstum ermöglichen.

Aufgabe der Akademie – so ist zu wiederholen – ist es in diesem Kontext, das in den vielfältigen Beratungsgremien vorhandene Wissen zu sichten, zu konsolidieren und im Sinne von Handlungsempfehlungen zu priorisieren. Dies geschieht in enger Absprache mit dem Bundeskanzleramt, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi). Zur inhaltlichen und organisatorischen Vor- und Nachbereitung des Innovationsdialogs unterhält acatech eine Geschäftsstelle. Sie wird aus Projektmitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert und ist im Hauptstadtbüro der Akademie angesiedelt. Die Geschäftsstelle, die die ersten beiden Dialoge inhaltlich vorbereitet hat und auch die nächsten Dialoge vorbereiten wird, ist Bestandteil einer zweigliedrigen Struktur, die bei acatech etabliert wurde. Dieser Bereich trägt den Namen „Innovationsberatung“ und gliedert sich zum einen in das Innovationsforum und zum anderen in den Innovationsdialog.

Was sind die Betätigungsfelder, und warum braucht Innovationsberatung neben dem Dialog ein solches Forum? Die Aufgabe des Forums besteht darin, das Wissen der in den Themennetzwerken versammelten Akademiemitglieder einschließlich aller nationaler Forschungsorganisationen (v.a. MPG, HGF, FhG, WGL, DFG) sowie das relevante Know-how der Senatsunternehmen in einer möglichst frühen Phase zu nutzen, um es in die Innovationsberatung für die Bundesregierung einzubinden. So verstehen wir unseren Auftrag: Als Bereitstellung eines dauerhaft angelegten Innovationsnetzwerks, das die Kompetenz der beiden Säulen von acatech – von Wissenschaft und Senat – gleichermaßen nutzt.

Konkret bedeutet dies, dass wir neben den unmittelbar im Innovationsdialog besprochenen Themen weitere Themen bearbeiten und dazu auch Konzepte veröffentlichen wollen. Wir bilden ein Innovationsnetzwerk, das über den Tag hinaus trägt und die Kompetenz von Wissenschaft und Wirtschaft bestmöglich nutzt. Bei solchen Themen geht es auch um „Dauerbrenner“ wie Wissen bzw. Wissenschaft in der Gesellschaft oder Fragen von Technikverständnis und Technikakzeptanz als gewichtigen Innovationsfaktoren. Es sind noch immer zentrale Fragen unserer Zeit.

### Die zentralen Themen der Zeit

Eine weitere Botschaft ist, dass wir nur durch wissenschaftlichen Tiefgang die großen Themen unsere Zeit ans Licht bringen bzw. neue Felder sichtbar machen. Wie eingangs bereits skizziert, stellt das Prinzip der Nachhal-

tigkeit ein solches Thema dar. Dieser ursprünglich aus der sächsischen Forstwirtschaft stammende Begriff hat eine beispiellose Karriere im öffentlichen Raum durchlaufen. Anders als viele Menschen glauben, ist er jedoch kein Synonym für den generellen Verzicht auf eine technische Gestaltung der Natur. Im Gegenteil: In einer bereits vom Menschen veränderten Natur und angesichts sich verschiebender Parameter sind Wissenschaft und Technologie oft die einzige Antwort, auf die globalen Herausforderungen zu reagieren. Der moderne Mensch lebt in einer „Leonardo“-Welt, um den Wissenschaftstheoretiker Jürgen Mittelstraß zu zitieren. Er ist Technik und Natur zugleich, braucht beides komplementär. Vor diesem Hintergrund sieht acatech eine zentrale Aufgabe darin, Politik und Gesellschaft umfassend in Technologiefragen zu beraten und dabei Chancen und Risiken gleichberechtigt nebeneinander zu stellen – gerade in der Innovationsberatung.

Besonders in einer volatilen, von tagesaktuellen Mediendiskursen bestimmten Welt bedarf es einer unabhängigen Wissenschaft, die immer wieder die Fakten zu Gehör bringt – auch wenn diese nicht im Trend liegen. So ist das Thema Technikakzeptanz inzwischen weltweit zum Gegenstand der Öffentlichkeit geworden. Die Öl-Verschmutzung im Golf von Mexiko im Frühsommer 2010 hat den Zusammenhang von Technologiewahrnehmung und gesellschaftlichem Rückhalt besonders prominent dokumentiert. Aber auch viele andere Beispiele – von „Stuttgart 21“ über das Thema Endlager bis hin zur CO<sub>2</sub>-Speicherung – dokumentieren den gewachsenen Einfluss öffentlicher Diskurse. Wir brauchen daher nicht nur den Dialog über Innovationen und Technik. Wir brauchen auch einen Dialog über die Bedingungen des Dialogs selbst.

Wir müssen verstehen lernen, wie der Informationstransfer funktioniert und wie wir ihn verbessern können. Wir müssen die Strukturen überprüfen, mit denen sich Meinungen ungeachtet des Fortgangs der Informationen in den Medien festsetzen und diese unterdrücken. Wir brauchen einen neuen, souveränen Umgang mit unsicherem Wissen, anstatt uns mit den einstmaligen zementierten Wahrheiten zu begnügen.

Das Themenfeld Wissen in der Meinungsgesellschaft ist noch weitgehend offen. Gerade für eine Akademie wie acatech ist es der Anspruch, hier aktiv zu werden. Denn die Wissenschaft hat im Hinblick auf die Popularisierung ihrer Ergebnisse durchaus Grund zur Selbstkritik. Es bleibt zu hoffen, dass die Erfahrungen dazu führen, auch die wissenschaftsbasierte Politikberatung zu verbessern. Dies meint: ihre Zuverlässigkeit und Methodik, ihren Grad an Unabhängigkeit und intellektueller Pluralität.

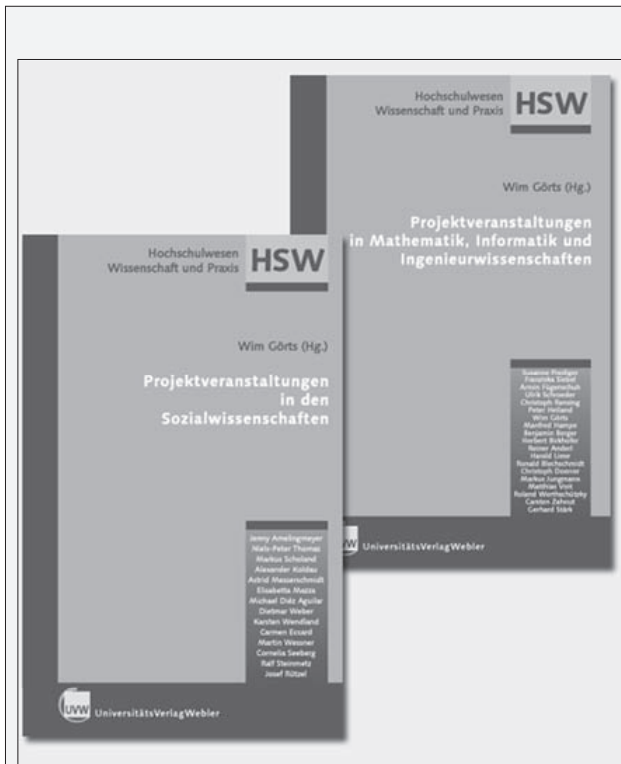
Vielleicht ist es darum umso richtiger gewesen, dass 2008 neben den bestehenden Institutionen auch die beiden Wissenschaftsakademien acatech und Leopoldina ihre Arbeit als nationale Wissenschaftsakademien aufgenommen haben. Beide Akademien dienen wie die Landesakademien als Foren des gesellschaftlichen Dialogs, der für die Zukunft des Forschungs- und Innovationsstandorts Deutschland von Bedeutung ist. Denn Exit-Strategien sind keine Lösung bei der Suche nach

qualitativem Wachstum, das angesichts der skizzierten globalen Herausforderungen wichtiger denn je ist.

**Literaturverzeichnis**

Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (Hg.) (2008): Leitlinien Politikberatung, Berlin, S. 7.

- **Dr. Reinhard F. Hüttl**, Professor für Bodenschutz und Rekultivierung, Präsident acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, E-Mail: huettl@gfz-potsdam.de
- **Dr. Andreas Möller**, Bereichsleiter acatech Innovationsberatung, Leiter Geschäftsstelle Innovationsdialog zwischen Bundesregierung, Wirtschaft und Wissenschaft, E-Mail: moeller@acatech.de



**Wim Görts (Hg.):  
Projektveranstaltungen in Mathematik,  
Informatik und Ingenieurwissenschaften**

Der vorliegende Band bietet mit 11 Veranstaltungskonzepten/mustern einen Überblick über Projektveranstaltungen in Mathematik, Informatik und Ingenieurwissenschaften. Diese Fächer kennen Projektveranstaltungen i.d.R. nur im Hauptstudium. Solche Veranstaltungen bieten mehr als andere Veranstaltungsformen die Chance, über den Wissenserwerb hinaus die Studierenden zahlreiche handlungsbezogene Kernkompetenzen erwerben zu lassen. Die TU Darmstadt hat solche Veranstaltungen mittlerweile in vielen Fachrichtungen erfolgreich eingeführt. Der Band bietet Anregungen zur Realisierung solcher Konzepte in der eigenen Lehre und kann als Argumentations- und Modellbasis in Studienreformdebatten dienen.

Besonders interessant für alle Lehrenden der Mathematik, Informatik und Ingenieurwissenschaften, Studiendekane, Projektmanager/innen in Modellversuchen und Studienreformprojekten, Mitglieder von Studien- und Curriculumkommissionen, Evaluations- und Akkreditierungsagenturen sowie professionellen Hochschuldidaktikern.

ISBN 3-937026-00-2, Bielefeld 2003,  
142 Seiten, 18.70 Euro

**Wim Görts (Hg.):  
Projektveranstaltungen in den Sozialwissenschaften**

Projektveranstaltungen bieten mehr als andere Veranstaltungsformen die Chance, über den Wissenserwerb hinaus die Studierenden zahlreiche handlungsbezogene Kernkompetenzen erwerben zu lassen. Die TU Darmstadt hat solche Veranstaltungen mittlerweile in vielen Fachrichtungen erfolgreich eingeführt. Der vorliegende Band über Projektveranstaltungen in den Sozialwissenschaften vereint 9 verschiedene Konzepte, angesiedelt in der Betriebswirtschaft, der Pädagogik und dem interdisziplinären Raum zwischen Pädagogik, Architektur und Informatik. Er demonstriert damit, in welcher Vielfalt die didaktischen Ideen von Studienprojekten verwirklicht werden können. Eine Fundgrube für Ideen tut sich auf. Der Band bietet Anregungen zur Realisierung solcher Konzepte in der eigenen Lehre und kann als Argumentations- und Modellbasis in Studienreformdebatten dienen.

Besonders interessant für alle Lehrenden der Sozialwissenschaften, Studiendekane, Projektmanager/innen in Modellversuchen und Studienreformprojekten, Mitglieder von Studien- und Curriculumkommissionen, Evaluations- und Akkreditierungsagenturen sowie professionelle Hochschuldidaktiker.

ISBN 3-937026-01-0, Bielefeld 2003,  
98 Seiten, 14.00 Euro

Bestellung - E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Reihe Hochschulwesen: Wissenschaft und Praxis

Jürgen Schlegel



Jürgen Schlegel

## Lohnt sich Grundlagenforschung in kleineren Ländern überhaupt?

Die Zeitschrift FORSCHUNG hatte prominenten Wissenschaftsforschern und Wissenschaftsförderern aufgrund von Vorgängen in Österreich vier Fragen vorgelegt (vgl. ausführlich Heft 4-2010). Die Fragen lauteten:

1. **Kann sich ein Land allein auf die veröffentlichten Ergebnisse der weltweiten Grundlagenforschung stützen und auf eigene Grundlagenforschung verzichten?**
2. **Sehen Sie Unterschiede zwischen kleineren, mittleren und größeren Ländern?**
3. **Welche Folgen hätte eine solche Politik für das Wissenschaftssystem des Landes, besonders die Hochschulen?**
4. **Kann der wissenschaftliche Nachwuchs nicht auch anhand von Projekten angewandter Forschung promoviert werden?**

MinDirig. Jürgen Schlegel, bis Januar 2011 Generalsekretär der (deutschen) Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (von Bund und Ländern) und ehemaliger Generalsekretär der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) hat auf diese Fragen geantwortet:

### Zu 1. **Kann sich ein Land allein auf die veröffentlichten Ergebnisse der weltweiten Grundlagenforschung stützen und auf eigene Grundlagenforschung verzichten?**

Das Wort "Grundlagenforschung" ist eine Wortbildung des deutschen Sprachraumes. Die Frage lässt sich vielleicht besser beantworten, wenn man die englische Begrifflichkeit des curiosity oriented research verwendet, also neugiergetriebene Forschung. Neugierde in der Wissenschaft kann ich weder anordnen noch verbieten und damit ist eine Forderung, derartige Forschung nicht mehr betreiben zu lassen, ziemlich weltfremd. In einem System, das Freiheit von Forschung und Lehre u.a. an Universitäten garantiert, ist die staatliche Beschränkung von Forschung auf angewandte Forschung oder Projektentwicklung schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich.

Ein staatlicher Verzicht auf die Finanzierung von Grundlagenforschung wäre - abgesehen von allen rechtlichen Fragestellungen - auch aus Gründen der Entwicklung der Wissenschaften alles andere als sinnvoll: Es gibt die linearen Prozesse von der Grundlagenforschung über anwendungsbezogene Forschung zur Produktentwick-

lung nicht mehr. Die Wertschöpfungsketten verschränken sich und es gibt unmittelbare Bezüge von Grundlagenforschung zur Anwendung. Diese Möglichkeiten würde ein genereller Verzicht staatlicher Finanzierung von Grundlagenforschung a priori verschließen und damit auch wirtschaftliche Entwicklungschancen eher behindern.

Es ist im Übrigen wirklich zu fragen, ob wir gut daran tun, in der wissenschaftspolitischen Diskussion weiterhin an dem althergebrachten Schema einer Trennung zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung festzuhalten, weil sich die Dinge verschränken. Die Trennung hat sich in der Praxis auch nirgendwo durchhalten lassen: Weder wird in der Max-Planck-Gesellschaft nur Grundlagenforschung betrieben, noch hat die EU in der Vergangenheit nur Industrieforschung gefördert.

Neugiergetriebene Forschung braucht jedes Wissenschaftssystem, auch Forschung, die Fragestellungen aufgreift, deren Lösung noch nicht projektmäßig als Ziel beschrieben werden kann. Sinnvoller als die Unterscheidung zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung erscheint mir im Zusammenhang mit der Fragestellung die Differenzierung nach

- Kosten der Forschung,
- Gegenständen der Forschung und
- Risiko der Forschungsaktivitäten.

### Zu 2. **Sehen Sie Unterschiede zwischen kleineren, mittleren und größeren Ländern?**

Wenn man diese Kriterien anlegt, kann man zur zweiten Frage sicherlich antworten, dass es Unterschiede zwischen kleinen, mittleren und großen Ländern und Staatenverbänden gibt.

Es macht Sinn, wenn sich ein kleines Land wie z.B. Finnland auf spezifische Wissenschaftsbereiche konzentriert und dort in die gesamte Wertschöpfungskette in erheblichem Umfang von der Grundlagenforschung bis zum Produkt investiert und nicht versucht, den gesamten Rahmen der Wissenschaften durch staatliche Finanzierung abzudecken.

Es macht Sinn, Aktivitäten wie Weltraumforschung oder maritime Forschung, die große Räume als Forschungsgegenstände haben, im überstaatlichen Verbund zu betreiben, weil zum einen die Kosten, zum anderen aber auch der Umfang der Gegenstände die Kapazitäten ein-

zelter Länder oder Forschungsorganisationen bei Weitem übersteigen würden.

Es macht auch Sinn, so hoch risikoreiche Vorhaben wie die Kernfusion in internationale Verbänden nur an wenigen Stellen in der Welt zu erforschen, allein weil das Risiko des Scheiterns enorm hoch ist, die Kosten einzelstaatliche Möglichkeiten übersteigen und sowohl die Risiken als auch die hoffentlich irgendwann erreichten Erfolge auf möglichst viele Schultern verteilt bzw. möglichst vielen Staaten zugute kommen sollten.

**Zu 3. Welche Folgen hätte eine solche Politik für das Wissenschaftssystem des Landes, besonders die Hochschulen?**

Eine staatliche Forschungspolitik, die ausschließlich anwendungsbezogene Forschung fördern würde, würde ein im Wesentlichen wissenschaftsgeleitetes Forschungssystem nicht mehr rechtfertigen. Selbstverwaltung der Wissenschaft und Forschung auch in finanzieller Hinsicht, wie sie in den großen Forschungsorganisationen und in der DFG gelebt wird, wäre obsolet.

Die Freiheit der Forschenden an unseren Hochschulen, die Forschungsgegenstände selbst auszuwählen und die staatliche Verpflichtung, ihnen hierzu auch zumindest eine minimale Grundausstattung zu sichern, wäre nicht mehr gewährleistet. Unser Forschungssystem würde sich de facto auf Ressort- und Industrieforschung verengen. Hierbei sollten wir auch berücksichtigen, dass in Deutschland mehr als zwei Drittel der Ausgaben für

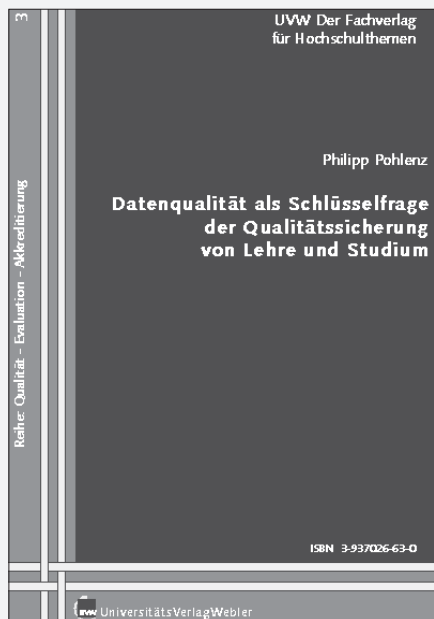
Forschung und Entwicklung von der Wirtschaft aufgebracht und in der Wirtschaft ausgegeben werden. Von dem übrigen knappen Drittel, das die öffentliche Hand beisteuert, geht auch ein erheblicher Teil in anwendungsbezogene Forschung, so dass der Verzicht auf die Grundlagenforschung das Forschungsbudget insgesamt nur marginal entlasten würde, die Vitalität des Forschungsprozesses aber nachhaltig stören, wenn nicht zerstören würde.

**Zu 4. Kann der wissenschaftliche Nachwuchs nicht auch anhand von Projekten angewandter Forschung promoviert werden?**

Natürlich kann man über anwendungsbezogene Themen und in Projekten angewandter Forschung promovieren. Dies ist in einer Vielzahl von Fächern, nicht nur in den Ingenieurwissenschaften, Gang und Gäbe. Niemand sollte daran in der Weise etwas ändern wollen, dass etwa nur grundlagenorientierte Arbeiten promotionsfähig sind.

■ **Jürgen Schlegel**, bis Januar 2011 Generalsekretär der (deutschen) Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (von Bund und Ländern) und ehem. Generalsekretär der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK)

**Philipp Pohlenz: Datenqualität als Schlüsselfrage der Qualitätssicherung von Lehre und Studium**



Hochschulen wandeln sich zunehmend zu Dienstleistungsunternehmen, die sich durch den Nachweis von Qualität und Exzellenz gegen ihre Wettbewerber durchsetzen müssen.

Zum Vergleich ihrer Leistungen werden verschiedene Evaluationsverfahren herangezogen. Diese stehen jedoch vielfach in der Kritik, bezüglich ihrer Eignung, Leistungen der Hochschulen adäquat abzubilden.

Verfahren der Evaluation von Lehre und Studium wird vorgeworfen, dass ihre Ergebnisse bspw. durch die Fehlinterpretation hochschulstatistischer Daten und durch die subjektive Färbung studentischer Qualitätsurteile verzerrt sind.

Im Zentrum des vorliegenden Bandes steht daher die Untersuchung von potenziellen Bedrohungen der Aussagefähigkeit von Evaluationsdaten als Steuerungsinstrument für das Management von Hochschulen.

ISBN 3-937026-63-0, Bielefeld 2009, 170 Seiten, 22.80 Euro

Bestellung - E-Mail: info@universitaetsverlagwebler.de, Fax: 0521/ 923 610-22

Reihe Qualität - Evaluation - Akkreditierung

Oliver Locker-Grütjen



Oliver  
Locker-Grütjen

## Keine Zeit mehr für die Forschung? Zunehmende Belastung durch forschungsferne Aufgaben – Rahmenbedingungen und Ansätze

Die Rahmenbedingungen für die Forschung an deutschen Hochschulen haben sich in den letzten Jahrzehnten erheblich verändert. Dies umfasst sowohl die stetig gewachsene Notwendigkeit, Forschungsmittel von externen Mittelgebern einzuwerben als auch die Forschungsstrukturen und -verantwortlichkeiten innerhalb einer Hochschule selbst.

Hinzu kommt eine erhöhte Forderung nach Legitimierung der Forschungstätigkeit im ökonomischen wie im gesellschaftspolitischen Sinne und eine ständige Erwartung, Forschung in Kooperation mit verschiedensten Partnern durchzuführen. Umfassend ist somit die Einführung und Umsetzung des New Public Management (NPM) als Additiv zu den traditionellen Aufgaben eines Wissenschaftlers an einer Hochschule – wie Lehre und Mitwirkung in der Selbstverwaltung – anzusehen, was zu einer zunehmend stärkeren Verschiebung der Arbeitsbelastung in einen eher managerial ausgerichteten Bereich führt.

Der Wandel umfasst auch die Forschungsstrukturen selbst, denn in der Folge der vermehrten Drittmittelforschung ist Forschung heutzutage eher kurzfristig und projektförmig angelegt, dazu kommt die ständige Forderung nach Interdisziplinarität und Zusammenarbeit mit den verschiedensten Partnern (Globert 2010; Engels 2006; Torke 2006).

Zunehmend erfordern Leistungsvergleiche auch Tätigkeiten jenseits der eigentlichen Profession. Zusammen mit Anforderungen und Aufgaben in der Lehre sowie der Mitwirkung bei der Selbstverwaltung ergibt sich heute für Wissenschaftler eine zunehmend schwieriger zu bewältigende Arbeitsbelastung (Kreckel 2010; Frank 2006).

Dass hier Abhilfe nottut, ist unbestritten und praktisch alle deutsche Universitäten haben mit mehr oder weniger umfangreichen Unterstützungsangeboten darauf reagiert. Moderne Managementstrukturen an Universitäten, neue und erweiterte Tätigkeitsfelder im Bereich Lehre und Forschung sowie der zunehmende Aufbau von Wissenschaftsmanagementeinrichtungen sind einige der Reaktionen auf Veränderungen der Anforderungen an deutsche Universitäten in den letzten Jahrzehnten (Locker-Grütjen 2008).

### 1. Rahmenbedingungen und New Public Management

Die Veränderungen in der Forschungslandschaft haben in den letzten Jahrzehnten die Hochschullandschaft deutlich geprägt und zugleich an den Universitäten einen enormen Innovationsdruck ausgelöst. Wurde noch bis Mitte der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts davon ausgegangen, dass der wesentliche Unterschied der universitären und der außeruniversitären Forschung im Finanzierungsmodus zu suchen war – langfristige, grundlagenorientierte, von öffentlicher Hand bezahlte Forschung versus kurzfristige, „bedarfsorientierte“, von Industrie oder anderen Drittmittelgebern finanzierte Forschung – sind diese Grenzen längst verwischt. In Zeiten der Ressourcenknappheit ist das Einwerben von finanziellen Mitteln für die Universitäten schon längst eine Überlebensnotwendigkeit geworden. Dadurch sind sie nicht nur in Konkurrenz zu anderen Forschungseinrichtungen getreten, sondern müssen sich auch einem verstärkten zwischenuniversitären Wettbewerb stellen. Zunehmend ist dabei auch ein Wandel zu beobachten, der insbesondere im Europäischen Hochschulraum weg von öffentlichen, hin zu privaten Fördermittelgebern führt (Geuna/Nesta 2006). Dies kann auch zu einer Verlagerung von Interessen in der Ausgestaltung von Wissensgenerierung und zu einer nicht mehr der Öffentlichkeit zur Verfügung stehenden Produktion von Wissen führen (Weingart 2008). Der somit eingeschlagene Weg führte die Universitäten von vormaliger institutionalisierter Gleichheit auf Vertrauensbasis hin zu einer „kontrollierten Verantwortlichkeit“ in der die Universitäten wettbewerblich aktiv, sich selbst organisierend und steuernd auf einem „universitären Markt agieren können“ (Maassen/Weingart 2006). Schwierig und für den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn gefährlich würde jedoch diejenige Forschung sein, die nicht dem „Naturverstehen“ gewidmet ist, sondern vielmehr einer reinen Nutzenorientierung unterliegt (Carrier 2007). Die Motivation der Forschung ist hierbei das leitende Element zwischen Nutzenorientierung oder Neugier (Weingart 2008).

Nicht unproblematisch ist auch die – noch in Teilen vorhandene – Forschungstradition an Universitäten. Früher

war die Forschung ein gesicherter Teil der Arbeit, die in relativ großer Autonomie von Wissenschaftlern langfristig durchgeführt werden konnte. Qualitätsanforderungen ergaben sich in erster Linie aus der Wahrnehmung der Forschungsergebnisse in der Fachwelt, die Forschung war schwerpunktmäßig grundlagenorientiert und disziplinbezogen. Durch die seit vielen Jahren notwendig gewordene Einwerbung von Drittmitteln und einem sich öffnen in den „Markt“, mussten sich auch Wissenschaftler an Universitäten mit eher kurzfristiger, anwendungs- oder nutzenorientierter Forschung auseinandersetzen, die zudem einen größeren Grad der Abhängigkeit gegenüber dem Geldgeber beinhaltet. Damit einher gingen immer größer werdende Anforderungen an interdisziplinäre Forschung, die inzwischen weit über ein bloßes Nebeneinander verschiedener Disziplinen unter einem Dach hinausgehen.

Mit der Veränderung der Hochschullandschaft, der Ökonomisierung der Universitäten und der Einführung des New Public Management wurden ebenso neue Methoden und Instrumente eingeführt. Universitäten sind heute mehr denn je aufgefordert, sich anhand von Zahlen (z.B. Drittmittel und Publikationen) einschätzen und in zunehmend umfangreicheren Verfahren (Evaluationen und Rankings) bewerten zu lassen. Damit stehen sie in einem wie auch immer gearteten akademischen Wettbewerb (Münch 2009). Einhergehend mit der rückläufigen öffentlichen Finanzierung der Universitäten und der stärkeren Forderung seitens der politischen Organe formulierte bereits im Jahr 1985 der Wissenschaftsrat die Notwendigkeit der Erfassung von „öffentlichen Leistungen“ sowie der „Leistungs-transparenz“ (Wissenschaftsrat 1985) und gab somit indirekt den Startschuss für Jahrzehnte der Diskussionen um die Einführung von Parametern und Vergleichsverfahren im Wissenschaftsbetrieb. Umsetzung fanden die Anmerkungen und Empfehlungen insbesondere in den Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung und der damit verbundenen Integration des ostdeutschen Hochschulsystems. Der Wandel im Sprachgebrauch dieser Wettbewerbsbewertung Deutscher Universitäten könnte hierbei nicht geringer ökonomisch überprägt sein: Ranking, Output, Benchmark, Balanced Scorecard, Feed-Back, Drop-Out-Quote u.v.m.

## 2. Transparenz, Wirtschaftlichkeit, nachprüfbare Effizienz: Die zunehmende Projektförmigkeit der Forschung

Neben diesen hochschulpolitischen Entwicklungen und den damit verbundenen Anforderungen an den Wissenschaftsbetrieb kommt auch die zunehmende Projektförmigkeit in vielen Disziplinen erschwerend hinzu. Folgt man dem Humboldt'schen Forschungsideal, so ist die „reine“ Forschung zeitlich unbefristet, da es um den reinen Erkenntnisgewinn geht. So war die ursprüngliche Förderung von Forschung an Institutionen beziehungsweise Forscherpersönlichkeiten gebunden. In Deutschland begann die Umstellung auf Projektförderung am 11. Januar 1911 mit der Gründung der ‚Kaiser-Wil-

helm-Gesellschaft zur Förderung von Wissenschaft und Forschung‘ (KWG, heute: Max-Planck-Gesellschaft). Mit der Einrichtung der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ist die Projektförmigkeit der Forschung ausgehend von den Wissenschaftsakademien weiterentwickelt und etabliert worden (Globert 2010; Torka 2006, 2009).

Damit Förderentscheidungen überhaupt getroffen werden können, muss der Forschungsgegenstand so dargestellt werden, dass seine Relevanz und Machbarkeit vorab einsehbar sind. Aus der Tradition eher naturwissenschaftlich geprägter Forschungsaktivitäten heraus stellt somit seit den 1990er Jahren „das Projekt“ eine zunehmend generelle Form der Forschung dar. Es wirkt wie geschaffen für eine innere und äußere Kontrolle von Forschung, es scheint „erwartbare“ Ergebnisse zu produzieren. Nicht in Projekte zerlegbare Fragestellungen werden dabei zunehmend ausgeklammert. Dass dies nicht auf alle wissenschaftlichen Disziplinen anwendbar ist, zeigt sich aber auch in den „DFG-Kolleg-Forschergruppen“ in den Geisteswissenschaften. So sind diese gerade durch solche Arbeitsformen gekennzeichnet, die nicht „äußere Zwänge“ reflektieren sollen, sondern sich aus der Sache geisteswissenschaftlicher Forschung ergeben. Sie sind daher gerade nicht projektförmig organisiert. Es erfolgt vielmehr eine Vertiefung in die eigene forschende Arbeit und Förderung der interkollegialen Dialoge über den engeren Kreis der eigentlichen Wissenschaft hinaus.

Dennoch zeigt sich auch hier ein gewisser evolutionärer Erfolg der Projektform darin, dass scheinbar alles in ein Projekt verwandelt werden kann, selbst die durch diese Form geschaffenen Probleme. Offener und weiter reichende Fragestellungen werden in Sonderforschungsbereichen bearbeitet, in denen große Probleme in kleine zerlegt werden und sich die Projektform damit nur potenziert: Das Gesamtprojekt wird in Teilprojekte unterteilt. Die Generierung von Hypothesen wird durch Vorlaufprojekte, auf so genannten „Anforschungsstellen“ betrieben, oder das laufende Projekt dient selbst dazu, Anschlussprojekte auszuschütten.

Durch die limitierte Zeit und die notwendigen Strukturen zur Darstellung des Forschungsgegenstands werden Wissenschaft, Politik und Wirtschaft in Einklang gebracht. Damit wird Wissenschaft aber auch in nie gekanntem Maß abhängig von Organisation, so dass es den Anschein hat, dass der Fortgang der Forschung nur eine Frage der Organisation wäre (Torka 2006, 2009). Den Vorteilen der Projektform, die mit den heutigen Forderungen an die Forschung einhergehen – Transparenz, Wirtschaftlichkeit, nachprüfbare Effizienz etc. – steht berechtigterweise heftige Kritik gegenüber. So lässt sich der Forschungsprozess nicht nach rein ökonomischen und strukturellen Gesichtspunkten „delegieren und zerlegen, weil er stets an die konkrete Auseinandersetzung der Forscherpersönlichkeit mit den Daten rückgebunden bleibt.“ (DFG 2003).

„Forschung als Praxis ist gerade durch ihre Nicht-Abschließbarkeit und ihre Präferenz für das Scheitern von Anfangserwartungen charakterisiert... Eine wissenschaftliche Aussage ist unabhängig davon, wo, wann, in

welchem Zeitraum und von wem sie aufgestellt wurde, wahr oder eben auch unwahr, und auch dann ist sie stets mit einem hypothetischen Vorbehalt versehen: solange keine gegenläufigen Ergebnisse vorliegen!" (Torka 2006). Ebenso liegen die Unterschiede in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen auf der Hand. Eine in den Naturwissenschaften mögliche detaillierte, kleinteilige und spezialisierte Laborarbeit kann hier Erkenntnisgewinn bringen, was in den Humanwissenschaften nahezu unmöglich ist (Münch 2007; Prisching 2009).

Man stelle sich z.B. vor, Immanuel Kant hätte für sein Werk „Kritik der reinen Vernunft“ einen nach heutigen Maßstäben erforderlichen Forschungsantrag erarbeiten müssen. Wie hätte sich sein Werk in Abschnitte, Teilbereiche, Arbeitspakete oder gar „Milestones“ zergliedern lassen – in Vorwegnahme des Ergebnisses? An welche Förderorganisation hätte er mit seinem Ansatz herantreten sollen?

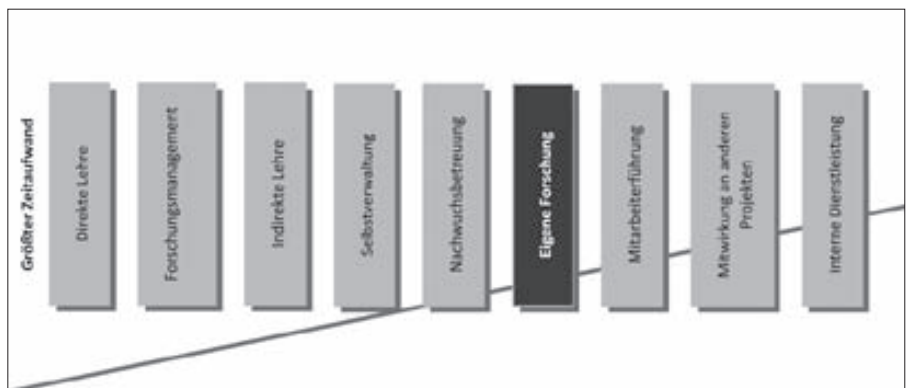
### 3. Die Zeit für die Forschung: Zu viele andere Aufgaben im Forschungsumfeld?

Mit dem vorangehenden Beispiel kann verdeutlicht werden, dass der Faktor „Zeit“ in der Forschung zwei Dimensionen hat: Die eine, im Moment am häufigsten diskutierte ist, dass durch andere Anforderungen den Wissenschaftlern heutzutage immer weniger Zeit für die Forschung bleibt, was u.a. auf die Rahmenbedingungen und Erfordernisse des New Public Management einerseits und auf die zunehmende Projektförmigkeit der Forschung andererseits zurückzuführen ist (s.o.). In der heutigen Zeit sind die „Forschenden“ immer häufiger damit konfrontiert, intensiver und in zeitlich kürzeren Abständen Erwartungen der Gesellschaft zu bedienen (Drittmittelprojekte, Publikationen, Kongressreisen, etc.). So werden Forschungsanträge und Publikationen geschrieben, scheitern diese, werden wiederum neue verfasst. Mitunter entstehen kürzere Ausführungen zur Beteiligung in größeren Projekten, Antragsskizzen werden Hauptanträgen vorgeschaltet, die „Mehrstufigkeit“ der Verfahren ist mittlerweile Usus. Die zweite Dimension ist ein Dilemma in der Forschung selbst, nämlich der Zwang zur Projektförmigkeit, der kaum Freiraum für zielfreies und zeitlich unbefristetes Forschen mehr lässt. Obwohl die enorme Wichtigkeit dieser Forschung allgemein nicht bezweifelt wird, ist dafür momentan keine Lösung in Sicht.

„Der Beruf des Hochschullehrers ist mit erheblichen zeitlichen Anforderungen verbunden. Aufgaben der akademischen Selbstverwaltung, der zunehmende Umfang von Gutachtertätigkeiten, wie auch der hohe Aufwand zur Vorbereitung der Lehre engen den Freiraum für Forschung mehr und mehr ein“ (Frank 2006). Dieses Zitat verdeutlicht weiterhin, dass der hehre Anspruch der

Universitäten, sowohl in der wissenschaftlichen Ausbildung als auch in der aktiven Ausübung der Wissenschaft (= Forschung) breit aufgestellt und dennoch exzellent zu sein, nur schwer trägt. Einer aktuellen Studie unter Wissenschaftlern an Nordrhein-Westfälischen Universitäten zufolge lässt sich feststellen, dass der Zeitrahmen, der für die eigentlichen Forschungstätigkeiten zur Verfügung steht, durch viele andere Aufgaben stark eingeschränkt wird (s. Abb., Locker-Grütjen, in Vorbereitung).

Abbildung 1: Reihenfolge der Tätigkeiten eines Wissenschaftlers nach Zeitaufwand (Selbsteinschätzung der Wissenschaftler)



Für die Forschung an deutschen Universitäten lässt sich ein Bild skizzieren, das aktuell nicht nur durch einen Umbruch in den Rahmenbedingungen gekennzeichnet ist. Vielmehr sind die Aufgaben, die „der Forschende“ erbringen muss im Vergleich zur Vergangenheit – und im Vergleich zu anderen Forschungseinrichtungen – vielfältiger und umfassender. Die Änderungen der jüngeren Vergangenheit haben nicht nur zu neuen, andersartigen Herausforderungen geführt sondern zu einer Addition in den Aufgaben.

Mögliche Antworten auf dieses Dilemma werden von den in der Regel öffentlich finanzierten, zumeist unter Mittelknappheit stehenden Hochschulsystemen durch „Leistungsverdichtung“ beantwortet. Die Universitäten intensivieren zumeist den Wettbewerb durch Einführung neuer Steuerungsmodelle wie zum Beispiel Ziel- und Leistungsvereinbarungen, Entwicklung von regelmäßigen Evaluationsmaßnahmen. Zusammen mit der Einführung und Beachtung solcher Maßnahmen ist auch ein enormer Aufwand in den Universitäten getrieben worden, um diese zu bedienen und oftmals auch positiv für die eigene Universität zu gestalten. Zunehmend erfordern Leistungsvergleiche auch den Einsatz und das Mitwirken aller Mitglieder einer Hochschule, jenseits deren eigentlicher Profession (Kreckel 2010; Müller-Bölling 2008; Frank 2006). Bestimmte Umsetzungen entsprechender Strukturen in der Wissenschaftspolitik, wie zum Beispiel eine sich „etablierende Evaluations- und Akkreditierungsindustrie“, resultieren ebenfalls hieraus, wobei nicht immer klar zu sein scheint, ob Aufwand und Nutzen der Verfahren den jeweiligen Herausforderungen gerecht werden (Maasen/Weingart 2006).

Die strukturellen Problemlagen der aktuellen Herausforderungen sind seit langem bekannt, jedoch bestehen

über Lösungsmöglichkeiten keine konsensfähigen Auffassungen. In einer aktuellen Studie kommen zum Beispiel Pasternack & Von Wissel zu dem Ergebnis, dass seit 1945 mehr als 20 Konzepte identifiziert werden können, die seitdem als „geronnene Form der Debattengrundlinien“ hochschulpolitischer Diskussionen fungieren (Pasternack & Von Wissel 2010). Diese Konzepte spannen den Bogen von „Humboldt“ zur „Hochschule im Wettbewerb“, von der „Ordinarienuniversität über die Gruppenuniversität zum managerialism.“ (ebd). Damit wird deutlich, dass die Diskussionen, die die Entwicklungsprozesse der Universitäten begleitet haben, sich durch völlige Heterogenität und theoretische Diversität auszeichnen. Ein modernes Forschungsmanagement kann hier einen pragmatischen Beitrag leisten mit dessen Hilfe den Forschenden wieder mehr Zeit und Freiräume für ihre Kerntätigkeiten verschafft werden soll, indem forschungsferne Tätigkeiten durch andere „Professionals“ geleistet werden, nicht jedoch vom Forschenden selbst.

#### 4. Denkansätze, Empfehlung und Ausblick

Erfolgreiche, aber auch zufriedenstellende Forschung erfordert zunehmend professionelles Management insbesondere der Tätigkeiten, welche nicht forschungsimmanenter Natur und daher von der Profession her nicht unbedingt oder ausschließlich dem Wissenschaftler obliegen müssen. Profunde Unterstützung und Know-how rund um die Themen Forschungsförderung und -finanzierung, Öffentlichkeitsarbeit, Patente und Verwertung, Vermarktung, internationale Kooperation, Transfer und Management müssen zunehmend von professionellen Einheiten – und dem dazugehörigen Personal – angeboten werden. Dabei wird für die Universitäten nach Strukturen gesucht, die einem „neuen organisatorischen“ Typus entsprechen (Knie, Simon 2008), der zwischen der klassischen Routineverwaltung und den Wissenschaftlern (Einzelpersonen und Fakultäten) angesiedelt ist (Krücken, Blümel, Kloke 2010). Die Untersuchung (ebd.) stützt diesen Ansatz, zeigt sie doch auf, dass sowohl politisch als auch von der entsprechenden Expertise der Beteiligten her eine alleinige Differenzierung und Spezialisierung der Routineverwaltung, wie die Autoren feststellen, nicht ausreichen. Vielmehr bedarf es des neuen Typus, der zwischen der bekannten administrativen Struktur und der Wissenschaft existiert, also neuer Support-Strukturen an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Verwaltung. Ziel einer jeden Universität sollte es daher sein, professionelle Rahmenbedingungen für die Forschung gezielt zu implementieren, um deren Entwicklung voranzutreiben. Hierzu zählt ganz besonders die Einrichtung starker, forschungsorientierter Servicestrukturen, die dem Wissenschaftler nicht nur Anreize bieten, sondern ihn aktiv in seiner Forschung unterstützen und massiv von forschungsfremden Aufgaben entlasten. Von besonderer Bedeutung ist hierbei, die Qualität des Supports, die eine solche Serviceeinrichtung leisten kann, deutlich zu machen und die Grenzen aufzuzeigen. Hierbei sind zwei Faktoren entscheidend: Zum einen ist die Forschung

und Wissensgenerierung an sich nur durch die Wissenschaftler in ihren Fachgebieten zu leisten. Selbst interdisziplinäre Forschungsvorhaben, Verbünde, Cluster und andere Aktivitäten liegen in der uneingeschränkten Verantwortung der Wissenschaftler. Das eigentliche wissenschaftliche Kerngeschäft verbleibt – selbstredend – in der Profession der Wissenschaftler. Zweitens kann Erfolg in der Wissenschaft und die (personengebundene) Reputation ebenfalls nicht durch Forschungsmanagement direkt beeinflusst werden, sondern ist ein grundlegender Arbeitsprozess in der Wissenschaft. Beides soll verdeutlichen, dass der Kern der Aufgaben in Wissenschaft und Forschung, nämlich die Generierung von Wissen (die Forschung), beim Wissenschaftler liegt. Der Mehrwert durch die Einbindung von neuen Strukturen im Forschungsmanagement liegt vielmehr in der Entlastung der Wissenschaftler, der Betreuung von umfangreichen Arbeiten und der strategischen Steuerung der Aktivitäten. Hierdurch kann ein Umfeld geschaffen werden, welches es dem Wissenschaftler ermöglicht die Forschungsleistung (im Sinne der besprochenen Parameter) zu steigern und damit aber nicht nur die persönliche Reputation, sondern auch die der gesamten Universität zu steigern.

Ein modernes Forschungsmanagement darf dabei aber nicht bei der Bewältigung anstehender Aufgaben stehen bleiben. Wichtige Beiträge sind auch für die zukünftige Entwicklung der Hochschulen zu liefern. So müssen Strukturen (weiter-)entwickelt werden, die die Forschenden von ihren sehr zeitaufwändigen Aufgaben jenseits von Forschung (und Lehre) entlasten. Durch eine notwendige enge Zusammenarbeit zwischen Service, Wissenschaft und Hochschulleitung sowie einer Kenntnis von Forschungsaufgaben der gesamten Universität muss und kann Forschungsmanagement Beiträge und Anregungen liefern. Dabei werden sich die Aufgaben auch zukünftig weiterentwickeln und universitätsspezifisch ausdifferenzieren. Es bleibt daher spannend, diesen Prozess in der Zukunft zu begleiten und zu beobachten.

#### Literaturverzeichnis

- Carrier, M. (2007): Erkenntnisgewinn und Nutzenmehrung. In: Weingart, P./Carrier, M./Krohn, W.: Nachrichten aus der Wissensgesellschaft. Analysen zur Veränderung der Wissenschaft. Velbrück Wissenschaft, 93–110.
- DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) (2003): Neue Akzente für die Förderung geisteswissenschaftlicher Forschung. [http://www.dfg.de/aktuelles\\_presse/download/foerderinitiative\\_gw\\_tagung.pdf](http://www.dfg.de/aktuelles_presse/download/foerderinitiative_gw_tagung.pdf).
- Engels, A. (2006): Globalisierung der universitären Forschung. Beispiele aus Deutschland und USA. In: MLU Halle-Wittenberg (Hrsg.): Die Universität. Journal für Wissenschaft und Bildung. (1/2006).
- Frank, U. (2006): Evaluation von Forschung und Lehre an Universitäten. ICB-Research Report No. 6. Duisburg-Essen.
- Geuna, A./Nesta, L.J.J. (2006): University Patenting and its Effects on Academic Research. The Emerging European Evidence. Research Policy, 35, 790–807.
- Globert, Y. (2010): Die Tücke des Projekts. In: duz MAGAZIN, 11/2010, S. 41–43.
- Knie, A./Simon, D. (2008): Unübersichtlichkeiten in der Forschungslandschaft – Neue Aufgaben und alte Probleme einer Wissenschaftspolitik. In: N.T.M. 16. 471–476. Springer, Basel.
- Kreckel, R. (2010): Zwischen Spitzenforschung und Breitenausbildung. Strukturelle Differenzierungen an deutschen Hochschulen im internationalen Vergleich. In: Krüger et al.: Bildungsungleichheit revisited. Bildung und



- soziale Ungleichheit vom Kindergarten bis zur Hochschule. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Krücken, G./Blümel A./Kloke, K. (2010): Hochschulmanagement – auf dem Weg zu einer neuen Profession. WSI-Mitteilungen 5/2010. Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf.
- Locker-Grütjen, O. (2008): Leistungssteigerung durch Forschungsförderung: Strukturelle Universitätsentwicklung in den Zeiten der Exzellenzinitiative. In: Wissenschaftsmanagement 3.
- Maasen, S./Weingart, P. (2006): Unternehmerische Universität und neue Wissenschaftskultur. In: MLU Halle-Wittenberg (Hrsg.): Die Universität. Journal für Wissenschaft und Bildung. (1/2006).
- Müller-Bölling, D. (2008): Zählen, Messen, Schätzen – Fluch oder Segen für die Hochschulen. Symposium aus Anlass des 60. Geburtstages und des Abschieds von Prof. Dr. Müller-Bölling am 19. und 20. Juni 2008. CHE, Berlin.
- Münch, R. (2007): Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz. Frankfurt am Main, Suhrkamp.
- Münch, R. (2009): Qualitätsmessung. In: Münch, R.: Qualitätssicherung, Benchmarking, Ranking. Wissenschaft im Kampf um die besten Zahlen. H-Soz-u-Kult, 27.05.2009, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/id=1104&type=diskussionen>>.
- Pasternack P./Von Wissel, C. (2010): Programmatische Konzepte der Hochschulentwicklung in Deutschland seit 1945, Hans Böckler Stiftung. Demokratische und Soziale Hochschule, Arbeitspapier 204, Düsseldorf.
- Prisching, M. (2009): Die Vermessung der wissenschaftlichen Landschaft. In: Kellermann/Boni/Meyer-Renschhausen (Hrsg.): Zur Kritik europäischer Hochschulpolitik. Forschung und Lehre unter dem Kuratel betriebswirtschaftlicher Denkmuster. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Torka, M. (2006): Die Projektförderung der Forschung. In: MLU Halle-Wittenberg (Hrsg.): Die Universität. Journal für Wissenschaft und Bildung (1/2006).
- Torka, M. (2009): Die Projektförderung der Forschung. Nomos, Baden-Baden.
- Weingart, P. (2008): Ökonomisierung der Wissenschaft. In: N.T.M. 16, 477-484.
- Wissenschaftsrat (1985): Empfehlungen zum Wettbewerb im deutschen Hochschulsystem. Köln.

■ **Oliver Locker-Grütjen**, Dipl.-Umweltwissenschaftler, Direktor des Science Support Centre (SSC) der Universität Duisburg-Essen, E-Mail: [o.locker-gruetjen@uni-due.de](mailto:o.locker-gruetjen@uni-due.de)

Reihe Gestaltung  
motivierender Lehre  
in Hochschulen:  
Praxisanregungen

im Verlagsprogramm erhältlich:

**Wolff-Dietrich Webler**  
**Lehrkompetenz - über eine komplexe Kombination aus Wissen,  
Ethik, Handlungsfähigkeit**

ISBN 3-937026-27-4, Bielefeld 2004, 45 Seiten, 9.95 Euro

Bestellung - E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de), Fax: 0521/ 923 610-22

**Otto Wunderlich (Hg.)**

**Entfesselte Wissenschaft - Beiträge zur Wissenschaftsbetriebslehre**



Das ideale Geschenk für Kolleg/innen zu

- Geburtstagen
- Jubiläen,
- Weihnachten
- Verabschiedung in den Ruhestand und
- als Geschenk für Sie selbst!

Sie können sich köstlich amüsieren! Oder es wird Ihnen etwas schwummerig, weil die sattsam bekannten Alltagserscheinungen satirisch so treffsicher auf den Punkt gebracht werden.

Die Beiträge nehmen alles aufs Korn, was uns an unserer Hochschule, Forschungseinrichtung usw. so lieb und teuer ist, dass wir gelegentlich Mordgelüste entwickeln, mindestens aber die Hochschule wechseln oder vorzeitig verlassen wollen.

Nehmen Sie es besser nicht so ernst - lesen Sie Otto Wunderlich!  
Bestellen Sie zwei Exemplare, weil Sie bedauern werden, eins verschenken zu sollen!

ISBN 3-937026-26-6,  
Bielefeld 2004, 186 Seiten, 19.90 Euro

Bestellung - E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de), Fax: 0521/ 923 610-22

Reihe: Witz, Satire und Karrikatur über die Hochschul-Szene

## Porträt als Wissenschaftler: Ben R, Martin (Sussex)



Ben R. Martin

Der nachfolgende Bericht über Konzepte und Prozesse britischer Forschungsförderung greift in seinem 1. Teil (1986-2008) in großem Umfang auf die Forschungen von Ben Martin zurück. Daher wird dieser Wissenschaftsforscher hier in einem Porträt näher vorgestellt.

*Prof. Ben R. Martin, Professor of Science and Technology Policy Studies (SPRU - Science and Technology Policy Research, Business and Management).*

**Benjamin Raymond Martin** (Jg. 1952) ist einer der führenden Wissenschaftler auf dem Gebiet der Forschungsevaluation. Er hat sich umfangreich in der Lehre engagiert, von vielen Erstsemester-Veranstaltungen bis zur Betreuung von Master- und PhD-Studierenden.

Die University of Sussex stellt auf ihrer Hausseite u.a. folgende Informationen über ihn zur Verfügung:

„BA (first class honours) degree in Natural Sciences, University of Cambridge, and Kitchener Scholar (Churchill College, Cambridge); MSc ('The Structure and Organisation of Science and Technology'), University of Manchester. [...] Professor Ben Martin studied physics as an undergraduate at Cambridge and science policy as a postgraduate at Manchester. He has carried out research for 30 years in the field of science policy, serving as the Principal Investigator or Project Leader on over 50 research projects and commissioned studies. These have been mostly concerned with the development of techniques for generating systematic information to aid decision-making in relation to science, engineering and technology.“

### Role

„Since 1996, I have been Professor in Science and Technology Policy Studies at SPRU, one of the world's leading institutions in the area of science policy and innovation studies. I served as Director of SPRU from 1997-2004. I am currently the Director of Admissions to the SPRU doctoral programme.“

„In addition, I am currently Associate Fellow of the Centre for Science and Policy (CSaP), University of Cambridge, where I was invited to give the Second Distinguished Lecture on 3 March 2010. A video of this lecture, entitled 'Science Policy Research – Can Research Influence Policy? How? And Does It Make for Better Policy?', is available on the web.“

### Research

„science policy research policy technology foresight science indicators research evaluation university-industry links research collaboration university policy“

### Selected publications

„Ben has published seven books, seven monographs and official government reports, and approximately 50 refereed journal articles, and produced 170 other reports and papers. He is an Editor of Research Policy, and an Editorial Adviser to Scientometrics, Research Evaluation, Social Studies of Science, Technology Analysis and Strategic Management, and Technological Forecasting and Social Change. In 1997, John Irvine and he were awarded the Derek de Solla Price Medal for Quantitative Science Studies. He helped set up the UK Technology Foresight Programme and was a member of the Foresight Steering Group from 1993 to 2000.“

(Quelle: <http://www.sussex.ac.uk/spru/people/peoplelists/person/1716> (Abrufdatum 18.04.2011))

Die Universität Cambridge stellt zusätzlich an Informationen zur Verfügung:

„He has carried out research for over 30 years in the field of science policy. In the earliest work with John Irvine, he helped to establish techniques for the evaluation of scientific laboratories and of research programmes. A second area in which he has made an impact is empirical comparisons of national scientific performance and in particular work on the relative decline of British science. A third contribution was to produce the first truly comparable international statistics on government funding of academic and related research. The fourth area of activity has been the collaborative work with John Irvine which pioneered the notion of 'foresight' as a tool for looking into the longer-term future of science and technology with the aim of identifying areas of strategic research and emerging generic technologies likely to yield the greatest economic or social benefits. He led the SPRU team that produced the influential review for HM Treasury on the benefits from government funding of basic research. More recently, he has carried out research on the changing nature and role of the university, on the impact of the Research Assessment Exercise (RAE), and on the evolution of the field of science policy and innovation studies.“

(Quelle: <http://www.csap.cam.ac.uk/network/ben-martin/> (Abrufdatum 18.04.2011))

*Wolff-Dietrich Webler*



Wolff-Dietrich Webler

## Konzepte und Prozesse britischer Forschungsförderung (1986-2014) Teil I:

### Bisherige Bewertung der Qualität der Forschung in Großbritannien Bericht über den Forschungsstand zum Research Assessment Exercise (RAE)

#### I. Aufbau und Verlauf des Research Assessment Exercise (RAE)

##### 1. Einführung und Überblick

Wie das deutsche Universitätssystem über 200 Jahre auch, so wurde das britische Universitätssystem lange Zeit als im einzelnen verschieden, aber qualitativ im Großen und Ganzen als gleichwertig angesehen ('the equity principle'). Die Universitäten boten in den 60er und 70er Jahren des 20. Jh. ein Studium für 5-15% eines Altersjahrgangs an und verstanden sich als Elitenausbildung. Wie in Deutschland, so waren im Detail und von Fakultät zu Fakultät gleicher Fachkulturen trotzdem z.T. deutliche Differenzen bekannt. Sie führten – wenn sie von Dauer waren – zu internen Qualitäts- und letztlich Prestige-Hierarchien, wie sie sich auch dem Ausländer als grobe Orientierung mitteilten. Trotzdem bestand von Seiten des Staates generell der Anspruch, die Forschung vergleichbar zu fördern. Das geschah in Großbritannien nicht staatlich direkt, sondern bis 1992 über das University Grants Committee (UGC). Dieses war vom Staat (dem Department of Education and Science, DES) relativ unabhängig (buffer organization), erwies sich allerdings für Lobby-Arbeit der Universitäten anfällig (besonders erfolgreich Oxford und Cambridge) sodass quantitative Verteilungsparameter, wie Größe der Einrichtung, Zahl der Studierenden und Lehrenden usw. immer wieder durchbrochen wurden. Insofern ist die Geltung des equity principle zu relativieren. Das UGC steuerte seinerseits kaum Entwicklungen über die Mittelverteilung ('light touch steering').

Auch die interne Steuerung der Universitäten war ursprünglich gering. Sie praktizierten vielfach eine ähnliche akademische Selbstverwaltung wie in Deutschland, oftmals mit gewählten Dekanen, wobei das Amt unter den Mitgliedern der 'Senior Faculty' rotierte. In Großbritannien war – wie in vielen anderen Ländern – ein 'dual support system' für Universitäten üblich, bei dem die staatliche Grundausstattung für Forschung und Lehre (insbesondere Infrastrukturkosten, z.B. Laborausstattungen) über die Zuweisungen des UGC gesichert wurde, während daneben eine projektspezifische Förderung über Research Councils (RC's) stattfand.

Die Mittelempfänger, die einzelnen Wissenschaftler, ver-

standen sich als relativ autonom – wie auch der Tradition (und der Verstärkung der Wissenschaftsfreiheit nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus) in Deutschland entsprechend. Sie waren relativ frei in der Wahl, was sie forschten und in welcher Weise dies geschah (das aber sollte sich in der Folgezeit wandeln).

In den späten 70er Jahren kündigte sich stärkerer Wandel an, vor allem aus zwei Gründen:

A) Wachsende Kosten der Forschung und eine Wirtschaftskrise in Großbritannien seit Mitte der 70er Jahre, die zu Haushaltskürzungen zwang. Mit der langsamen Expansion des britischen Hochschulsystems (etwa 20 Jahre später als in Deutschland) und dem damit verbundenen Übergang von der Eliten- zur Massenausbildung ergaben sich weitere Engpässe in der Finanzierung, auch in der Forschung. In den 80er Jahren kamen deutliche Kürzungen der staatlichen Wissenschaftsausgaben hinzu.

Nach dem Amtsantritt Margret Thatchers 1979 waren auch die Universitäten von erheblichen Kürzungen betroffen. Um die besten Universitäten und Departments zu schützen, entschied der UGC, die Kürzungen sehr ungleich weiterzugeben. Einzelne Universitäten sahen sich mit Kürzungen von bis zu 30% konfrontiert. Ein Sturm der Entrüstung folgte, vor allem, weil Gründe und Maßstäbe der Ungleichverteilung intransparent blieben. Eine Konzentration der Mittel schien unabweisbar, aber nach welchen Kriterien die Mittel nun konzentriert werden sollten, blieb zunächst unklar.

B) Die zweite treibende Kraft resultierte aus den politischen Forderungen nach größerer Verantwortlichkeit. Gleichzeitig wurde ein effizienterer Umgang mit den knapperen Mitteln verlangt (value for money). Viel diskutiert wurden die drei 'E's: economy, efficiency und effectiveness, verbunden mit Managementforderungen an die Universitäten – bereits verbunden mit der Entwicklung zum 'new public management' (Hood 1991) und den dortigen Forderungen nach Effizienz, Transparenz, Verantwortlichkeit, Qualitätssicherung und Wettbewerb.

Prominentes Zeugnis dieser Überlegungen war (deutlich früher als in Deutschland) der Jarrat Report, 1985

von dem "Comittee of Vice-Chancellors and Principals" (entspricht etwa der deutschen Hochschulrektorenkonferenz) vorgelegt. Er fasste Universitäten im Grundsatz als Geschäfte auf, die den Studierenden (ihren Kunden) ein Produkt liefern. Universitäten waren demnach Unternehmen (ähnlich Fabriken) und die Wissenschaftler wurden nicht so sehr als eine sich selbst verwaltende Gruppe angesehen mit dem Ziel der Erweiterung der Erkenntnis, als vielmehr als Lieferanten, ja Verkäufer von Erziehung/Bildung (education), deren Leistung mit "performance-indicators" gemessen werden konnte. Gleichzeitig sollte die akademische Selbstverwaltung in die Hände professioneller Manager überführt werden (Newby 2005). Tendenz also: mehr Hierarchie, weniger Vertrauen.

Die Übernahme dieses Reports durch die Regierung gilt als Ausgangspunkt der Verbreitung des "Managerialism" in der Wissenschaft und der Wandlung kollegialer Beziehungen zu einer Ausrichtung eigener Arbeit am Wettbewerb zwischen Institutionen. Dieser sich abzeichnende Wandel führte zu zahlreichen Kontroversen (Jones 1986; Trow 1994; Derarlove 1998b). "Unterstützt" wurde diese Entwicklung durch eine zunehmend im Wettbewerb erfolgende Mittelvergabe. Während die projektbezogene Forschungsförderung der RC's nicht nur an der Einhaltung von Qualitätsmaßstäben orientiert war, sondern wegen knapper Ressourcen ohnehin schon in einem relativ intensiven Wettbewerb stattfand, erfolgte nun auch die Zuweisung der Grundausrüstung durch die UGC unter Wettbewerbsbedingungen (Martin/Whitley 2011; Curran 2000; Bence/Oppenheim 2005, S. 141f.). Zusätzliche Unruhe verursachte - wie erwähnt - eine zunehmend ungleiche Mittelverteilung durch das UGC zugunsten traditioneller Universitäten. 20 Jahre früher als in Deutschland wurde der Ruf nach Objektivierung und Leistungsbezogenheit laut. Gleichzeitig wurde gefordert, die Vice-Chancellor der Universitäten (dem Rektor deutscher Hochschulen vergleichbar) zu CEO's von Unternehmen zu machen und deutlichere Weisungsabhängigkeiten (m.a.W. Hierarchien) zu etablieren. 1985 erschien kurz nach dem Jarrat Report ein "Green Paper on the future of higher education" der Regierung,<sup>1</sup> in dem eine stärker selektive Zuweisung der Mittel und eine höhere Verantwortlichkeit der Wissenschaftler gefordert wurde.

Die nun aufgrund der Knappheit und Effizienzforderungen fälligen Entscheidungen in der Forschungspolitik (Prioritäten- und Schwerpunktsetzung oder weiterhin Gleichbehandlung (Gießkannenprinzip)) fielen in die Regierungszeit Margret Thatchers. Ihre Hochschul- und Wissenschaftspolitik ab 1979 ist durch besonders rigorose Hinwendung zu Cost-effectiveness-Abwägungen bekannt geworden und hinterließ Schockwellen im Hochschulsystem. In ihre Regierungszeit fiel die Entscheidung, Wissenschaft nicht mehr im Prinzip gleichmäßig in der Fläche zu fördern, sondern zur Verteilung der knappen Mittel Cluster um die besten Forschungseinheiten zu bilden, Schwerpunkte zu setzen und weniger leistungsfähige Standorte für bestimmte Forschungsfelder nicht mehr zu fördern.

In der Folgezeit – die in ihrer Entwicklung hier genauer nachgezeichnet wird – kam es in Großbritannien zu

Veränderungen, die prägender und einflussreicher waren als in anderen Ländern. Großbritannien gehörte damit zu den ersten Ländern, in denen ein Mechanismus für die Prüfung der universitären Forschungsleistungen eingeführt wurde, der regulär, systematisch, landesweit gültig und direkt mit der Mittelzuweisung gekoppelt war. Dieser Abschnitt britischer Wissenschaftspolitik wird in der britischen Wissenschaftsforschung äußerst kritisch bewertet (Geuna/Martin 2001; Newby 2005; Whitley 2007; Martin/Whitley 2010).

Der hier folgende Artikel geht zunächst auf die evolutionäre Entwicklung des ständig geänderten Verfahrens anhand der Durchführungsjahre 1986, 1989, 1992, 1996, 2001, 2008 ein. Die Analyse der Auswirkungen auf die Autoritätsbeziehungen zwischen Akteuren und Hierarchie-Ebenen, wie den Funding Councils und der Regierung, den Nutzern von Forschungsergebnissen, den disziplinären Eliten, den Universitäten und ihren Departments sowie den individuellen Forschern schließt sich an. Die Betrachtung des RAE endet mit den Schlussfolgerungen aus diesem Teil der Entwicklung, um in Teil II dann die Vorbereitung des REF zu beleuchten.

## 2. Föderale Änderung der Förderstruktur

Ab 1992 erhielten die vier Landesteile Großbritanniens: England, Wales, Schottland und Nordirland, die ähnlich wie die deutschen Bundesländer Kulturhoheit besitzen, im Bereich von Hochschule und Forschung je eine eigene Förderstruktur. Sie bestand aus dem Scottish Funding Council (SFC), Higher Education Funding Council for England (HEFCE), Higher Education Funding Council for Wales (HEFCW) und dem Northern Ireland Higher Education Council (NIHEC) (letzterer nur mit Beratungsfunktion). Während in Deutschland die Hochschulen als staatliche Einrichtungen direkt aus dem Landeshaushalt finanziert werden, geschah dies in Großbritannien – wie erwähnt – zunächst landesweit durch das University Grants Committee (UGC) und ab 1992 durch diese intermediären Einrichtungen (außer in Nordirland, deren zwei Universitäten Belfast und Ulster staatlich direkt finanziert werden). Es gibt Varianten dieser Councils, aber ihre Konstruktion und Aufgaben werden an einem Beispiel klarer, beschrieben für den 1992 gegründeten HEFCW wie folgt (<http://www.hefcw.ac.uk/>) (vgl. Dokument 1).

Die Organisationen sind dargestellt auf ihren Hausseiten:

- <http://www.hefce.ac.uk/>
- <http://www.sfc.ac.uk/home/home.aspx>
- [http://www.hefcw.ac.uk/about\\_us/about\\_us.aspx](http://www.hefcw.ac.uk/about_us/about_us.aspx)

Der NIHEC in Nordirland ist erschließbar über:

- [http://www.actiononaccess.org/index.php?p=11\\_6](http://www.actiononaccess.org/index.php?p=11_6) und
- [http://www.britishcouncil.org/science-gost\\_3.10\\_funding\\_councils.pdf](http://www.britishcouncil.org/science-gost_3.10_funding_councils.pdf)

<sup>1</sup> "In the Commonwealth, the Republic of Ireland, and the United States a green paper is a tentative government report of a proposal without any commitment to action; the first step in changing the law. Green papers may result in the production of a white paper." ... "Green papers tend to be statements by the government, not of policy already determined, but of propositions put before the whole nation for discussion. They are produced early in the policymaking process, while ministerial proposals are still being formulated." [http://en.wikipedia.org/wiki/Green\\_paper](http://en.wikipedia.org/wiki/Green_paper) (05.04.11)

"The Higher Education Funding Council for Wales (HEFCW) is an Assembly Government Sponsored Body, and an intermediary body between the Welsh Assembly Government and the higher education sector in Wales." (Wiki)

"The Higher Education Funding Council for Wales (HEFCW) is an Assembly Government Sponsored Body, and an intermediary body between the Welsh Assembly Government and the higher education sector in Wales. (HEFCW business:) HEFCW is responsible for funding higher education in Wales. It distributes funds for education, research and related activities at eleven higher education institutions, including the teaching activities of the Open University in Wales. It also funds higher education courses at further education colleges."

"HEFCW wishes to develop and sustain internationally excellent higher education in Wales, for the benefit of individuals, society and the economy, in Wales and more widely.

We use resources from the Welsh Assembly Government and others to secure higher education (HE) learning and research of the highest quality, make the most of the contribution of HE to Wales's culture, society and economy and ensure high quality, accredited teacher training."

(<http://www.hefcw.ac.uk/home/home.aspx>)

Its vision is to develop and sustain internationally excellent higher education in Wales, for the benefit of individuals, society and the economy, in Wales and more widely.

The organisation strategically uses resources from the Welsh Assembly Government and others to:

- secure higher education learning and research of the highest quality;
- make the most of the contribution of higher education to the culture, society and economy of Wales; and
- ensure high quality, accredited teacher training across Wales.

In order to

- Enhance social justice; and
- Support a buoyant economy." (Wiki)

"As an Assembly Government Sponsored Body, HEFCW receives its funds from, and is accountable to, the Welsh Assembly Government. At the same time, HEFCW provides advice to the Assembly Government on the funding needs, aspirations and concerns of the higher education sector. HEFCW also promotes Welsh interests in the wider UK higher education arena." (Wiki)

#### Our responsibilities

HEFCW is responsible for funding higher education (HE) in Wales. We distribute funds for education, research and related activities at eleven higher education

on institutions (HEIs), including the teaching activities of the Open University in Wales. We also fund higher education courses at further education colleges.

- As an Assembly Government Sponsored Body, we receive our funds from, and are accountable to, the Welsh Assembly Government,
- We are an intermediary body between the Welsh Assembly Government and the higher education sector in Wales,
- We provide advice to the Assembly Government on the funding needs, aspirations and concerns of the higher education sector,
- We promote Welsh interests in the wider UK higher education arena.

Through our transparent funding system, we support the HE sector in Wales in a number of priority areas set by the Welsh Assembly Government, including:

- promoting learning and teaching development, particularly the quality of the learning experience,
- investing in a strong research base and developing research excellence,
- encouraging activities in higher education that support business and the community,
- widening access to higher education,
- supporting development of Welsh language higher education,
- strengthening the HE sector - with an emphasis on encouraging reconfiguration and collaboration, financial sustainability, effective leadership and governance, European and international developments, and maintaining the estate,
- accrediting and funding providers of initial teacher training courses in Wales.

Quelle: [http://www.hefcw.ac.uk/about\\_us/our\\_responsibilities/our\\_responsibilities](http://www.hefcw.ac.uk/about_us/our_responsibilities/our_responsibilities). (Abruf 10.06.2011)

### 3. Research Assessment Exercise (RAE) – der Aufbau<sup>2</sup>

#### 3.1 Einführung des Research Assessment Exercise (RAE) nach 1986 – Chronologie der Entwicklung

In Großbritannien wurde – wie erwähnt – die Debatte um Effizienz der Forschungsfinanzierung, eine Erhöhung der Rechenschaft und Verantwortlichkeit, Clusterbildung herausragender Forschung sowie um eine bessere Nutzung gewonnener Forschungsergebnisse (Überführung in Innovationen) in den 80er Jahren mit besonderer Intensität geführt. Diese Debatte erinnert an die Forschungspolitik in Deutschland Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre des 20. Jh., als die Sonderforschungsbereiche der DFG (wesentlich initiiert von Helmut Baitsch, dem damaligen Rektor der Universität Ulm) als neue Form der Schwerpunktförderung kreiert und die Forschungsfinanzierung aus ähnlichen Gründen wie später

<sup>2</sup> Eine wesentliche Grundlage des vorliegenden Berichts über die RAE bilden Folien aus einem Vortrag, den Ben Martin (Sussex) gehalten hat (Martin 2010) und eine unveröffentlichte Arbeit von Ben Martin & Richard Whitley, die 2011 erscheinen wird; Ben Martin hat sie dem Autor vorab explizit als Grundlage für seinen Bericht über das RAE zur Verfügung gestellt. Der Bericht referiert in weiten Teilen seine Analyse und Ergebnisse – dies ist so vereinbart.

in Großbritannien (Erhöhung der Effektivität und Effizienz der Forschung, Vermeidung von Doppelforschung) durch Senkung der Grundausstattung an den einzelnen Hochschulen und Zuweisung erhöhter Mittel an die DFG für das "Normalverfahren" a) in Projektform gezwungen und b) über Gutachterverfahren in Qualität, Einmaligkeit und Effizienz kontrolliert wurde, wobei drastische Maßnahmen wie in Großbritannien vermieden wurden.

#### 1986 - Erste Stufe

In Großbritannien führte das UGC auf dem Hintergrund der o.g. Debatte und des "Green Paper" 1986 überstürzt ein Research Selectivity Exercise (RSE) ein. Dabei spielte die Beurteilung durch Gutachter, also Peer Review (und der Verzicht auf Indikatoren) im Verfahren von Anfang an eine entscheidende Rolle. Dieses Verfahren wurde nun von Anwendung zu Anwendung weiter entwickelt, was im weiteren Verlauf zur Folge hatte, dass es allmählich immer anspruchsvoller, aber auch zunehmend teuer und mühsam wurde.

Jedes Department oder ähnliche Einrichtung ("unit of assessment, UoA") hatte 1986 in einem Fragebogen Angaben zu machen zu

- Forschungseinnahmen,
- Plänen zur weiteren Entwicklung seiner Forschung und zu Prioritätsvorstellungen,
- und die fünf besten Publikationen der letzten 5 Jahre vorzulegen.

Die Antworten wurden durch die bestehenden Fachkommissionen des UGC sowie zusätzlich beigezogene Gutachter bewertet (deren Identität ungenannt blieb, was zu Kritik führte). Diese Kommissionen stufen die Einrichtungen in 4 Leistungskategorien ein. Der Vorgang hatte zunächst wenige Auswirkungen auf die Mittelverteilung, aber löste einen Schock im System aus. Damit war Großbritannien wahrscheinlich das erste Land, das flächendeckend auf der Basis von Forschungseinrichtungen als Untersuchungseinheit eine Qualitätsbewertung der Leistungsfähigkeit in der Forschung vornahm und das Ergebnis der weiteren Finanzierung zu Grunde legte (Gewisse Parallelitäten zum Vorgehen des Wissenschaftsrates in den Forschungseinrichtungen der DDR nach 1990 drängen sich auf).

Schon in diesem Anfangsstadium wurde klar, dass die Einführung einer solchen erfolgsabhängigen Mittelzuweisung (performance-related funding) zu einer erheblichen Zunahme der Autorität des UGC als sowohl evaluierende als auch Mittel zuweisende Instanz führte. Außerdem löste dieses Vorgehen des UGC zahlreiche Kritik an der Methodik aus. Einerseits war versäumt worden, eindeutig zu definieren, was die betrachteten Untersuchungseinheiten (units of assessment) sein sollten.

Das UGC sprach von Fächern, während Universitäten damit Untersuchungsgruppen bezeichneten, die näher betrachtet werden sollten (oft Departments, aber manchmal eine Kombination mehrerer Departments oder nur Teile eines Departments). Trotz ihrer Unterschiedlichkeit wurden sie in die Überprüfung gemeinsam einbezogen. Andererseits waren (in Folge dieser Unklarheiten) fünf Publikationen aus einer großen Forschungseinrichtung

leichter im Stande, höchste Standards zu erfüllen, als aus einer kleinen Einrichtung. Insgesamt führte diese Abhängigkeit dazu, dass Universitätsleitungen und ihre Verwaltungen sehr viel mehr Aufmerksamkeit auf das Niveau und die Qualität der Forschung und der Publikationen richteten. Sie forderten die Departments auf, in ihrem Rahmen Forschungsstrategien zu entwickeln. In dieser neuen Konstellation war auch die Autorität des Universitätsmanagements gegenüber den "eigenen" Forschern gestiegen – die Beziehungen verschoben sich.

1987 zeigte ein Vorgang deutlich, in welcher Richtung die Entwicklung voran getrieben wurde. Der Beirat des Forschungsrates (Advisory Board for the Research Council) schlug in einem Bericht vor, alle Universitäten in eine R, T und X Kategorie zu teilen (vermutlich research-, teaching- und mix-Klasse). Die Forschungsmittel sollten dann auf die R-Universitäten und ausgewählte Departments der X-Klasse konzentriert werden. Erbitterter Widerstand von Seiten der Universitäten führte dazu, den Vorschlag zurück zu ziehen; aber der Vorgang bereitete den Weg, das RSE-Verfahren auf eine höhere Selektivität der Verteilung der Forschungsmittel auf nur eine Auswahl der Departments auszurichten. 1988 wurde das UGC abgelöst vom University Funds Committee (UFC). Es war kleiner und bestand auch aus Repräsentanten aus dem 'private sector' (Wirtschaft und Gesellschaft). In einem fundamentalen Wandel verstand es sich nicht mehr als Puffer-Einrichtung zwischen Staat und Wissenschaft, sondern als Kopplungsagentur (Phillimore 1989, S. 258).

#### 1989 – Zweite Stufe

1989 wurde eine zweite Runde des Research Selectivity Exercise (RSE) mit einer anspruchsvolleren Methodik durchgeführt. Die Einrichtungen wurden aufgefordert, Publikationsdaten einschließlich bibliographischer Details für bis zu zwei Publikationen von jedem Vollzeit-Mitglied des Lehrkörpers einzureichen. Diese Vorgabe steigerte die Belastung der Gutachter außerordentlich. Angaben über die Zahl der Forschungsstudierenden, der Drittmittel und Forschungsverträge (Auftragsforschung) und die Gesamtzahl der Publikationen bezogen auf die Zahl der Vollzeit-Wissenschaftler/innen kamen dazu. (Da unterlassen wurde zu definieren, was eine Publikation sein sollte, waren viele Angaben unvergleichbar (ohne Reliabilität). Außerdem enthielten sie keine Angaben über die Qualität des Ergebnisses (UGC 1988). Es gab außerdem deutliche Anzeichen dafür, dass die Berichte nicht mit der nötigen Genauigkeit abgefasst waren. Erst ab 1992 wurde auch diese Seite des Verfahrens kontrolliert.

Für die Bewertung wurden 70 Fachkomitees aus Repräsentanten der Disziplinen (nach transparenten Auswahlkriterien) gegründet, externe Gutachter zu vertraulichem Rat beigezogen und verschiedene Reformen am Verfahren vorgenommen:

- eine Ratingskala von 1-5 (wie Schulnoten) wurde eingeführt,
- die Ergebnisse wirkten sich mit einem Anteil von 50% auf die Höhe der Zuweisung aus,
- zwischen den Kommissionen wurde eine Standardisie-

rung der Beurteilung zwischen den Fächern versucht – mit relativ wenig Erfolg: Probeweise wurden die gleichen Gruppen durch unterschiedliche Kommissionen auf der Basis gleicher Kriterien bewertet – mit großen Unterschieden in den Ergebnissen.

In dieser Zeit begannen Listen zu zirkulieren über "führende" Zeitschriften (gesteuert von einflussreichen disziplinären Gruppierungen), auf die die Fachkommissionen bei der Bewertung besonders achten würden (z.B. in den Wirtschaftswissenschaften, vgl. Lee/Harley 1998, S. 24).

Im Ergebnis wurden die Untersuchungseinheiten auf einer 5er-Skala eingestuft. Das richtete sich nach dem Anteil ihrer Publikationen, der nach nationaler oder internationaler Exzellenz eingestuft wurde. Der UFC entschied, von dem bisherigen Drittel an Mitteln, die für die Forschung vorgesehen waren, nahezu die Hälfte auf Basis der Bewertungen aus dem 1989er Durchlauf zuzuweisen. Der Rest richtete sich hauptsächlich nach den Studierendenzahlen. Diese drei neuen Entscheidungsgrundlagen: a) die Qualitätsprüfung, b) die 5-stufige Schätzskala und c) die stärkere Bedeutung von Publikationen führten zu einer erheblichen Verschiebung der Autoritätsverhältnisse zwischen Universitäten und UFC, wobei die Universitäten die Kontrolle über die Binnenverteilung der Mittel behielten. Die steigende Bedeutung, die die Publikationen erhielten (von 5 Publikationen pro Einrichtung/Department zu zwei Publikationen pro vollzeitliche Lehrkraft) führte dazu, dass das Universitätsmanagement erheblichen Druck auf die einzelnen Wissenschaftler ausübte, qualitätsvolle Publikationen hervorzubringen (vgl. Martin 2011, S. 57).

#### 1992 – Dritte Stufe

1991, ein Jahr vor dem nächsten Durchlauf des jetzt so genannten Research Assessment Exercise (RAE) erschien ein Weißbuch der Regierung, in dem es hieß, dass Forschungsfinanzierung selektiv erfolgen solle, um Einrichtungen zu ermuntern, sich auf ihre Stärken zu konzentrieren (DES 1991, S. 18). Eine weitere wichtige Entwicklung brachte das Weiter- und Hochschulgesetz von 1992 (DES 1992), in dem die Polytechnics mit den Universitäten gleich gestellt wurden. Bis dahin hatten die Polytechnics keine staatliche Forschungsfinanzierung erhalten.

Außerdem gab es 1992 folgende Veränderungen:

- Das UFC wurde aufgelöst; jeder Teil des Vereinigten Königreichs bekam eine eigene Kopplungsagentur, also England (HEFCE), Wales (HEFCW), Schottland (SFC) und Nord-Irland (dort nur beratend),
- Die Methodik wurde differenzierter. Nun sollten je (Vollzeit-)Forschungsperson ("research active") die an einem Stichtag der Einrichtung angehörten – hier hatten in der Vergangenheit "Doppelbuchungen" bei Wechseln stattgefunden – 2 Publikationen eingereicht werden, sodass die Größe der Einrichtung eine geringere Rolle spielte. Aber wer wurde als Forschungspersonal definiert? Hier setzte viel Spekulation ein ("game playing"). Bei "Pro-Kopf-Publikationen" als Maß waren Einrichtungen mit viel Lehrpersonal vor-

her benachteiligt worden. Nun konnten Einrichtungen sich umgekehrt durch diese Definitionen zu exklusiven, forschungsstarken Einrichtungen hochstilisieren. Allerdings gab es auch einen Faktor für das quantitative Volumen des Lehrkörpers. Johnston (1993, S. 174) hat gezeigt, dass es einer ökonomisch rationalen Strategie entsprach, ein Viertel bis zu einem Drittel der forschungsschwachen Wissenschaftler hinaus zu definieren, um eine um einen Punkt höhere Einstufung im Rating zu erzielen. Innerhalb des Lehrkörpers hatten solche Differenzierungen zugunsten der Forschungsleistungen gravierende Folgen für die Prestigeverteilung – zu Lasten der Lehrleistungen,

- Außerdem wurden Informationen über das "Forschungsumfeld" angefordert (research environment),
- Nun waren 90% der zugewiesenen Forschungsmittel vom Qualitätsurteil abhängig. Die Einrichtungen erfuhren aber erst nach Eintritt in das Verfahren, wie die Beurteilung genau in die Mittelzuweisung übersetzt wurde ("playing a game with a blindfold on"). Einrichtungen mit der niedrigsten Einstufung wurden von der Förderung ganz ausgenommen,
- Die Polytechnics wurden in die Forschungsförderung aufgenommen, verschärften den Wettbewerb und erhielten als "New Universities" oder "1992-universities" aufgrund ihrer im RAE 1992 gezeigten Leistungen 9% der Forschungsmittel (d.h. die "old universities" wurden bei konstanter Gesamtsumme um diesen Betrag gekürzt) (Bence/Oppenheim 2005, S. 146).

Erneut verschoben diese Entwicklungen sowohl das Autoritätsverhältnis zwischen Funding Councils und Universitäten, als auch innerhalb der Universitäten zwischen den Wissenschaftlern und den Universitätsmanagern, indem letztere weiteren Einfluss auf die Handlungsmuster der Wissenschaftler gewannen, weil sie bestimmen konnten, wer nach welchen Kriterien als "forschungsaktiv" in die Präsentation der Universität aufgenommen wurde und wer ausgeschlossen blieb.

#### 1996 – Vierte Stufe

Im Durchlauf des Jahres 1996 traten weitere Änderungen ein:

- die Units of Assessment (UoA's) wurden aufgefordert, bis zu 4 Publikationen je Forschungsperson vorzulegen (womit das Gewicht von Publikationen weiter erhöht wurde),
- "indicators of peer esteem" wurden eingeführt (z.B. Herausgabe von Zeitschriften oder Einladungen zu Konferenzvorträgen),
- die Beurteilungsstufen wurden (unter Teilung der 3 in 3A und 3B) auf 7 ausgedehnt, mit 5\* als neuer Spitze,
- das Budget der Funding Councils wurde 1996/97 um 5% gekürzt; eine erheblich stärkere Differenz der Beurteilungsstufen bzw. der Fördermittel war die Folge,
- Die Stufen 1 und 2 erhielten keinerlei Förderung mehr.

Das Prüfungsverfahren wurde von rund 60 Fachausschüssen durchgeführt. Die Vorsitzenden wurden von den FC's berufen, während die Mitglieder aus Vorschlägen ausgewählt wurden, die 1.300 wissenschaftliche

Gesellschaften, Berufsorganisationen und Fachgesellschaften vorgelegt hatten. Dies verschaffte disziplinären Eliten die Möglichkeit, erhöhten Einfluss darauf zu nehmen, welche Formen der Forschung als exzellent eingestuft werden.

#### 2001 – Fünfte Stufe

Im Vorfeld des Durchlaufs von 2001 zeigten Analysen immer wieder Schwächen von Verfahrenselementen auf. Die Probleme und Bedenken wuchsen, weil die Betroffenen mit dem System der Leistungsfeststellung zu spielen begannen (tarnen und täuschen), um die Ergebnisse möglichst positiv zu gestalten, d.h. die Kriterien zu manipulieren bzw. ins Leere laufen zu lassen:

- es gab Belege dafür, dass Universitäten aktiv Strategien dafür entwickeln haben, welche Personen einbezogen und welche besser als forschungs-inaktiv "versteckt" werden. Auch Bence & Oppenheimer zeigen (2005, S. 147), dass bestimmte Strategien der Exclusion die Wahrscheinlichkeit erhöhen konnten, eine höhere Einstufung im RAE-Verfahren zu erreichen,
- Aufmerksamkeit zog ein Transfermarkt mit exzellenten Forschern auf sich, der offensichtlich entstand,
- das Verfahren nahm keine Rücksicht auf persönliche Umstände der Forscher/innen, wie Unterbrechungen der Karriere durch schwere Krankheiten, Familienphasen usw., sondern führte zu Benachteiligungen,
- die Maßstäbe zwischen den Ausschüssen waren nicht gleich, obwohl um das gleiche Gesamtbudget konkurriert wird,
- die disziplinäre Zusammensetzung der Ausschüsse führte zur Benachteiligung interdisziplinärer Forschung.

Daher wurden das Verfahren und seine Auswirkungen erneut geändert:

- die Ausschussmitglieder sollten jede Publikation selbst bewerten – eine gewaltige Bürde. Damit sollte gerade unvergleichbaren Schlüssen aus dem Publikationsmedium und -ort und dessen (vorgeliehen) Status vorgebeugt und eine eigene Qualitätsbeurteilung erstellt werden. Gerade die gewaltige Last durch die zahlreichen, eingereichten Arbeiten führten in einigen Ausschüssen zum Gegenteil. In den Fällen, in denen (disziplinäre) Gutachter der Zeitschriften (insbesondere der "Top"-Zeitschriften) die Publikation empfahlen hatten, übernahmen die Fachausschüsse diese Urteile nicht nur ohne eigene Leseleistung, sondern gewichteten solche Arbeiten höher (Bence/Oppenheimer 2005, S. 150f.),
- die Ausschüsse (panels) wurden erweitert, möglichst um Vertreter der Praxis (der Nutzer von Forschungsergebnissen) – um den Einfluss der Wissenschaftler auf die Förderentscheidungen etwas zu reduzieren, allerdings mit geringem Erfolg. Kaum jemand mochte die Lasten des Verfahrens als Ausschussmitglied tragen,
- internationale Experten wurden berufen, insbesondere um die höchsten Einstufungen zu überprüfen, die von den Ausschüssen vorgeschlagen worden waren.

Als Ergebnis stellte sich heraus, dass einerseits viele Departments mit 1 oder 2 bewertet wurden und aus

der Förderung herausfielen (ab 2001 auch die mit 3B), andererseits aber der Anteil hoch bis höchst eingestufter Departments von 23% (1992) über 35% (1996) auf 55 % (2001) anstieg. Da die Gesamtsumme nicht größer wurde, ergaben sich daraus größere Abstufungen der Mittelzuweisungen als bisher. Bei positiver Interpretation konnte von einer dynamischen Entwicklung der Forschungsqualität gesprochen werden; bei einer skeptischeren Einschätzung kam auch Manipulation als Ursache in den Blick. Allerdings schienen sich auch Ausschüsse korrigiert zu haben, die in früheren Durchläufen im Vergleich zu anderen zu streng geurteilt hatten und damit ihr eigenes Fach im Wettbewerb benachteiligt hatten.

Sobald die Ergebnisse des Verfahrensdurchlaufs von 2001 vorlagen, musste der HEFCE feststellen, dass er für die Finanzierung dieser Ergebnisse auf der bisherigen Basis 200 Mio £ mehr benötigt hätte. Eine solche Steigerung war ausgeschlossen. Dadurch war er nur im Stande, die mit der höchsten Stufe, 5\*, ausgezeichneten Einrichtungen zu finanzieren. Alle anderen gingen leer aus. Das war nur in England so. Während in Schottland und Wales departments 3.2 mal so viel Mittel zugewiesen bekamen als diejenigen, die mit 3A eingestuft waren, betrugen diese Zahlen in England 8.7 mal so viel. Überdies entschied der HEFCE die Förderkriterien noch weiter zu verschärfen; er förderte diejenigen departments, die in beiden letzten Durchläufen (1996 und 2001) die höchste Einstufung erreicht hatten, mit einem Zusatzbetrag.

#### 2008 – sechste Stufe

Die Debatte über geeignete Schlussfolgerungen aus den Erfahrungen verlief lebhaft. Das Verfahren erschien inzwischen als zu schwerfällig, anfällig bzw. umfangreich. Als "joint funding bodies" betrieben die vier Förderorganisationen selbst ein "review of research assessment" und beauftragten Sir Gareth Roberts damit. In dessen Bericht (kurz: Roberts Review) von Mai 2003 wurde eine strikte Vereinfachung des Bewertungsverfahrens für weniger forschungsintensive Einrichtungen gefordert, aber zunächst abgelehnt (Roberts 2003). Der Kanzler der Universität von Exchequer schlug die Ablösung des bisherigen, durch Gutachten basierten RAE durch ein Verfahren mit "billigeren" bibliometrischen Indikatoren vor und löste einen Aufruhr aus. In einem Kompromiss wurde vereinbart, 2008 das bisherige Per Review-Verfahren noch einmal beizubehalten und danach für viele Naturwissenschaften ein stärker auf bibliometrischen Daten beruhendes Research Excellence Framework in Stufen einzuführen. Aber im März 2006 verkündete die Regierung nun ihrerseits ihre Absicht, nach dem Durchlauf 2008 das RAE durch ein Überprüfungssystem zu ersetzen, das auf bibliometrische Daten gestützt sein sollte.

Im Assessment-Durchgang von 2008 traten wieder neue Änderungen in Kraft:

- ein Schwenk von individueller Beurteilung auf einer 7er-Skala zu einem Profil ganzer Departments wurde entsprechend der Einstufung seiner Publikationen nach ihrer nationalen/internationalen Bedeutung voll-



zogen: (Profil = Wieviel % der Publikationen ist von nationaler/internationaler Bedeutung?),

- Jede Publikation wird auf einer Skala von 1 bis 4 bewertet,
- andere Daten aus den Anträgen werden einbezogen (wie z.B. peer esteem indicators),
- die Ergebnisse zeigen die meisten Departments zwischen 2,0 und 3,0 eingestuft.

Infolge dieser flacheren Verteilung der Bewertung erhielten mehr Departments Unterstützung, wobei 2009/10 einzelne, mittelmäßig eingestufte Universitäten die höchste Steigerung ihrer Mittel in ihrer Geschichte erhalten.

## II. Analyse der Wirkungen und Bilanz des Research Assessment Exercise (RAE)

### 1. Auswirkungen des Paradigmenwechsels

Dieser oben (vor allem für die Regierungszeit Margret Thatchers) dargestellte Paradigmenwechsel zu Wettbewerb und cost effectiveness, der sich in den Folgejahren fortsetzte und verschärfte, zog zahlreiche, in solchen Fällen regelmäßig eintretende Konsequenzen nach sich:

**1.1 Wachsender Einfluss und verstärkte Herausbildung disziplinärer Eliten:** Zum ersten Mal musste die Qualität der Forschung – auf Organisationseinheiten bezogen – festgestellt, bewertet und in Rangreihen der Förderwürdigkeit gebracht werden. Solange ein solches Verfahren in der Scientific Community längst existierende und konsensuale Qualitätsmaßstäbe abbildet, ist dies noch relativ unproblematisch. Allerdings gibt es keine automatische Deckung zwischen den wissenschaftlichen Interessen und Maßstäben und den öffentlichen Interessen. Diese Differenz sollte auch in UK noch eine Rolle spielen.

Zur Durchführung des Verfahrens waren Kriterien und Verfahren notwendig, die so in Großbritannien noch nicht existiert hatten. Anscheinend ohne allzu viele internationale Suche nach Erfahrungen und Vorbildern (und insofern für Hochschulpersonal nicht untypisch) traute man anderen Systemen im Ausland nicht zu, schon brauchbare Kriterien und Methoden derartiger institutionengebundener Qualitätsbewertung entwickelt zu haben und machte sich an die eigene (Primär-)Entwicklung – wie sich bald zeigen sollte, mit erstaunlichen Fehlern beim Anlaufen des Bewertungssystems. Die hierzu notwendigen Kriterien zu entwickeln und Entscheidungen zu treffen, verschaffte den unmittelbaren Akteuren großen Einfluss, der so ausgeprägt vorher nicht vorhanden war. Von Kriterien gehen hochgradige Steuerungswirkungen aus. Je nach deren Definition können Entwicklungen dynamisiert oder zementiert und eher verhindert bzw. in traditionellen Grenzen kanalisiert werden.

**1.2** Dieses Vorgehen führte unausweichlich zu einer **Festigung des status quo leistungsfähiger Standorte:** Historisch manchmal zufällig entstandene lokale Schwerpunkte wurden zunächst registriert und quasi automatisch durch erhöhte Förderung perpetuiert. U.U.

wäre unter forschungs- und regionalstrategischen Gesichtspunkten eine andere lokale Verteilung wünschenswert gewesen.

**1.3** Damit ergaben sich bereits **Schwächen staatlicher Planung**, die nur starke Standorte förderte, statt eine landesweite Auf- und Ausbauplanung vorzuschicken, als deren Ergebnis auch evtl. zur Zeit noch schwache, aber notwendige, wenn auch z.Z. noch nicht ausreichend vorhandene Qualität an anderen Orten gezielt aufgebaut worden wäre.

**1.4** Dieser Wechsel staatlicher Förderung führt auch zu einem bis dahin ungekannten **Engagement regionaler Wirtschaft** mit Hilfe von Auftragsforschung (und u.U. Stiftungen), um den Kooperationspartner "vor der Tür" nicht zu verlieren. Daraus ergeben sich zwiespältige Folgen, die nur in Grenzen im öffentlichen Interesse liegen: Einerseits ist ein verstärktes privates und privatwirtschaftliches Engagement positiv bewertbar, wenn dadurch gesellschaftlicher Nutzen von Standorten sichtbar wird, der auch ohne internationale Spitzenleistungen erbracht wird. Es kann sogar positiv vermerkt werden, wenn dieser regionale und privatwirtschaftliche Nutzen nicht nur sichtbar wird, sondern auch zu einer erhöhten privatwirtschaftlichen Beteiligung an den öffentlichen Infrastrukturkosten führt. Andererseits folgt daraus eine erhöhte Abhängigkeit regionaler Wissenschaftsstandorte von der Auftragsforschung, die wissenschaftliche Unabhängigkeit gefährdet, das Prinzip öffentlicher Zugänglichkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse (durch zumindest vorübergehende Geheimhaltungspflicht der Ergebnisse zugunsten des Auftraggebers) aushöhlt, eine immer stärkere Ausrichtung der dortigen Forschung an den (Verwertungs-)Interessen des Auftraggebers mit sich bringt und im Grenzfall zu einer (öffentlich finanzierten) "verlängerten Werkbank" der regionalen Wirtschaft führt.

Die Gründung der Polytechnics (in Deutschland der Fachhochschulen) entsprach zwar einem kaum verhüllten staatlichen Infrastrukturförderprogramm für die (insbesondere) mittelständische Wirtschaft, die sich traditionell kaum Entwicklungslabors leisten konnte. Aber Wissenschaft sollte zu vergleichbaren Wettbewerbsbedingungen führen, nicht dazu beitragen, sie zu verzerren.

### 2. Status des Verfahrens und weitere Auswirkungen

Inzwischen treten erhebliche Zweifel auf, ob die Vorteile des ganzen Verfahrens die Nachteile noch überwiegen. Welchen Status hat das Verfahren inzwischen erreicht? Es erfüllt strenge Kriterien (Whitley) und ist:

- institutionalisiert,
- regulär,
- nach formalen Regeln ablaufend,
- eine standardisierte Beurteilungsskala nutzend und
- verwendet die Ergebnisse für die Zuweisung von Forschungsmitteln.

Diese Merkmale haben fünf wesentliche Auswirkungen innerhalb des Universitätssystems:

1. Steigende Konkurrenz – sinkende Kollegialität,
2. Institutionalisierung von Qualitätskriterien quer zu Disziplinen und Forschungsfeldern,
3. Eine Reduktion der Vielfalt (Diversity) von Forschungszielen, Ansätzen usw.,
4. Zwangsläufige Entwicklung neuer, origineller Felder (novel areas),
5. Stärkere Schichtung, stärkere vertikale Differenzierung (Stratification) der Forscher, Departments, Universitäten.

### 2.1 Auswirkungen auf die Autoritätsverhältnisse zwischen den Funding Councils (FC), den Research Councils RC's und der Regierung

Weitere Auswirkungen betreffen die Autoritätsverhältnisse zwischen den FC's, den RC's und der Regierung

- Die Funding Councils sind stärker 'interventionistisch' und weniger unabhängig vom Staat. Auch wenn die Thatcher-Regierung den staatlichen Einfluß reduzieren wollte, führte die Wahl des RAE zu höherer Abhängigkeit der Hochschulen vom Staat.

Auch die Autorität der FC's wird durch verschiedene Merkmale des RAE gestärkt:

- durch die Wahl des RAE selbst mit seinen Ansprüchen,
- die Wahl und Abgrenzung der Gegenstands- bzw. disziplinären Ausschüsse (welche bekommen einen eigenen Ausschuß?),
- die Art, die Einschätzungen aus dem RAE in Mittelzuweisungen zu übersetzen (nachträglich),
- die Möglichkeit, schwächer beurteilten Departments die Förderung zu entziehen bzw. die Mittel bei den als besonders leistungsfähig beurteilten Departments zu konzentrieren.

RC's ließen zu, die RAE-Beurteilung von Projekt-Antragstellern unberücksichtigt zu lassen. (Aber es gab eine hohe Korrelation mit der RC-Förderung (0,98).)

### 2.2 Auswirkungen auf Disziplinen und disziplinäre Eliten

Ein RAE, das auf Gutachter-Bewertungen beruht, wird traditionell nur auf Individuen und kleine Gruppen angewandt – nicht auf ganze Departments.

Das University Grants Committee (UGC) wandte sich aber an disziplinäre Eliten, um Ausschuss-Mitglieder zu gewinnen:

- sie repräsentierten Reputation durch Beiträge zum mainstream des Faches,
- sie waren in der Lage, im Feld Qualitätskriterien zu etablieren (die sie z.B. schon in den Fachzeitschriften praktizierten),
- es gab Korrelationen zwischen einer Ausschuß-Mitgliedschaft und RAE-Beurteilungen (wer war ursächlich wofür?).

In einer Fallstudie über die Wirtschaftswissenschaften zeigen die Autoren Harley & Lee (1996, 1997), dass nicht im Mainstream liegende Ansätze hinausgezwungen werden und die Verfahren gefangen sind (regulatory capture) durch die Royal Economic Society und disziplinäre Eliten.

Das RAE verstärkte die zentrale Stellung des Peer Review und damit die Autorität der disziplinären Eliten.

### 2.3 Auswirkungen auf Autoritätsverhältnisse: Universitäten und ihre Departments

- Sie geraten unter Druck, besser gemanagt zu werden; das RAE stellte Möglichkeiten zur Verfügung,
- die ranghöchsten Mitglieder in Leitungspositionen übernahmen Verantwortung im Rahmen des RAE für die Entscheidung
  - welche Departments und welche Personen einzubeziehen,
  - die Dekane sehen sich vor der Aufgabe, die Bewertungen zu verbessern,
  - sie nehmen Einfluss auf Einstellungen/Berufungen, Förderung der Mitglieder, Früh-Pensionierungen,
- die Ergebnisse des RAE werden strategischen Entscheidungen zu Grunde gelegt darüber, welche Departments zu stärken sind, welche zu vereinigen, welche zu schließen,
- Förderungen aus dem RAE mögen nicht besonders hoch sein, aber von hoher symbolischer Wirkung; sie zeigen die besten Departments und signalisieren ihre Position in der Statushierarchie,
- die Praxis des RAE bekräftigte den Übergang von der kollegialen Steuerung zu einem Managementelbstverständnis, stärkte die Autorität der Institution den Individuen gegenüber.

### 2.4 Auswirkungen auf Autoritätsverhältnisse gegenüber den individuellen Forschern

Die veränderten Autoritätsverhältnisse haben Auswirkungen auf:

- die Auswahl des Forschungstyps und des Ansatzes,
- einen wachsenden Publikationsdruck, vor allem in "Spitzen"- Zeitschriften,
- eine Veränderung der Balance zwischen Forschung und Lehre (und anderen Aktivitäten),
- eine Veränderung der Balance zwischen Individualismus und Kollegialität,
- Versuchen, sich an Manipulationen zu beteiligen ('game-playing'),
- das Privatleben (als Schaden).

Die veränderten Autoritätsverhältnisse

- schwächen die Kontrolle über die eigene Arbeit,
- verursachen einen wachsenden Druck, zu 'produzieren' (publizieren),
- führen zu einem Wechsel, weg von einem System, wo die akademische Identität begründet ist auf informellem Wettbewerb um Reputation – hin zu einem Managementsystem, in dem es darauf ankommt, die Erwartungen von Universitätsmanagern zu erfüllen.

### 3. Weitere Auswirkungen

Weitere Veränderungen sind an einem Wandel der akademischen Kultur erkennbar:

- Die Mitglieder des Kollegiums werden stärker instrumentell betrachtet, sind selbst stärker konkurrenzbezogen und eigene Chancen abwägend eingestellt, weniger altruistisch und loyal,

- Eine eindimensionale Sicht auf die Forschung nimmt zu: Ergebnisse in Spitzen-Zeitschriften zu publizieren,
- eine Identifikation eher mit einer hohen Einstufung durch die Gutachter als mit der eigenen Fragehaltung und den eigenen, neu gewonnenen Kenntnissen (Wechsel von intrinsischer zu extrinsischer Motivation),
- die Kultur der Ziele für eigene Leistungen verändert sich: statt sich an großen Vorbildern zu orientieren (Heisenberg, Hawthorne, Goodhart etc.) geht es jetzt darum, eine möglichst hohe Einstufung auf der Schätzskala (eine gute Schulnote) zu erreichen.

Zu beobachten ist auch ein Wandel zu einer 'Audit-Gesellschaft'. Der Hauptakzent liegt auf 'Exzellenz' und Verantwortlichkeit – das stellt eine stärker extern gesteuerte Form der Orientierung und Ausrichtung dar:

- Verantwortlichkeit verbindet sich mit Beaufsichtigung,
- Regelmäßige Bewertungen tendieren dazu, berufliche Arbeit auf krude, quantifizierbare Ergebnisse zu reduzieren die Forderung nach Leistungssteigerung führt zu einem gegnerischen, strafenden Ethos – der Forschung nicht zuträglich.

Das RAE könnte somit als Teil eines Prozesses angesehen werden, der

- zu einem 'integrierten System' von Kontrolle und Produktion gehört,
- akademische Arbeit zur Ware macht,
- dazu führt, dass Publikationen zu einer Form von Reputationswährung werden.

#### 4. Schlussfolgerungen

- Regierungen fordern Verantwortlichkeit, auch von Universitäten,
- der politische Druck ist in Großbritannien besonders stark,
- RAE stellt sich als rigorosere und aufdringlicherer Mechanismus heraus als frühere Formen,
- die Autoritätsbalance zwischen Individuum, Disziplin, Department und Institution hat sich verändert,
- Peer Review (der Einfluss der Gutachter) erhält eine zentrale Rolle und ist eng verknüpft mit der Finanzierung,
- Universitäten geraten unter Druck, "effizienter" zu werden, wie es das RAE verlangt
  - die Forschungsleistungen von Departments zu beobachten und zu begleiten,
  - Ressourcen ungleicher zu verteilen,
  - Forschung von einer Angelegenheit individueller Ambition zu einer gemeinsamen Notwendigkeit zu machen,
- Universitäten und disziplinäre Eliten versuchen, die akademische Kontrolle zu behaupten
  - indem das Peer Review zum Herzstück des Assessment erklärt wird,
  - aber gezwungen, an das formale Assessment System formale Zugeständnisse zu machen,
- Das RAE erhält eine zentralere Rolle beim Management von Universitäten
  - es wird dazu benutzt, ein zentraleres, hierarchische-

- res Management zu rechtfertigen,
- von den Wissenschaftlern wird verlangt, dass sie fortgesetzt 'output' produzieren - unter ständiger Beobachtung (vgl. Bentham's Panoptikum),
- Der RAE-Ansatz ist reduktionistisch und damit längerfristig kontraproduktiv,
- eine Rekonzeptualisierung der Verantwortlichkeit ist notwendig, um den Sinn für Autonomie und Vertrauen wieder zu gewinnen.

Es lohnt die Überlegung, ob Universitäten und Forschung u.U. am besten funktionieren mit weniger Management und weniger externer Kontrolle.

Was steht bevor? Die britische Regierung hat beschlossen, das RAE zu verlassen und durch ein variiertes Förderinstrument zu ersetzen: das Research Excellence Framework (REF). Darin sollen Bibliometrie und 'Impact' ebenso wie Peer Review berücksichtigt werden. Was sind die wahrscheinlichen Konsequenzen?

- Erhöhte Bedeutung, in 'Spitzen-Zeitschriften' zu publizieren,
- Neue Möglichkeiten für disziplinäre Eliten, Einfluss auszuüben,
- Verstärkter Druck, nicht allzu weit abseits vom disziplinären Mainstream zu "streunen",
- Verstärkte Erwartungen, neue Felder zu entwickeln?

Dies wird dazu führen, dass bald von den guten alten Tagen des RAE geschwärmt werden wird....

#### Literatur- und Quellenverzeichnis

- Bence, V./Oppenheim, C. (2005):* The Evolution of the UK's Research Assessment Exercise: Publications, Performance and Perceptions. In: *Journal of Educational Administration and History*, 37: p.137-55.
- Curran, P.J. (2000):* Competition in UK Higher Education: Competitive Advantage in the Research Assessment Exercise and Porter's Diamond Model. In: *Higher Education Quarterly*, 54: p.386-410.
- Dearlove, J. (1998b):* Fundamental Changes in Institutional Governance Structures: The United Kingdom. In: *Higher Education Policy*, 11: p.111-20.
- Geuna, A./Martin, B.R. (2001):* University Research Evaluation and Funding: An International Comparison. In: *Minerva* 41, S. 27-304.
- Harley, S./Lee, F.S. (1997):* Research Selectivity, Managerialism, and the Academic Labour Process: The Future of Nonmainstream Economics in U.K. Universities. In: *Human Relations*, 50: p.1425-60.
- Hood, C. (1991):* A Public Management for All Seasons?. In: *Public Administration*, 69(1): p.3-19.
- Jones, C.S. (1986):* Universities, on Becoming What they are Not. In: *Financial Accountability and Management*, 2: p.107-19.
- Martin, B.R. (2010):* RAE - Regulatory Capture? Effects and Impact of the UK. Research Assessment Exercise. (Invited Presentation at the iFQ and WZB-Conference "Evaluation – A new balance of power?") Berlin 2010.
- Martin, B.R./Whitley, R. (2010):* The UK Research Assessment Exercise: A Case of Regulatory Capture? In: Whitley, R./Gläser, J./Engwall, L. (eds.): *Reconfiguring Knowledge Production: Changing Authority Relationships in the Sciences and their Consequences for Intellectual Innovation*. Oxford University Press, Oxford.
- Martin, B.R./Whitley, R. (2011):* The UK Research Assessment Exercise. A Case of Regulatory Capture? In: Whitley, R. (ed.): *Reorganizing Academia. Delegating Authority While Increasing Accountability in Universities*. Oxford University Press, Oxford (in print).
- Newby, H. (2005):* Facing up to HE's new Economy. In: *The Guardian*, 22 March 2005 01.22 GMT; im Netz: [http://www.guardian.co.uk/education/2005/mar/22/universityfunding\\_highereducation](http://www.guardian.co.uk/education/2005/mar/22/universityfunding_highereducation) (06.04.2011).
- [http://www.forschungsinform.de/Archiv/iFQ\\_Jahrestagung\\_10/Beitraege/Martin.pdf](http://www.forschungsinform.de/Archiv/iFQ_Jahrestagung_10/Beitraege/Martin.pdf) (05.04.2011).
- Roberts, Sir G. (2003):* Review of research assessment. Report by Sir Gareth

Roberts to the UK funding bodies; London: Higher Education Funding Council for England: <http://www.ra-review.ac.uk/reports/roberts.asp> (12.04.2011).

Trow, M. (1994): *Managerialism and the Academic Profession: Quality and Control*. London: SRHE and Open University Press.

Whitley, R. (2007): *Changing Governance of the Public Sciences: The Consequences of Establishing Research Evaluation Systems for Knowledge Production in Different Countries and Fields*. In: Whitley, R./Gläser, J. (eds.): *The Changing Governance of the Sciences*. (Sociology of the Sciences Yearbook) Springer, Dordrecht.

## Anlage 1

Nach welchen Kriterien wird die Höhe der Finanzierung ermittelt? Am Beispiel des vom Higher Education Funding Council for Wales veröffentlichten Dokuments kann dies nachvollzogen werden.

## Anlage 2

### Higher Education in Wales – Quality Related Research Funding (QR)

#### The QR Funding Formula

1. We allocate QR funding selectively to recognise and reinforce research excellence. The key data in the QR formula are provided by the 2008 Research Assessment Exercise (RAE), which was conducted jointly by the four UK higher education funding bodies.
2. Research was submitted to the 2008 RAE in 68 subject categories or Units of Assessment (UoAs). The assessment outcomes were expressed in the form of quality profiles which showed the proportion of work in each submission which reached each of four quality profiles. These ranged from 4\* (world leading) down to 1\* (nationally recognised). Work below the standard of 1\* was identified as unclassified (u/c). Full definitions of the RAE quality levels are attached at Annex A.
3. Consistent with our published statement of research policy, we are focusing QR funding on sustainable research excellence. Specifically:
  - we are not funding 1\* research,
  - we have applied a volume threshold, such that departments/units with fewer than 3 Category A FTE of classified work (1\* and above) are not eligible for QR,
  - a sum of £6.1m, which was added to QR from other sources in 2009/10, is allocated in proportion to 4\* work only.
4. The QR formula has three elements: quality, volume and subject cost relativities. Weightings are applied within each of these elements as follows.
  - Quality – the four levels of the RAE quality profile are weighted as follows: 1\* - 0, 2\* - 1, 3\* - 3, 4\* - 7.
  - Volume – this consists of one major volume measure – the Full-Time Equivalent (FTE) number of research active staff (Category A staff) returned to the 2008 RAE – and a number of minor volume measures. The volume measures and the weightings attached to them are as follows:
    - Research active staff 1.00,
    - Research students 0.15,
    - Research assistants 0.10,
    - Research fellows 0.10 (Charitable income converted into FTE staff numbers 0.25).

For the 2009/10 QR allocations, the data for the minor volume measures were taken from the 2008 RAE submissions. In subsequent years, they will be updated through HEFCW's annual Research Activity Survey. This allows for a degree of dynamism from year to year. The major volume measure - research active staff - is not updated in this way.

- Subject Cost Relativities – subjects (UoAs) are divided into three bands and weighted to reflect their relative costs. The bands and their weights are:
  - Clinical medicine and laboratory based subjects 1.6
  - Subjects with a technical/experimental premium 1.3
  - Other subjects 1.0.
 (The allocation of UoAs to cost bands is shown at Annex B.)

5 Allocations are built up by UoA, using the 2008 RAE submissions. Any submissions which do not meet the volume threshold of 3 Category A FTE of classified work (i.e. 1\* and above) are excluded from the calculation. For all other submissions, the volume measures are weighted by the volume weightings set out above. The product is multiplied by the relevant subject cost weighting, and then by the quality weightings. The latter are applied in proportion to the quality profile for the submission.

6 The overall outcomes of the formula calculation are scaled to the total amount of funding available for QR in the year in question.

7 Two elements of the total QR budget are allocated on a different basis:

- The additional £6.1 million added to QR in 2009/10 is allocated in proportion to 4\* quality only. The standard volume and subject weightings are also applied to this element.
- £3.1 million is provided to help institutions meet the full economic cost (FEC) of research funded by charities – this element having been introduced in 2007/08. This funding is allocated in proportion to research income from UK charities in units which meet the QR volume threshold.

#### Annex A: 2008 RAE – Definitions of Quality Levels

The definitions of the quality levels are:

- Four star (4\*) – Quality that is world-leading in terms of originality, significance and rigour.
- Three star (3\*) – Quality that is internationally excellent in terms of originality, significance and rigour, but which nevertheless falls short of the highest standards of excellence.
- Two star (2\*) – Quality that is recognised internationally in terms of originality, significance and rigour.
- One star (1\*) – Quality that is recognised nationally in terms of originality, significance and rigour.
- Unclassified – Quality that falls below the standard of nationally recognised work. Or work which does not meet the published definition of research for the assessment.

**Annex B: Mapping of 2008 RAE UOAs to research funding costs bands**

## UOA COSTBAND

- 1 Cardiovascular Medicine A
- 2 Cancer Studies A
- 3 Infection and Immunology A
- 4 Other Hospital Based Clinical Subjects A
- 5 Other Laboratory Based Clinical Subjects A
- 6 Epidemiology and Public Health A
- 7 Health Services Research A
- 8 Primary Care and Other Community Based Clinical Subjects A
- 9 Psychiatry, Neuroscience and Clinical Psychology A
- 10 Dentistry A
- 11 Nursing and Midwifery B
- 12 Allied Health Professions and Studies A
- 13 Pharmacy A
- 14 Biological Sciences A
- 15 Pre-clinical and Human Biological Sciences A
- 16 Agriculture, Veterinary and Food Science A
- 17 Earth Systems and Environmental Sciences A
- 18 Chemistry A
- 19 Physics A
- 20 Pure Mathematics B
- 21 Applied Mathematics A
- 22 Statistics and Operational Research A
- 23 Computer Science and Informatics A
- 24 Electrical and Electronic Engineering A
- 25 General Engineering and Mineral & Mining Engineering A
- 26 Chemical Engineering A
- 27 Civil Engineering A
- 28 Mechanical, Aeronautical and Manufacturing Engineering A
- 29 Metallurgy and Materials A
- 30 Architecture and the Built Environment B
- 31 Town and Country Planning B
- 32 Geography and Environmental Studies B
- 33 Archaeology B
- 34 Economics and Econometrics C
- 35 Accounting and Finance C
- 36 Business and Management Studies C
- 37 Library and Information Management C
- 38 Law C
- 39 Politics and International Studies C
- 40 Social Work and Social Policy & Administration C
- 41 Sociology C
- 42 Anthropology C
- 43 Development Studies C
- 44 Psychology B
- 45 Education C
- 46 Sports-Related Studies B
- 47 American Studies and Anglophone Area Studies C
- 48 Middle Eastern and African Studies C
- 49 Asian Studies C
- 50 European Studies C
- 51 Russian, Slavonic and East European Languages C
- 52 French C
- 53 German, Dutch and Scandinavian Languages C

- 54 Italian C
- 55 Iberian and Latin American Languages C
- 56 Celtic Studies C
- 57 English Language and Literature C
- 58 Linguistics C
- 59 Classics, Ancient History, Byzantine and Modern Greek Studies C
- 60 Philosophy C
- 61 Theology, Divinity and Religious Studies C
- 62 History C
- 63 Art and Design B
- 64 History of Art, Architecture and Design C
- 65 Drama, Dance and Performing Arts B
- 66 Communication, Cultural and Media Studies C
- 67 Music B

Quelle: [http://www.hefcw.ac.uk/documents/policy\\_areas/research/qr%20funding%20method.pdf](http://www.hefcw.ac.uk/documents/policy_areas/research/qr%20funding%20method.pdf) (Abrufdatum 20.04.2010)

**Wie objektiv ist das Finanzierungsverfahren? Eine Frage der Perspektive... und der politischen Prioritäten.** Beobachtungen aus: Times Higher Education In ihrer Ausgabe vom 18. März 2010 erschien in Times Higher Education eine Meldung, die die Ergebnisse des jüngsten RAE als Mittelzuweisung für 2010/2011, die zu Grunde liegenden Kriterien und die Folgen ihrer Anwendung für die Hochschulen präsentierte. Danach stellten sich alte Förderhierarchien zwischen den Universitäten allmählich wieder her, nachdem zunächst eine größere Umverteilung auch zugunsten "Neuer Universitäten" (ehemaliger Polytechnics) eingetreten war. Die Kriterien waren verändert worden. Die Meldung lautete:

**Funding formula rejig benefits 4\* researchers**

Research funding that was redistributed to newer universities following the 2008 research assessment exercise will in part be returned to the traditional elite.

A handful of members of the Russell Group of large research-intensive universities, along with some specialist colleges, are the biggest winners in terms of research funding in the 2010-11 grant allocations.

About half of the members of the Russell Group will see above-inflation increases in their recurrent grant for research after the Higher Education Funding Council for England rejigged the 2010-11 funding formula to favour "world-leading" research.

The largest overall rise goes to the University of Oxford, which will have its total research income increased by £7 million (a 6 per cent rise compared with this year). It is followed by University College London and the University of Cambridge, which are both up by more than £4 million (about 4 per cent).

To fund these increases, other institutions - particularly newer universities that had "pockets of research excellence" that were rewarded following RAE 2008 - face real-term cuts.

The University of Worcester and Staffordshire University will both lose more than 10 per cent of their research funding, although the overall sums involved are relatively small.

As Times Higher Education has reported, Hefce said that rejigging the funding formula to favour 4\* work would "provide an initial step towards increased concentration".

An extra £32 million was added to the total research grant this year to counter the effects of inflation, which Hefce calculated at 2 per cent. The total sum for 2010-11 is £1.6 billion, of which £1.1 billion is mainstream quality-related research funding.

Overall, the Russell Group universities' share will increase from 62.2 to 62.6 per cent.

Other university groupings - the 1994 Group, the University Alliance, Million+ and GuildHE - will all see their pots shrink by small amounts to accommodate the change.

However, not all of the newer members will lose out: the University of Huddersfield will gain £200,000 (up 9.9 per cent), while London Metropolitan University and the University of Bedfordshire both stand to gain more than 6 per cent. Across the sector, 37 institutions will see higher-than-inflation rises in research funding, while 85 will face real-term losses.

Among the members of the Russell Group that will lose research income are the University of Liverpool, down £448,000 (1.2 per cent), and Newcastle University, down £170,000 (0.5 per cent).

zoe.corbyn@tsleducation.com

Biggest changes in total research grant funding		
Top five winners and losers in cash terms		
Institution	Total recurrent research funding 2010-11 (£)	Total cash change from 2009-10*
University of Oxford	126,035,827	7,132,485
University College London	108,978,258	4,474,222
University of Cambridge	117,842,931	4,172,051
Imperial College London	95,747,929	3,061,151
University of Manchester	84,617,452	2,035,570
University of Bradford	7,150,706	-259,772
University of the West of England	5,808,732	-282,898
University of East Anglia	16,129,509	-303,661
University of Plymouth	8,388,843	-350,916
University of Liverpool	37,618,860	-448,396

\*Excludes transitional quality-related research funding (ie, moderation funding)

Quelle: <http://www.timeshighereducation.co.uk/story.asp?sectioncode=26&storycode=410880&c=1> (Abrufdatum 20.4.2010)

■ **Dr. Wolff-Dietrich Webler**, Professor of Higher Education, University of Bergen (Norway); Ehrenprofessor der Staatlichen Pädagogischen Universität Jaroslawl/Wolga; Leiter des Instituts für Wissenschafts- und Bildungsforschung Bielefeld (IWBB), E-Mail: [webler@iwbb.de](mailto:webler@iwbb.de)

im Verlagsprogramm erhältlich:

**Kathleen Battke, Christa Cremer-Renz (Hg.):  
Hochschulfusionen in Deutschland  
Gemeinsam stark?  
Hintergründe, Perspektiven und Portraits aus fünf Bundesländern**

ISBN 3-937026-49-5, Bielefeld 2006, 159 S., 22.00 Euro

**Helen Orth:  
Schlüsselqualifikationen an deutschen Hochschulen  
Konzepte, Standpunkte und Perspektiven**

ISBN 3-937026-08-8, Neuwied 1999, 121 S., 14.00 Euro

**Werner Michl, Paul Krupp, Yvonne Stry (Hg.):  
Didaktische Profile der Fachhochschulen  
Projekte, Produkte, Positionen**

ISBN 3-937026-24-X, Neuwied, 1998, 145 S., 9.95 Euro

Bestellung E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de), Fax: 0521/ 923 610-22

Reihe Hochschulwesen:  
Wissenschaft und Praxis

Wolff-Dietrich Webler



Wolff-Dietrich Webler

## Konzepte und Prozesse britischer Forschungsförderung (1986-2014) Teil II:

### Künftige Forschungsbewertung in Großbritannien ab 2014 Vorbereitung und Übergang zum Research Excellence Framework (REF)

**Großbritannien wird ab 2014 ein neues (wie der Vorgänger RAE leistungsbezogenes) System der Grundfinanzierung der Forschung für seine Universitäten einführen. Vier Aspekte sind daran international besonders beachtenswert: A) Die Tatsache, dass hier das System eines ganzen Landes in allen Landesteilen (England, Wales, Schottland, Nordirland) verändert wird und vor allem die Ziele der Veränderung. B) Der partizipative Prozess der Entwicklung der Indikatoren, mit denen Leistung festgestellt werden soll (die daraufhin zu prüfen sind, ob sie zielführend sind). C) Das partizipative Verfahren der Einführung des neuen Systems in einen sensiblen, mittlerweile hochgradig konkurrenzbestimmten Sektor (management of change and implementation) und D) der organisatorische und personelle Aufbau des Verfahrens und die erkennbare Verteilung der Interessen. Aus der Analyse und Bewertung dieser Aspekte können wesentliche Anhaltspunkte für die Forschungspolitik in den eigenen nationalen Systemen gewonnen werden.**

Das britische Beispiel ist sowohl für diejenigen informativ, die am Aufbau vergleichbarer Systeme in ihren Ländern beteiligt sind, als auch für Forschende und mit dem Management von Forschungseinrichtungen Betraute sowie für Hochschul- und Wissenschaftsforscher. Wenn Teil I gelesen wurde, ist Teil II besser verständlich.

#### 1. Einführung

Zum Hintergrund des Wechsels vom RAE zum REF

Großbritannien gehörte zu den ersten Ländern, die schon vor 25 Jahren (seit 1986) eine kritische externe Bewertung ihrer Forschungsleistungen vornahmen und das Ergebnis maßgeblich in die Ressourcenzuweisung einbrachten. Das Research Assessment Exercise (RAE) (wie es bald genannt wurde) hatte seinen Schwerpunkt im Einsatz von Peers als Gutachter, die bezüglich ihrer Zahl, Herkunft und Arbeitskapazität bald zu einem Engpass des Systems wurden. Das Research Assessment Exercise (RAE) wurde während der Jahre seines Einsatzes in diesem sensiblen Regelungsfeld immer komplexer,

um seine Neutralität und Fairness zu steigern. Dadurch wurde es auch immer schwerfälliger, zeitaufwändiger und teurer, sodass sich die Frage stellte, ob die Vorteile noch immer so eindeutig die Nachteile überwogen.

Schließlich kündigte die Regierung im März 2006 zum ersten Mal an, das Research Assessment Exercise (RAE) nach 2008 durch ein neues Prüfverfahren zu ersetzen. Dabei hoffte man, wesentliche Vereinfachungen zu erreichen, indem den Messzahlen (z.B. bibliometrischen Maßen) ein höheres Gewicht zukommen sollte. Als tragende Elemente des neuen Systems wurden "output", "impact" und "environment" festgelegt. Das genaue Verständnis dieser Begriffe und das Gewichtungsverhältnis zueinander blieb der weiteren Vorbereitung vorbehalten. Vorab entschieden war auch die Zusammensetzung der Fachausschüsse (expert panels). Das Verfahren sollte von Fachausschüssen (Gutachtergruppen) durchgeführt werden, die in etwa eine paritätische Verteilung von Forscher/innen einerseits und "Nutznießern" von Forschungsergebnissen andererseits aufwiesen, wobei letztere ein Spektrum von Fachleuten aus der Wirtschaft, öffentlichen Verwaltung, Stiftungen und anderen Organisationen des Dienstleistungssektors (einschließlich Wohlfahrtsverbänden u.ä.) repräsentieren sollten.

Die britischen Förderorganisationen der vier Landesteile England, Wales, Schottland und Nordirland – Higher Education Funding Council for England, HEFCE; Higher Education Funding Council for Wales, HEFCW; Higher Education Funding Council for Scotland, HEFCS (oder einfach SFC) und der Higher Education Funding Council for Northern Ireland, HEFCNI, begannen dann seit 2007 dieses neue System zu entwickeln und im Prozess – mit Möglichkeiten zur Stellungnahme – immer wieder an die vielfältigen Betroffenen zurück zu koppeln. Sowohl der Prozess dieser konzeptionellen Entwicklung als auch das Verfahren der Vorbereitung der Einführung können modellhaft genannt werden. Hier soll keine Chronologie oder förmliche Geschichte dieses Prozesses vorgestellt werden. Aber für deutsche Verhältnisse in Umfang und Intensität ungewöhnlich hat hier ein partizipativer Prozess in einem sensiblen Feld stattgefunden, der Aufmerksamkeit verdient – von den inhaltlichen Debatten

ganz abgesehen. Hier wurden aus den vorangegangenen Konflikten Konsequenzen gezogen.<sup>1</sup>

## 2. Konkretisierung des Konzepts

### 2.1 Zeitplan I (2006-2010) für einen partizipativen Entwicklungsprozess

Nach der Regierungsentscheidung 2006, ein neues System der Forschungsfinanzierung einzuführen, begannen im 2. Halbjahr 2006 (noch vor dem letzten Durchlauf des alten RAE 2008) die Vorbereitungen für eine erste Anhörung, die auf der Basis des ersten Entwurfs im Winter 2007/08 stattfand. Nach der Auswertung dieser ersten Anhörung wurde eine partizipative Entwicklung fortgesetzt, an der das Bemühen um Transparenzablesbar war und die der HEFCE als Zeitplan im Rückblick dargestellt hat. Das ganze Verfahren liegt in der Hand der vier Forschungsfinanzierungsorganisationen unter Federführung der HEFCE.

Dokument 1: Timetable

#### June - December 2006:

- A working group developed a consultation 'Reform of higher education research assessment and funding',
- Following the consultation the Government announced in the 2006 pre-Budget Report the development of a revised scheme. A letter from the Secretary of State and a press release by the then Department for Education and Skills gave further details.

#### March 2007:

- We set out our initial plans for the development of the new system in 'Future framework for research assessment and funding' (HEFCE Circular letter 06/2007).

#### November 2007 – February 2008:

- Initial consultation on the new framework

#### September – December 2009:

- Second consultation on the new framework

#### March 2010:

- Initial decisions following the second consultation and next steps in implementing the REF were announced.

Quelle: <http://www.hefce.ac.uk/research/ref/> (Aufruf 10.04.2011)

### 2.2 Vorstudien/Anhörungen

Die ersten Schritte der konzeptionellen Entwicklung zwischen 2006 und 2009 sind dem vorstehenden Zeitplan zu entnehmen. Die inhaltlichen, konzeptionellen Zwischenstadien sind hier zu vernachlässigen zugunsten der partizipatorischen Aspekte. (Die Inhalte dieser Stadien können mit Hilfe der Links im Netz nachvollzogen werden.) Die nähere Betrachtung setzt hier mit der zweiten Konsultation ein. Auffallend ist hier die Ausführlichkeit, mit der die Schritte des Entwicklungsprozesses und seine inhaltlichen Entwicklungsstadien ins Netz gestellt und nachvollziehbar gemacht werden. Diese Ausführlichkeit

geht zweifellos auf die massive Kritik an dem früheren Verfahren und seiner vielfachen Intransparenz zurück. Wer will, kann sich jetzt sowohl darüber informieren, was (im Falle eigener Beteiligung) aus den eigenen Stellungnahmen geworden ist, als auch die vorliegende Breite der Argumente nachvollziehen, bevor in der nächsten Konsultation eine (evtl. erneute) Stellungnahme abgegeben wird. Diese Transparenz ist geeignet, die Qualität des Beratungsprozesses wesentlich zu befördern.

Dokument 2: Second REF consultation, November 2009  
- December 2009

The four UK higher education funding bodies issued a second consultation on proposals for the Research Excellence Framework (REF), including proposals to assess the impact of research on the economy and society, and for citation information to be used by some panels to inform their review of research outputs. A summary of our proposals can be found in 'The Research Excellence Framework: A brief guide to the proposals' (Adobe PDF 124K).

In March 2010 we published a summary of responses to the second consultation exercise, and announced the initial decisions and next steps in the design and implementation of the framework.

The proposals were developed through a substantive bibliometrics pilot exercise and extensive advice and discussions with a range of stakeholders. A range of reports and documents that informed the proposals are available below. [Auf der Webseite hinterlegt:]

**Bibliometrics pilot exercise 2009:** We conducted a substantive pilot of bibliometrics indicators of research quality, as a significant new element in the framework.<sup>2</sup>

**Assessing impact:** Initial proposals for the assessment of impact were informed by:

- workshops with a range of research users,
- The report 'Capturing Research Impacts: A review of international practice'.

<sup>1</sup> Insofern hat sich der Verfasser entschlossen, keine schlanke Darstellung der Ereignisse mit einigen belegenden Zitaten vorzulegen, sondern eine Reihe ausgewählter Dokumente zu präsentieren, die in ihrem Duktus ein Stück weit auch die britische Kultur der Kommunikation sichtbar werden lassen. So werden auch Unterschiede der Kulturen deutlicher, insbesondere wenn Aspekte der anderen Kultur übernommen werden sollen. Textauszüge würden nicht die gleiche Funktion erfüllen. Bei der nachfolgenden Wiedergabe der Dokumente, die den Entwicklungsprozess belegen, sind kleine Redundanzen der Texte nicht zu vermeiden. Sie sind nicht linear für den gleichen Zweck auf gleicher Ebene verfasst, sondern aus unterschiedlichem Anlass von unterschiedlichen Autoren an u.U. verschiedene Adressatengruppen gerichtet. Aber die Überschneidungen sind so gering, dass lieber das ganze Dokument wieder gegeben wird. Bei der Gliederung der Dokumente ist eine logische Folge der chronologischen vorgezogen worden.

<sup>2</sup> Further Information available

- More on bibliometrics and citation data,
- Report on the pilot exercise to develop bibliometric indicators (HEFCE 2009/39),
- Report on data collection for the bibliometrics pilot exercise
- First report on 'lessons learned' from the bibliometrics pilot exercise
- Second report on 'lessons learned' from the bibliometrics pilot exercise



In setting out the initial proposals we committed to running a substantial pilot exercise to test and develop the approach to assessing impact.

**Expert Advisory Groups:** We established Expert Advisory Groups and held a series of meetings with these groups to discuss, and take advice on all key aspects of the REF proposals as they developed. We have produced a summary of their discussions over the series of meetings.<sup>3</sup>

**Equalities and diversity:** We worked with the Equality Challenge Unit (ECU) to review the equalities measures taken in the 2008 RAE and identify potential improvements for the REF and undertook a quantitative analysis of staff selected for the 2008 RAE.<sup>4</sup>

**Burden:** We commissioned a review of the accountability burden of the 2008 RAE, and discussed the options for reducing burden in the REF with a range of key stakeholders.<sup>5</sup>

**Other work:** We worked with the Research Information Network (RIN) to investigate the influence of research assessment upon researchers' publication behaviours. We also worked with the Joint Information Systems Committee (JISC), the Higher Education Statistics Agency, the research councils and a number of institutions to develop and support improvements to research information management.<sup>6</sup>

Quelle: <http://www.hefce.ac.uk/research/ref/> (Last updated 25 March 2010. Aufruf 10.04.2011)

Hier werden Entwicklungs- und Beratungsprozesse sichtbar. Ziel dieser Berichte über die Art und Bestandteile des Vorgehens ist offensichtlich die Legitimation der Ergebnisse als Vertrauen bildende Maßnahme. Mal werden gezielt Interessenträger in diesem Feld angehört, mal das weitere Vorgehen durch möglichst neutrale Experten im Feld hochgradig abgesichert.

Pilotstudien stellen die vorgesehenen Systemelemente auf die Probe. Deren Auftrag und personelle Zusammensetzung werden ausführlich öffentlich dokumentiert. Die nachfolgenden Dokumente 3 und 4 (im Netz zum Herunterladen angeboten) zeigen die Intensität dieser Informationsangebote.

#### Verfügbare Informationen über die Art der Organisation und Anleitung der britischen Pilotstudien zum Research Excellence Framework

Als verfügbar aufgezählt werden:

- Impact Pilot Steering Group: terms of reference and membership,
- Guidance on submissions for institutions participating in the pilot,
- Supplementary notes on guidance on submissions for participating institutions,
- REF impact pilot: revised case study template and guidance July 2010,
- Guidance to the pilot expert panels.

Sowie die ersten Fallstudien ausgewertet sind und als Berichte vorliegen, sind sie im Netz zugänglich. Eine für Deutschland in vergleichbaren Vorhaben ungewohnte Praxis. Angeboten werden:

#### REF impact pilot exercise: example case studies

- Example case studies from Clinical Medicine,
- Example case studies from Earth Systems and Environmental Sciences,
- Example case studies from English Language and Literature,
- Example case studies from Physics,
- Example case studies from Social Work and Social Policy.

#### REF impact workshops

Die vorgeschlagenen Konzepte werden überdies in ihrer Entwicklung auf international vergleichende Studien ähnlicher Ansätze der Forschungsbewertung gestützt. Speziell der Aspekt des research impact wird in drei Werkstattseminaren im Sommer 2010 näher untersucht und dokumentiert.

"...the REF team ran three workshops to look at the impact of research in the practice-based creative and performing arts, the humanities, and social sciences. A summary of these workshops is now available..."

[Download Workshops on the impacts of research in the practice-based creative and performing arts, the humanities and social sciences as Adobe PDF 167K...]"

Last updated 1 March 2011.

### 3. Entscheidungen

Auf der Basis dieser umfangreichen Vorarbeiten werden dann Entscheidungen getroffen:

Dokument 3: Ergebnisse der Konsultation zum Research Excellence Framework (übersetzt)

Die vier britischen Förderorganisationen haben im Dezember 2009 nach der 2. Anhörung über Vorschläge zur künftigen Organisation der Qualitätsprüfung und Finanzierung der Forschung beraten – dem Research Excellence Framework (REF). Der Higher Education Funding Council for England hat im Namen der vier Förderorganisationen die weiterführenden Ergebnisse der REF-Beratungen veröffentlicht. Sie enthalten auch die nächsten Schritte zur Einführung des REF. Eine Kopie davon ging auch an die Leitungen der britischen Universitäten. Die allernächsten Schritte sehen vor, zu Anträgen/Vorschlägen für die Nominierung der Vorsitzenden der Hauptausschüsse zu kommen.

<sup>3</sup> Further Information available

- Summary of Expert Advisory Group discussions (Adobe PDF 240K)

<sup>4</sup> Further Information available

- ECU report

- Selection of staff for inclusion in RAE2008 (HEFCE 2009/34)

<sup>5</sup> Further Information available

- RAE 2008 Accountability Review

- Summary of workshop with Pro Vice-Chancellors (Adobe PDF 88K)

<sup>6</sup> Further Information available

- Research information at JISC

- RIN report on publication, dissemination and citation behaviour

Der frühe Beginn der Berufung von künftigen Vorsitzenden der Hauptausschüsse macht es ihnen möglich, die weitere Planung und Ausformung des Rahmens zu beraten, bevor sie ihre Aufgaben als Vorsitzende der Hauptausschüsse aufnehmen, wenn diese ihre Arbeit beginnen. Weitere allgemeine Informationen liegen unter [ref@hefce.ac.uk](mailto:ref@hefce.ac.uk) vor, der REF Rundbrief und weitere Einzelheiten über die vorgesehenen Posten als Vorsitzende sind unter [www.hefce.ac.uk/ref](http://www.hefce.ac.uk/ref) verfügbar.

Quelle: <http://www.sfc.ac.uk/research/ResearchExcellence/ResearchExcellenceFramework.aspx> (Abruf 20.06.2011)

#### Das Rahmenwerk

Die grundlegenden Ergebnisse der Vorbereitungen wurden in einem Text zusammengefasst, den z.B. der Schottische Forschungsrat wie folgt veröffentlicht hat:

Dokument 4 (übersetzt)

„Wie bekannt, wird das Research Excellence Framework (REF) an die Stelle der Research Assessment Exercise (RAE) treten. Das REF haben die vier britischen Förderorganisationen seit 2007 entwickelt.

Der Schottische Funding Council SFC ist sich mit den Schottischen Universitäten einig, am REF teilzunehmen. Allerdings sind noch keine Entscheidungen darüber gefallen, ob oder wie die Ergebnisse des REF bei Förderentscheidungen in Schottland eingesetzt werden wird.

Das REF wird aus einem einzigen Rahmen für die Prüfung von Forschungsleistungen bestehen, quer über alle Fächer (subjects).

Die ursprünglichen Pläne für das REF hatten eine deutlich umfangreichere Anwendung metrischer Daten als im RAE vorgeschlagen. Erhebliche Arbeit (einschließlich einer Pilotstudie 2008/09) wurde investiert, das Potential der Verwendung bibliometrischer Indikatoren wie Zitationsindices für die Qualitätsprüfung herauszufinden. Der Abschlussbericht der Pilotstudie kam zu dem Schluss, dass bibliometrische Daten allein noch nicht hinreichend belastbar sind, um das bisherige Experten Peer Review im künftigen REF zu ersetzen. Allerdings gibt es zumindest in einigen Disziplinen erhebliches Interesse, den Peer Reviews durch Experten Zitierinformationen zur Verfügung zu stellen.

Diese Ergebnisse wurden in die gegenwärtigen Vorschläge für das REF aufgenommen. Diese Vorschläge waren kürzlich für eine Konsultation öffentlich ausgelegt worden. Sie ist zwar abgelaufen, aber der Text ist online noch verfügbar unter [www.hefce.ac.uk/pubs/hefce/2009/09\\_38/](http://www.hefce.ac.uk/pubs/hefce/2009/09_38/).

Die Ergebnisse wurden in die REF Vorschläge aufgenommen, die für März 2010 angekündigt worden waren. Aus diesen Vorschlägen sind vor allem drei Schlüsselemente hervorzuheben:

- **Ergebnisse (outputs):** Das Hauptaugenmerk des REF wird darauf gerichtet sein, exzellente Forschung aller Art zu erkennen. Die Prüfung wird durch ein Gutachterverfahren von Experten vorgenommen. In Fächern, in denen robuste Daten verfügbar sind, werden den Experten Zitationsinformationen für bestimmte Fä-

cher zur Verfügung gestellt (z.B. in Medizin und Naturwissenschaften),

- **Auswirkungen (impact):** Wichtige zusätzliche Informationen werden dort zur Verfügung gestellt, wo Forscher auf der Basis exzellenter Forschung belegbare Gewinne/Vorteile/Nutzen erbracht haben für Gesellschaft, öffentliche Programme, Kultur, Lebensqualität und die Wirtschaft. Die Methoden, mit denen solche Auswirkungen erfasst werden, befinden sich noch in der Entwicklung. Die aussichtsreichsten Vorschläge werden gegenwärtig in einer Pilotstudie getestet, die 29 britische Universitäten einbezieht, darunter vier aus Schottland. Die abschließenden Entscheidungen über die Form, in der die Auswirkungen überprüft werden, sind von den Ergebnissen der Pilotstudien abhängig. Und schließlich

- **Umgebung (environment):** Das REF wird die Qualität der Forschungsumgebung berücksichtigen, um einen kontinuierlichen Fluss exzellenter Forschung und seiner effektiven Verbreitung und Anwendung zu unterstützen.

Die vollständigen Details über das REF sind auf der Webseite des Higher Education Funding Council for England zu finden. SFC schrieb den Leitungen der Schottischen Hochschuleinrichtungen am 12 Januar 2009, um sie über den letzten Stand der Entwicklung des REF zu informieren. Beachten Sie den Brief."

#### HEFCE: Circular letter number 04/2010, Research Excellence Framework consultation outcomes

Das vorläufige Ergebnis der Beratungen der vier Förderorganisationen nach der 2. Anhörung (September – Dezember 2009) wird den Hochschuleinrichtungen Ende März 2010 mitgeteilt. Das nachfolgende Dokument spiegelt die hierfür typische Form wider:

Dokument 5

HEFCE logo, 25 March 2010

To: Heads of HEFCE-funded higher education institutions, Heads of HEFCW-funded higher education institutions, Heads of SFC-funded institutions, Heads of universities in Northern Ireland.

Organisations with an interest in commissioning and using academic research including businesses, public sector bodies, charities and other third sector organisations.

Telephone 0117 931 7317.

Facsimile 0117 931 7203.

Circular letter number 04/2010.

For further information contact [ref@hefce.ac.uk](mailto:ref@hefce.ac.uk)

Dear Vice-Chancellor or Principal

#### **Research Excellence Framework consultation outcomes**

1. The four UK higher education funding bodies recently consulted on proposals for the future arrangements for the assessment and funding of research

– the Research Excellence Framework (REF) see note 1. This letter informs stakeholders about the high-level outcomes of the consultation and the next steps in implementing the REF.

#### Consultation responses

2. We received 534 responses and would like to thank respondents for their thoughtful and constructive input, which will help to ensure we develop arrangements that will carry the confidence of key stakeholders.
3. Across the responses there was overwhelming support for:
  - the continuation of block-grant research funding as part of the dual support system, to be allocated on the basis of research excellence,
  - research excellence to continue to be assessed through a process of expert review, informed by indicators, and to be assessed on a UK-wide basis with reference to international standards,
  - the quality of research outputs to continue to be the primary factor in the assessment, and the vitality of the research environment also to be a significant factor.
4. There was widespread support in principle for including an element for the explicit assessment of impact within the REF from higher education institutions, mission groups, the national academies, research user representatives and other funders of research, and from a clear majority of academic subject associations. Many qualified their support by emphasising the need to develop a robust method for assessing impact, and suggested the weighting for this element within the overall quality assessment should be lower than the proposed 25 per cent. A significant minority of responses objected to our proposals for the assessment of impact, and as an initial response to this we set out in Annex A some ways in which the proposals we are developing will meet their concerns.
5. Responses provided a wealth of feedback on all the key issues on which we had consulted. A summary of the responses is now available at [www.hefce.ac.uk/ref](http://www.hefce.ac.uk/ref) alongside the consultation document (HEFCE 2009/38).

#### Initial decisions and next steps

6. In the light of the consultation feedback the UK funding bodies have taken initial decisions on many key aspects of the design of the REF, with the main exceptions being the configuration of panels, the method for assessing impact, and the weightings between outputs, impact and environment. We are considering the overall timetable for the completion of the first REF exercise, in the light of feedback from the consultation and the refinements we are making.
7. Initial decisions about the REF and the basis for taking forward the assessment of impact are set out at Annex A.
8. Further details about these decisions, as well as the panel configuration and details of the process for

recruiting panels, will be published later in the year. The method for assessing impact and the weightings between the three elements will be determined after the current impact pilot exercise has concluded in autumn 2010.

9. At this stage we are:

1. Progressing with the impact pilot exercise. All 29 pilot institutions have now made their submissions and we have recruited expert panels for the five pilot Units of Assessment, to assess the submissions and report on the lessons learned. Each pilot panel includes a broadly even mix of leading researchers and prominent, highly qualified representatives of the audiences, beneficiaries and users of research from across a wide range of sectors relevant to each Unit of Assessment. Further details are available at [www.hefce.ac.uk/ref](http://www.hefce.ac.uk/ref)
2. Inviting applicants for the roles of Chairs Designate for the REF Main Panels. In the light of widespread support for this proposal, there will be four Main Panels see note 2, and we wish to make an early start in appointing Chairs Designate to these. Initially they will advise on the further planning and design of the assessment framework, before taking up their roles as Main Panel Chairs once the panels are in place. Further particulars are available at [www.hefce.ac.uk/ref](http://www.hefce.ac.uk/ref)
3. Establishing an expert group to advise on strengthening measures to promote equalities and diversity in the REF, as outlined at Annex A, paragraphs 30-31.
10. As we proceed we are keen to have continuing, extensive dialogue with a wide range of stakeholders, especially in developing the impact element. As part of this, we are sponsoring King's College London to hold a conference in June to discuss the progress of the pilot exercise. Details will be available shortly.

#### Further information

11. Further details are available at [www.hefce.ac.uk/ref](http://www.hefce.ac.uk/ref), including:
  - the summary of consultation responses,
  - the advertisement and further particulars for applications to become Main Panel Chair Designate,
  - details about the impact pilot exercise, including membership of the Impact Pilot Expert Panels.

Yours sincerely

Sir Alan Langlands (Chief Executive)

#### Notes

1. The consultation document, 'Research Excellence Framework: Second consultation on the assessment and funding of research' (HEFCE 2009/38), may be read at [www.hefce.ac.uk/ref](http://www.hefce.ac.uk/ref).
2. There was also widespread support for rationalising the sub-panels, but we are still working on the configuration of a number of specific sub-panels, taking account of the consultation feedback.

### Stand der Entscheidungen über das Research Excellence Framework

Der dem Schreiben beigefügte Anhang (auch hier angehängt) enthält den Entwicklungsstand als Stand der Entscheidungen über das Research Excellence Framework. Das künftige System ist umfassend vorbereitet worden, wie an den Dimensionen abgelesen werden kann, die die Abschnittsüberschriften dieses Anhangs verraten (mehr dazu im Anhang selbst):

- General features,
- Outcomes,
- Assessment of output quality,
- Assessing impact,
- Assessing the research environment,
- Units of Assessment and expert panels,
- Interdisciplinary research,
- Researcher mobility,
- Equalities and diversity,
- Accountability burden.

Aus dem Text geht hervor, dass die für das Verfahren Verantwortlichen in großem Umfang die Kritik aufgearbeitet und berücksichtigt haben, die von Seiten der Hochschulen und von Seiten der Wissenschaftsforschung am RAE formuliert worden war.

### Decisions on assessing research impact

In einem Rundschreiben des HEFCE im März 2011 an die für die Forschung Verantwortlichen, an:

- "Heads of publicly funded higher education institutions in the UK,
  - Organisations with an interest in commissioning or using academic research including businesses, public sector bodies, charities and other third-sector organisations" und betitelt "Executive summary", werden
1. die Entscheidungen der britischen Hochschulförderorganisationen über das 2014 Research Excellence Framework (REF) mitgeteilt, in Bezug auf
    - "the broad framework for assessing the impact of research in the 2014 REF,
    - the weighting of the three elements in the assessment (outputs, impact and environment)",
  2. werden – als Kernpunkte und Schlussfolgerungen aus dem Impact Pilot Projekt – die nachfolgenden Entscheidungen der "UK funding bodies" publiziert:
    - a) Neben den Ergebnissen (outputs) und Umwelt-Elementen (environment elements) wird es ein explizites Element geben, in dem die Auswirkungen (impacts) exzellenter Forschung begutachtet werden.
    - b) Diese Begutachtung wird auf Experten-Gutachten über Fallstudien beruhen, die von Hochschuleinrichtungen eingereicht worden sind. Solche Fallstudien können irgendwelche sozialen, ökonomischen oder kulturellen Auswirkungen oder Vorteile außerhalb des Wissenschaftsbereichs umfassen, die sich während der Prüf-Periode aufgrund exzellenter Forschung der antragstellenden Einrichtung in einem gewissen Zeitrahmen ereignet haben. Die Vorlagen enthalten auch Informationen darüber, wie die Einrichtung die Auswirkungen während des Zeitrahmens der Begutachtung ermöglicht und unterstützt hat.

- c) Eine Gewichtung der Auswirkungen mit 25% würde dem ökonomischen und sozialen Ertrag exzellenter Forschung eine angemessene Anerkennung einräumen. Falls jedoch die Entwicklung des Begutachtungsverfahrens für Auswirkungen im 2014 REF noch nicht abgeschlossen ist, wird die Gewichtung von Forschungsauswirkungen im ersten Durchlauf auf 20% reduziert. In den nachfolgenden Durchläufen soll der Anteil dann gesteigert werden.
  - d) Im 2014 REF wird die Begutachtung der Forschungsergebnisse mit 65% des Gesamtergebnisses angesetzt, und die Forschungsumgebung zählt 15%. Diese Gewichtungen werden auf alle Begutachtungseinheiten angewandt.
3. Abschließend wird darauf verwiesen, dass dieses Schreiben nur der Information diene, keine Aktivität der Hochschuleinrichtungen erwartet werde. Genauere Hinweise, wie die Einrichtungen ihre Vorlagen/Eingaben für das REF vorbereiten sollten, werden für Juli 2011 angekündigt (s.u.).<sup>7</sup>

## 4. Vorbereitung und Organisation des künftigen REF-Verfahrens: Expert Panels

### 4.1 Experten-Gremien

Experten-Gremien sollen das Verfahren praktisch abwickeln und insoweit dessen Korrektheit überwachen. Deren Zusammensetzung entscheidet aber auch über den Einfluss der Gruppen und Organisationen, die durch die Mitglieder repräsentiert werden. Insofern ist der Entstehung und Besetzung der Panels größte Aufmerksamkeit sicher und erklärt die zahlreichen Nachfragen aus den Hochschulen (vgl. "Appointment of assessors/Berufung von Prüfern" unter 4.2), denen von Seiten der Förderorganisationen mit hoher Transparenz begegnet wird. Wie wenn es häufig gestellte Fragen wären, wird in einem Dokument im Netz eine umfassende Information über die Experten-Gremien zur Verfügung gestellt. Dort wird noch einmal erklärt, dass das Research Excellence Framework (REF) ein Prozess der Begutachtung durch Experten sein wird. Einrichtungen sind eingeladen, Vorlagen/Eingaben bei 36 Begutachtungseinheiten (units of assessments (UOAs)) einzureichen.

Die Eingaben werden in der jeweiligen Begutachtungseinheit durch ein Untergremium aus Experten geprüft. Es arbeitet im Rahmen der Richtlinien und Leitung von vier Hauptgremien, die gemeinsame Verfahren und eine konsistente Anwendung der Begutachtungs-/Untersuchungsstandards sichern sollen.

<sup>7</sup> Der Gesamtbericht über die Beschlüsse kann am Ende des Schreibens herunter geladen werden. Quelle: [www.hefce.ac.uk/research/ref/pubs/2011/01\\_11](http://www.hefce.ac.uk/research/ref/pubs/2011/01_11) (22.07.2011)

Als Ergänzung der Abwägungen zum research impact können die Berichte aus den Pilotprojekten heruntergeladen werden:  
 - REF Research Impact Pilot Exercise Lessons-Learned Project: Feedback on Pilot Submissions - Technopolis (November 2010),  
 - Research Excellence Framework impact pilot exercise: Findings of the expert panels (November 2010).

Roles of the panels/Funktion und Aufgabe der Gremien

Die Gremien werden in einem allgemeinen, vorgegebenen Rahmen in zwei Phasen die Begutachungskriterien entwickeln und die Begutachtungen durchführen:

- im Laufe des Jahres 2011 werden sie im einzelnen die Kriterien und Arbeitsmethoden der jeweiligen Gremien definieren,
- vom Spätjahr 2013 bis zum Spätjahr 2014: Begutachtung der eingereichten Unterlagen und Formulierung der Begutachtungsergebnisse.

Role of a main panel/Funktion und Aufgabe eines Hauptgremiums

Jedes Hauptgremium bietet einer Gruppe von Untergremien (Fachausschüsse, Gutachtergruppen) Richtlinien und Leitung. Insbesondere besteht die Rolle eines Hauptgremiums darin,

- für die jeweils betreute Gruppe von Untergremien einen Text zu verfassen, in dem die Kriterien und Arbeitsmethoden erklärt werden,
- in Kooperation mit den Untergremien für eine gleiche Beachtung der Kriterien und Arbeitsmethoden sowie für gleiche Chancen zu sorgen,
- in Kooperation mit den Untergremien im begutachteten Zeitrahmen für eine Abgleichung der Begutachtungsstandards zwischen den Gutachtergruppen zu sorgen und die konsistente Anwendung der allgemeinen Begutachtungsstandards über das ganze Rahmenwerk hinweg zu sichern,
- auf der Basis der Arbeit und der Empfehlung der Gutachtergruppen die Begutachtungsergebnisse für alle eingereichten Vorlagen (nach Überprüfung) "abzusegnen",
- Empfehlungen zu allen Aspekten des Gutachterverfahrens zu geben, wie vom REF Team und den Förderorganisationen erwartet,
- einen abschließenden Bericht über den Stand der Forschung in den von den Gutachtergruppen abgedeckten Disziplinen und deren weiteren Ertrag zu erstellen.

Role of a sub-panel/Funktion und Aufgabe der Untergremien (Gutachtergruppen)

Die Funktion und Aufgabe der Untergremien (Gutachtergruppen) besteht darin

- über die Kriterien und Arbeitsmethoden der spezifischen Gruppe von Untergremien (Gutachtergruppen) zu beraten und zu deren Weiterentwicklung beizutragen sowie etwa fehlende, für diese Gutachtergruppe spezifische Kriterien und Arbeitsmethoden zu entwickeln und dem Hauptgremium zur Billigung/Bestätigung vorzulegen,
- im Rahmen der beschlossenen Kriterien und Arbeitsmethoden unter der Leitung des Hauptgremiums die Eingaben zu begutachten,
- das Hauptgremium und REF-Team bezüglich Querverbindungen von Vorlagen zu anderen Gutachtergruppen und notwendig erscheinender weiterer Expertise zu beraten, um Vorlagen adäquat begutachten zu können,
- Entwürfe der Begutachtungsergebnisse für jede Vorlage zu formulieren, die dem Hauptgremium zur Zustimmung vorgelegt werden soll und eine damit verbundene konzise Rückmeldung zu den Vorlagen vorzubereiten.

Weitere Informationen über die Funktion, Aufgabe und Verantwortlichkeiten der Gremien sind in dem Dokument 'Units of assessment and recruitment of expert panels' enthalten. Dort werden sowohl Individuen (für sich selbst) als auch Organisationen eingeladen, Personen für die Mitgliedschaft oder den Vorsitz in den Gutachtergruppen vorzuschlagen, Organisationen auch für die Hauptgremien.

Panel membership

Die vier britischen Förderorganisationen haben nun die Mehrheit der Mitglieder der REF-Gremien berufen. Die Gremien haben ihre Arbeit aufgenommen und entwickeln die Kriterien für die Begutachtung. Die Mitgliederlisten der vier Hauptgremien sind im Netz zum Herunterladen bereitgestellt worden.

Weitere Berufungen in eine kleinere Zahl von Gremien werden noch folgen, um eine angemessene Balance der Expertise zu sichern. Auch sie werden nach Abschluss der Ergänzungen veröffentlicht.

Die Vorsitzenden der Hauptgremien und der Gutachtergruppen (sub-panels) wurden (nach einem Aufruf zu Vorschlägen) in einem offenen Rekrutierungsprozess berufen, Details dazu wurden ebenfalls in einem Text ('Further particulars of sub-panel chairs') ins Netz gestellt.

Die Mitglieder der Gremien des Gutachterprozesses werden über ein Nominationsverfahren berufen. Die Liste der zur Nomination eingeladenen Komitees/Gremien, die die Förderorganisationen ausgesucht haben, ist ebenfalls im Netz einsehbar.

Auch weitere Gesellschaften oder Organisationen, die ein klares Interesse am Regelungsrahmen, der Qualität, Förderung oder den Erträgen öffentlich geförderter Forschung haben (außer Interessengruppen, einzelnen Hochschulen oder Teilen und Gruppen innerhalb einzelner britischer Hochschulen) können Personen nominieren.

Zu den Nominierungsmöglichkeiten vgl.: [http://www.hefce.ac.uk/research/ref/pubs/2010/01\\_10/\(22.07.2011\)](http://www.hefce.ac.uk/research/ref/pubs/2010/01_10/(22.07.2011)); weitere Quellen: <http://www.hefce.ac.uk/research/ref/pubs/>

Insgesamt wird hier ein in Deutschland gänzlich unübliches Maß an Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten demonstriert. Durch zahlreiche, ins Netz gestellte Informationen wird versucht, Vertrauen aufzubauen, die Betroffenen mit dem neuen System vertraut zu machen und zu versöhnen, sie also "mitzunehmen". Nach allen Konflikten, die Großbritannien mit dem RAE erlebt hatte, wurde hier mit großer Sorgfalt vorgegangen.

**4.2 FAQ: Häufig gestellte Fragen zu den Expertengremien**

Soweit irgendwo die häufig gestellten Fragen veröffentlicht werden können an ihnen sowohl verbliebene Unklarheiten, aber auch Besorgnisse und Interessen der Betroffenen abgelesen werden. Das ist auch bei diesem Vorhaben REF der Fall. Allzu gut nachvollziehbar, beziehen sich viele Fragen auf die Berufung der Mitglieder in die "expert panels". Die einen mögen durch eigene Mitgliedschaft selbst Einfluss nehmen wollen, die anderen wollen wenigstens wissen, wie die Gremien zu Stande kommen, die künftig Entscheidungen treffen, und welche Qualifikation dafür vorausgesetzt wird.

**Appointment of assessors/Berufung von Prüfern**

Für die Begutachtungsphase des REF ist geplant, weitere Experten zu berufen. Diese Experten sollen die Gutachtergruppen verstärken, damit sie über genügend Breite und Tiefe der Expertise für ihre Aufgabe verfügen. Daher werden die Gutachtergruppen aufgefordert, im Vorfeld der Begutachtungsphase den Bedarf an zusätzlichen Prüfern zu ermitteln und Vorschläge zu machen. Von den Prüfern wird folgende Expertise erwartet:

- Von denjenigen mit beruflicher Expertise in wissenschaftlicher Forschung, Anwendung ihrer Ergebnisse oder sonstiger Erträge, dass sie insbesondere zur Begutachtung jener Elemente der Vorlagen beitragen, die mit den weiteren Wirkungen der Forschung zu tun haben,
- Von praktizierenden Forschern mit spezifischer Expertise, dass sie insbesondere zur Bewertung der Ergebnisse beitragen. Das wird die Gutachtergruppen in Stand setzen, die Ergebnisse durch Gutachter mit der nötigen Breite der Expertise zu bewerten und bewirken, dass die Belastung durch die Bewertung möglicherweise umfangreicher Ergebnisse auf genügend viele Schultern verteilt werden kann.

Allgemein gesagt, erwarten die Förderorganisationen von Kandidaten, die als Mitglieder der Gremien nominiert worden sind, auch als mögliche Prüfer einsetzbar zu sein. Trotzdem wird damit gerechnet, 2013 nach weiteren Prüfern zu suchen, insbesondere für solche mit Expertise in der Nutzung der Forschung oder von deren Erträgen im gesamten privaten, öffentlichen und "Third Sector" (Charities, Voluntary Organisations, Social Enterprise).

Im gleichen Jahr können möglicherweise auch von den Gutachtergremien der Wunsch nach Prüfern mit spezifischer Forschungsexpertise kommen, der sich dann an spezifische Organisationen richten könnte.

Weitere Informationen über die Rolle der Prüfer stehen detailliert im Dokument 'Units of assessment and recruitment of expert panels' zur Verfügung.

(Quelle: [http://www.hefce.ac.uk/research/ref/pubs/2010/01\\_10/](http://www.hefce.ac.uk/research/ref/pubs/2010/01_10/) (05.04.2011))

**4.3 Timetable II (2010-2015)**

Das weitere, höchst komplexe Verfahren und seine Einzelteile lassen sich einem zweiten Zeitplan entnehmen, den der HEFCE veröffentlicht hat. Er enthält sowohl die letzten Entwicklungsschritte zur Vorbereitung des Verfahrens selbst (Entscheidungen über Qualitätskriterien) und Regeln für das Vorgehen der Ausschüsse, als auch deren personelle Zusammensetzung und dann die ersten praktischen Schritte im künftigen Antragsverfahren bis zu ersten Finanzierungsentscheidungen.

Dieser Zeitplan ist inzwischen von David Willetts, Minister of State for Universities and Science, bestätigt worden. "The assessment phase of the REF will take place during 2014 to inform funding from 2015-16. The REF is the new system for assessing the quality of research in UK higher education institutions." Die UK higher education funding bodies halten es für nötig, in der verbleibenden Zeit eine robuste Methode zur Prüfung des

Forschungsimpact als Teil des REF zu entwickeln.

"HEFCE will shortly be announcing the designated chairs of the four Main Panels who will provide leadership and ensure the effective conduct of the assessment process by a group of expert panels. Initially the Chairs designate will advise on further planning and development of the REF before taking up their roles as Main Panel Chairs later this year."

Dokument 6: Research Excellence Framework timetable

<b>The timetable for the REF is now as follows:</b>	
<b>March 2010</b>	Publication of 'Initial decisions' on the Research Excellence Framework
<b>July 2010</b>	Publication of 'Units of assessment and recruitment of expert panels' (REF 01.2010)
<b>November 2010</b>	Publication of reports on the REF impact pilot exercise
<b>February 2011</b>	Panel membership announced
<b>March 2011</b>	Publication of 'Decisions on assessing research impact' (REF 01.2011)
<b>April 2011</b>	Publication of guidance to panels on developing their criteria and working methods and equalities briefing for panels
<b>July 2011</b>	Publication of guidance on submissions
<b>July 2011</b>	Publication of draft panel criteria and working methods for consultation
<b>Summer 2011</b>	Consultation on panel criteria and working methods, including workshops for research users to input into the impact criteria
<b>October 2011</b>	Close of consultation on panel criteria and working methods
<b>January 2012</b>	Publication of panel criteria and working methods
<b>Autumn 2012</b>	Pilot of the submissions system
<b>January 2013</b>	Invitation to HEIs to make submissions; release submission system and manuals
<b>Spring 2013</b>	Survey of HEIs' submission intentions
<b>31 July 2013</b>	End of assessment period (for research impacts, the research environment and data about research income and PGR students)
<b>Autumn 2013</b>	Appointment of additional assessors to panels (research users and practicing researchers)
<b>31 Oct. 2013</b>	Census date for staff eligible for selection
<b>29 Nov. 2013</b>	Closing date for submissions
<b>31 Dec. 2013</b>	End of publication period (cut-off point for publication of research outputs, and for outputs underpinning impact case studies)
<b>2014</b>	Panels assess submissions
<b>December 2014</b>	Publication of outcomes
<b>Spring 2015</b>	Publication of submissions, panel overview reports and sub-profiles

Each submission will contain information relating to the following dates:

- Information on staff in post on the census date, 31 October 2013, selected by the institution to be included in the submission,
- Details of outputs produced by selected staff that have been brought into the public domain during the publication period, 1 January 2008 to 31 December 2013,
- Data about research income and postgraduate research students related to the period 1 August 2008 to 31 July 2013,
- A completed template about the research environment, related to the period 1 January 2008 to 31 July 2013,
- Case studies detailing examples of impacts that have taken place during the period 1 January 2008 to 31 July 2013, underpinned by research produced in the period 1 January 1993 to 31 December 2013,
- A completed template about how impact has been supported and enabled during the period 1 January 2008 to 31 July 2013.

Last updated 10 March 2011 (SG7)

## 5. Nächste Schritte zur Einführung des REF (Stand Juli 2011)

In dem Dokument "Assessment framework and guidance on submissions" (REF 02.2011) hat der HEFCE im Juli 2011 eine Gesamtdarstellung des Research Excellence Framework (REF) veröffentlicht. Es handelt sich um den zentralen Text zum REF. Adressaten sind die "Heads of publicly funded higher education institutions in the UK". Es dient der Orientierung der britischen Hochschuleinrichtungen über das Verfahren der Beteiligung am 2014 REF und das allgemeine Rahmenwerk für die Begutachtung im 2014er Durchgang. Es enthält umfangreiche Informationen

- über die allgemeinen Prinzipien, weiter über zwei Gebiete besonderer Aufmerksamkeit: diversity und equality einerseits und interdisziplinäre und kooperative Forschung andererseits – Gebiete, deren Unterentwicklung im RAE immer wieder zu Konflikten geführt hatte,
- weiter über die Inhalte der einzureichenden Vorlagen, vor allem zu Details der beteiligten Personen ("Information on staff in post on the census date, 31 October 2013, selected by the institution to be included in the submission"),
- über Forschungsergebnisse und ihre Publikation ("Details of publications and other forms of assessable output that selected staff have produced during the publication period (1 January 2008 to 31 December 2013)"),
- Auswirkungen der Forschungsergebnisse (Impact) und Fallstudien dazu: "A completed template describing the submitted unit's approach during the assessment period (1 January 2008 to 31 July 2013) to enabling impact from its research, and case studies describing specific examples of impacts achieved during the assessment period, underpinned by excellent research in

- the period 1 January 1993 to 31 December 2013"),
- sowie Daten über die institutionelle Einbettung der Forschung (Environment) und
- die einzelnen Verfahrensschritte, über die erforderlichen Daten sowie über die Kriterien und Begriffsdefinitionen, die verwendet werden,
- Schließlich werden nähere Angaben über die verliehenen Doktorgrade und die eingeworbenen Forschungsmittel bezogen auf die Periode 1 August 2008 bis 31 Juli 2013 erwartet.

Im Text werden auch die wichtigsten Änderungen seit dem letzten RAE von 2008 dargestellt. Die Anhänge enthalten außerdem (A) Assessment criteria and level definitions, (B) Quality profiles, (C) Definitions of research and impact for the REF, (D) Units of assessment, (E) Timetable, (F) Format and page limits for textual parts of submissions, (G) Impact case studies: template and guidance, (H) Standard data analyses, (I) Index of definitions and data requirements und (J) List of abbreviations. Quelle: [http://www.hefce.ac.uk/research/ref/pubs/2011/02\\_11/](http://www.hefce.ac.uk/research/ref/pubs/2011/02_11/) (22.07.2011; dort weitere Details). Die Tatsache, dass diese zentrale Information so relativ früh verbindlich formuliert und veröffentlicht wird (der letzte Termin für die Abgabe der Unterlagen ist der 29. November 2013) schafft Planungs- und Verfahrenssicherheit. Außerdem können die Hochschulen ihre Energien bündeln, um ein möglichst günstiges Bild für die Begutachtung abzugeben. Allerdings umfasst der Erhebungszeitraum die Jahre seit 2008 bis 2013, sodass für eine solche Korrektur des Erscheinungsbildes ggfls. nicht mehr viel Zeit bleibt.

## 6. Erste Bilanz des Entwicklungsprozesses

### 6.1 Umriss und Merkmale des REF

Großbritannien hat sich ein revidiertes (kein neues, wie ursprünglich beabsichtigt) System der Qualitätsbewertung der Forschungsleistungen als Basis ihrer weiteren Finanzierung gegeben. Nach den vielen Konflikten, offengelegten Missbräuchen und der zahlreichen Kritik haben die vier Hochschulförderräte sehr umsichtige und gründliche Schritte ergriffen, um Bilanz zu ziehen, Erfahrungen auszuwerten, Änderungen einzuleiten und Alternativen (im Rahmen der politischen Vorentscheidungen) zu prüfen.

Der jetzige Stand der Entwicklung (Sommer 2011) lässt nicht erwarten, dass nach zwei Anhörungen und deren Auswertung bis 2014 noch wesentliche Kursänderungen am Konzept vorgenommen werden. Seine Hauptmerkmale:

- Dem REF-Verfahren wird eine Definition von "Forschung" unterlegt,
- Die Förderung der Hochschuleinrichtungen richtet sich nach einem qualitativen und einem quantitativen Maßstab,
- Zunächst wird das qualitative Forschungsniveau einer Einrichtung anhand ihres Forschungspersonals ermittelt (s.u.), dann dieser Faktor (Ergebnis auf einer 5er-Skala) mit der Menge des auszustattenden Personals in Beziehung gebracht,
- Es bleibt bei einem wesentlich gutachterzentrierten

- Verfahren,
- unterstützt von Indikatoren als weitere Basis der Gutachten, nicht als unabhängige Faktoren,
  - Ein Element der Prüfung des impact soll aufgenommen werden (aber die Vorstellungen über geeignete Methoden gehen noch weit auseinander; an der Klärung wird intensiv gearbeitet),
  - Der Begriff "impact" wird weit gefasst: er umfasst positive Folgen für die Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, staatliche Politik und Dienstleistungen, Gesundheit, die Umwelt, internationale Entwicklung und die Lebensqualität. Die Folgen werden nicht auf der Ebene individueller Forscher erfasst, sondern als Bündel von Aktionen, etwa als Fallstudien. Dabei wird jegliche Forschung erwartet (auch neugiergeleitete), nicht nur Auftragsforschung,
  - Bibliometrische Daten (Zitationsindices) werden nicht direkt einbezogen, sondern nur an die Hand der Gutachter zur Verfügung gestellt und dies nur in Fachkulturen, in denen diese Messzahlen bereits seit längerem eingeführt sind,
  - Das Verfahren wird einheitlich in ganz Großbritannien angewandt und ist mit internationalen Standards abgestimmt,
  - Beurteilt werden institutionelle Prüfeinheiten (units of assessment) anhand ihres forschungsaktiven Personals; Ergebnis ist ein Qualitätsprofil auf einer 5er Skala,
  - Zugelassen sind von der geprüften Institution angestellte Personen, die allein Forschung oder Forschung und Lehre zur Aufgabe haben (mit wenigen einzubeziehenden Ausnahmen bei research assistants und research fellows),
  - Nur dieses Personal geht in das Volumen-Maß für die Förderung ein,
  - Für die qualitative Prüfung zugelassen sind weiterhin Personen mit einer klaren Beziehung zur untersuchten Einrichtung aus Drittmittel- inkl. Auftragsforschung; sie gehen aber nicht in das Volumen-Maß der Förderung mit ein,
  - Beurteilt werden personenbezogen exemplarisch bis zu vier Arbeiten (nicht der Umfang des Schriftenverzeichnisses); am Problem der Vergleichbarkeit unterschiedlicher Volumina und Spektren der Forschung wird gearbeitet,
  - Alle Formen der Veröffentlichung sind willkommen, von "grauen Papieren" bis zu open access,
  - Qualitätskriterien sind "rigour, originality and significance" (wissenschaftliche Qualität, Originalität und Stellenwert/Wichtigkeit/Bedeutsamkeit),
  - Eine gerechte Berücksichtigung von equality und diversity wird als wichtiges Vorhaben angestrebt,
  - Lenkende Instanzen des Verfahrens sind 30-40 disziplinar oder für ein Forschungsgebiet organisierte Fachausschüsse; dieser Teil des Verfahrens stellte sich (wie erwartet) als besonders sensibel dar; deren Zustandekommen wurde geändert,
  - Sie arbeiten unter der "Führung" von vier Hauptausschüssen; deren Aufgabe ist es, die Einheitlichkeit der Verfahren und der Anwendung der Prüfungsstandards zu sichern,
  - Deren Zusammensetzung wird von den vier Funding

- Councils Großbritanniens bestimmt,
- Die Beurteilungen finden für bestimmte Zeitabschnitte statt,
- Die Qualität der Forschungsergebnisse bleibt der Hauptfaktor im Bewertungsverfahren,
- Ein bedeutsamer Faktor soll die "vitality of the research environment" sein; hier wird an die Einbeziehung der Zahl der Forschungsstudierenden (überwiegend Doktoranden) und des Drittmittel-Volumens gedacht,
- Die vier Felder besonders problematischer Entwicklung des RAE: Besetzung und Zusammensetzung der "Panels", Kanalisierung und Beeinflussung des Publikationswesens (insbesondere zugunsten disziplinkontrollierter "Spitzenzeitschriften"), mangelnde Unterstützung interdisziplinärer und ungewöhnlicher Forschung sowie Unterbindung des "game-playing" durch Personalverschiebung werden durch präzisere und variierte Regelungen befriedigend geregelt,
- Basis der Bewertung sind damit "Quality", "impact" und "environment" im Verhältnis 65% zu 20% zu 15%.

## 6.2 Bezugssystem der weiteren Beurteilung

Die Ereignisse können in unterschiedlicher Perspektive beurteilt werden. Denkbar wäre a) in historischer Perspektive britischer Tradition; b) verglichen mit internationalen Maßstäben (gibt es die – über Länder und durchaus unterschiedliche Wissenschaftskulturen bzw. Beziehungen zwischen Staat und Hochschulen hinweg?); c) im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse, m.a.W. im Licht deutscher Traditionen; d) im Licht internationaler Rationalität der Lösungen (nach den Maßstäben der Hochschulforschung). Die Analyse erfolgt nach c (Übertragbarkeit) und d (Maßstab der Hochschulforschung). Bei der Beurteilung des Ergebnisses sind zunächst mehrere Fragen nach dem Bezugssystem der Beurteilung zu stellen:

- A) Zielebene: ob die Ziele der Reform geteilt werden, die vom RAE zum REF geführt haben,
- B) Zielebene: ob die Ziele eines solchen Bewertungssystems für erstrebenswert gehalten werden,
- C) Zielebene: ob Ziele fehlen,
- D) Strukturebene: ob ein solches Bewertungssystem für geeignet gehalten wird, die Ziele zu erreichen,
- E) Strukturebene: ob es andere, aussichtsreichere Systeme gibt, deren Einführung versäumt worden ist,
- F) Aktionsebene: ob es innerhalb des gewählten Systems Optimierungsmöglichkeiten gibt, die nicht genutzt worden sind,
- G) Aktionsebene: wie der legitimatorische bzw. partizipatorische Prozess einzuschätzen ist.

### A) Beurteilung der Motive (Ziele der Reform), die vom RAE zum REF geführt haben – Was sollte an Besserung erreicht werden?

Hier sind a) die Ziele zu unterscheiden, die bisherige Verfahrensdetails optimieren und gegen Missbrauch besser absichern sollen und b) solche Ziele, die eine Kursänderung der Förderpolitik bedeuten. Zu a): Im Sinne einer wirklichen Qualitätssteigerung sind Vorkehrungen gegen Missbrauch zweifellos notwendig. Auch eine Entlastung der Peers ist grundsätzlich positiv. Aber mit einer Stär-



kung der Bibliometrie werden Relevanzen und Einflüsse verschoben, die negativ zu bewerten sind.

Die Lockerung der strikten Bindung an Disziplinarität, Erweiterung zu einer stärkeren Interdisziplinarität und zur Berücksichtigung ganzer Forschungsfelder im Teil b) der Ziele ist sicherlich zu begrüßen.

Die Einführung des impact ist ambivalent, weil sie zwar positive Perspektiven eröffnet (sie wurden schon dargestellt), aber mit ihr die Gefahr der Einseitigkeit wirtschaftlicher Verwertung sowie der Unterschätzung und Benachteiligung der Grundlagenforschung einzieht. Zu hoffen bleibt zunächst, dass die gemischte Zusammensetzung der Panels diese Ambivalenz austariert.

### B) Beurteilung der Ziele eines solchen Bewertungssystems

#### *I. Konsens mit einzelnen Zielen*

- 1.) Das generelle Ziel, eine höhere Verantwortlichkeit der Hochschuleinrichtungen und der einzelnen Forscher für die von der Gesellschaft zur Verfügung gestellten, erheblichen Mittel zu erreichen als in der Vergangenheit, ist zweifellos berechtigt. Dazu gibt es zu viele Beispiele mangelnden Kostenbewusstseins, von Gleichgültigkeit und Missbrauch. Aus eigenen zahlreichen Kontakten mit britischen Wissenschaftlern ist zu vermuten, dass es ähnliche Verhältnisse gibt wie in Deutschland: Die Überlegung, ob ein eigenes Vorhaben den Einsatz von Steuermitteln in der beabsichtigten Höhe rechtfertigt (auch ein Aspekt der accountability) ist den Beteiligten i.d.R. völlig fremd. ("Die Mittel stehen doch im Hochschulhaushalt zur Verfügung – also warum nicht ausgeben?").
- 2.) Auch der Wunsch nach einer Steigerung der Qualität der damit finanzierten Forschung ist einleuchtend (value for money). Das bedeutet als eine von mehreren Folgen, dass die knappen Mittel bei denen konzentriert werden, die diese Qualität zu liefern im Stande sind (und sie tatsächlich liefern). Insofern erscheinen Selektivität und Schwerpunktbildung zunächst als folgerichtige Schritte.

#### *II. Weitere Ziele erscheinen zumindest ambivalent*

1. Die Erwartung, dass Forschung an Hochschulen in erster Linie kurzfristig erkennbaren (noch dazu zuge-spitzt: wirtschaftlichen) Nutzen erbringen soll (Creation of wealth), ist höchst problematisch. Das erinnert stark an den Utilitarismus, der bis zum 18. Jh. herrschte und erst (als späte Folge der Aufklärung) mit dem Oberziel der Suche nach Erkenntnis und der Humboldt'schen Idee des Staates als Mäzen der Wissenschaft abgelöst wurde. Erst dieser Paradigmenwechsel ermöglichte die moderne Wissenschaftsentwicklung – einschließlich der breiten Verwertungsmöglichkeiten, die sich dann doch vielfach aus Grundlagenforschung ergaben. Gerade die Geschichte der Grundlagenforschung hat viele Male gezeigt, dass Forschungsergebnisse erst deutlich später als bahnbrechend für neue Erkenntnisse erkannt wurden – aber auch überraschende Verwertungsmöglichkeiten boten. Diese Verwertungsmöglichkeiten zu verfolgen ist natürlich legitim. Alles andere wäre realitätsfern.

Aber die Wege der Erkenntnis haben sich häufig als verschlungener erwiesen, als zunächst erwartet. Für viele Antworten muss prinzipieller nachgefragt werden, als den Interessenten zunächst lieb ist; auch in der Auftragsforschung lassen sich die erhofften Ergebnisse nicht so geradlinig erzielen wie gewünscht.

2. Ähnlich sieht es mit dem erkennbaren impact der Forschungen aus. Auf der einen Seite sicherlich eine lohnende Anstrengung, die Aufmerksamkeit auf diese Folgen zu lenken. Hier kann sowohl ein höheres Verantwortungsbewusstsein durch intensivere Reflexion der Folgen auf Seiten der Wissenschaft entstehen als auch höhere Anerkennung und höheres Verständnis für Wissenschaft auf Seiten der Gesellschaft. Auf der anderen Seite besteht die Gefahr, zu kurz zu greifen und – wie oben ausgeführt – Forschung allzu leicht nach ihrem (noch dazu bereits im jeweiligen Erhebungszeitpunkt des REF erkennbaren) Nutzen zu beurteilen. Hier wird sowohl Kurzatmigkeit der Forschungsperioden gefördert als auch tendenziell ein Forschungstyp, der solche Wirkungen überhaupt (bald) erkennen lässt. Wie soll die Wirkung Zusammenhänge erklärender, Sinn stiftender Forschungsergebnisse (z.B. in Soziologie und Politikwissenschaft), das verbesserte, gezielt geförderte Aufwachen von Kindern durch Pädagogik und Psychologie, Steigerung des Glücks von Menschen durch zahlreiche geistes- und sozialwissenschaftliche Beiträge, wie die Steigerung der Lebensqualität durch Kulturwissenschaften, wie der Beitrag der Literaturwissenschaft zur Ästhetik, wie die identitätsstärkende Wirkung der Geschichtswissenschaft erfasst, geschweige denn gemessen und gestuft werden?

Der Ansatz erinnert an Lothar Späth, der als baden-württembergischer Ministerpräsident die Vertreter der Altorientalistik und Sinologie an den Landesuniversitäten zu einem Dienstgespräch einlud. Dort eröffnete er den staunenden Wissenschaftlern, dass Baden-Württemberg ein Exportland sei und man von ihrer profunden Kenntnis des Orients und Chinas einen Beitrag zur Exportförderung erwarte!

### C) Wichtige Ziele bzw. Maßnahmen fehlen

1. Mit dem Wettbewerb soll – statt der pauschalen Gleichheitsannahme – derjenige Teil der Forschung erkennbar werden, auf den bei knappen Ressourcen wegen mangelnder Qualität verzichtet werden kann. Auch dem kann grundsätzlich zugestimmt werden. Welche Legitimation hätte "schwache" Forschung, finanziert zu werden? Dieses Verfahren muss also im Stande sein, Leistungsprofile festzustellen und entsprechend zu handeln. Aber zum einen müssen dabei die Qualitätsmaßstäbe stimmen, und zwar im Sinne langfristiger und nicht allein kurzfristiger Erfolge und nicht durch einseitige Interessen verfälscht. An der Geltung solcher Maßstäbe darf jedoch gelegentlich gezweifelt werden. Zum anderen geht es nicht nur um Schwäche oder Stärke, die über die Fortführung entscheiden. In dem Vorgehen fehlt die Frage nach der inhaltlichen Relevanz in Zukunft. Es muss auch eine Entwicklungsperspektive für noch zu entwickelnde

Forschungsleistung enthalten sein, nicht nur eine Abbildung des status quo. Also parallel auch eine Struktur- und Entwicklungsplanung; die scheint aber zu fehlen. Ein gegenwärtig schlechter Zustand relevanter Forschung müsste zu einem Investitionsprogramm mit dem Ziel der Entwicklung der notwendigen Qualität führen – nicht zur Abwicklung der Ansätze, weil die Qualität (noch) nicht hoch genug entwickelt ist. Hier ist das Verfahren (wie international in vielen Systemen) zu simpel und greift zu kurz.

2. Als nächstes ist zu fragen, ob der Nachwuchs bzw. jüngere Wissenschaftler/innen in einem solchen Leistungsmodell außerhalb forschungsstarker Institutionen, also außerhalb der eigenen Einordnung in Hierarchien eine Chance hat? Nur dort können sie die für die Förderung vorausgesetzte Forschungsstärke beweisen. Das (schon vom RAE) eingeschlagene Verfahren führt dazu, dass Forschungsnachwuchs jeweils nur noch an wenigen Institutionen ausgebildet werden kann. Dieses Austrocknen in der Fläche reduziert auch drastisch die Variabilität der Studienmöglichkeiten der Studierenden. Die Chance zu Anregungen, Anstößen bei diesem potentiellen Nachwuchs, der ihn überhaupt erst in diese Forschungsrichtung bringen könnte, geht verloren. Außerdem kann der Nachwuchs für eigene Projekte nahezu nur dort, in forschungsstarken Einrichtungen, im Verbund die Forschungsstärke beweisen, die für die Förderung vorausgesetzt wird. Im Rahmen des Selektions- und Fördermodells muss sich der Nachwuchs selbst in die Abhängigkeit in Hierarchien einordnen – was als Fähigkeit erworben werden muss, aber nicht über Gebühr anhalten sollte. Hier besteht die Gefahr, dass Konformität der Originalität geopfert wird.
3. Das System ist tendenziell passiv. Indem die Ergebnisse beurteilt werden, die bereits vorgelegt werden können, ist die Beurteilung an das Vorhandene gebunden. Sie könnte sich als blind erweisen für das vielleicht Nötige, Aussichtsreiche, aber bisher nicht in Gang gekommene. Insofern beruht das Bewertungssystem auf der Beurteilung bereits umgesetzter Vorhaben und entbehrt einer Beurteilung (und Förderung) aussichtsreicher Visionen (deren Förderung dann ja jeweils an Zwischenevaluationen gebunden werden kann). Diese Überlegung geht über das unter Ziff. 1 Gesagte hinaus.

D) Strukturebene: Erscheint ein solches Bewertungssystem geeignet, die Ziele zu erreichen?

Von hier aus ist kaum zu entscheiden, ob Großbritannien die Wirtschaftskrise in den 70er Jahren zumindest im Wissenschaftsbereich nur mit drastischen Kürzungen überstehen konnte oder ob es nicht doch Alternativen gegeben hätte. Offensichtlich hat die Innovationskraft stark gelitten. Wissenschaft hat so lange Wachstumsperioden, dass Strukturfehler und Flurschäden sich noch viele Jahre danach negativ auswirken. Insofern wären drastische Einschnitte besser unterblieben, allerdings nicht die Qualitätssteigerung. Hier ist alternativ auf die Forschungspolitik der 70er Jahre in Deutschland zu verweisen, in der zwar auch die Grundausstattung für die

Forschung heruntergefahren wurde, aber Forschungsmittel nur umgeschichtet und den öffentlichen Forschungsförderorganisationen zugewiesen wurden.

Damit sollte Forschung in Projektförmigkeit umgeleitet und kollegialer Begutachtung zugeführt werden, um Doppelforschung zu vermeiden und die Qualität der Einzelvorhaben zu steigern. Das "Normalverfahren" hat bis heute kaum einen institutionellen Bezug, sondern bewertet die Qualität des individuellen Antrags (und Antragstellers). (Daneben sind bekanntlich auch erhebliche infrastrukturelle und kooperative Fördermodelle (Sonderforschungsbereiche, Forschergruppen usw.) ebenfalls auf der Schiene der Einzelförderung, nicht der Grundausstattung eingeführt worden.)

Das in Großbritannien ab 1986 eingeführte Fördersystem trug erhebliche sozialdarwinistische Züge. Diejenigen Einrichtungen und Individuen überlebten, die sich als am fittesten darstellen konnten. Die anderen konnten sich allenfalls mit Drittmittelprojekten und mit Auftragsforschung weiterhelfen. Die Folgen für das kooperative Klima zwischen Wissenschaftlern (ohne immer von latenter Konkurrenz um wissenschaftlichen Erfolg und Prestige bedroht) sind von Ben Martin und Richard Whitley eingehend analysiert worden. Eine Angestelltenmentalität in der Beziehung der Forscher zu ihrer Hochschule fördert weder Kreativität noch Wissenschaft; sie ist kontraproduktiv, d.h. fördert weder den quantitativen, noch den qualitativen Output.

Die infrastrukturellen Folgen – im Sinne der Selektivität und Schwerpunktbildung durchaus gewollt oder billigend in Kauf genommen – waren erheblich. Bei anderen Folgen bleibt der Eindruck zurück, dass deren Konsequenzen (oder Grundannahmen) nicht vorab bedacht und auf jener Ebene entschieden wurden. Es lohnt sich, bei den Auswirkungen zunächst auf die Gewinner dieses Systems zu schauen; dann aber auch auf die Verlierer und die Bilanz auf Seiten der Gesellschaft.

Beispielsweise führt eine Forschungsfinanzierung, die nur die besten Einrichtungen unterstützt und die schlechteren leer ausgehen lässt dazu, dass in großen Teilen der Hochschulen der Zusammenhang von Forschung und Lehre, ja die Entwicklung von Lehre aus Forschung verloren geht. Auch die Forschungsinfrastruktur (Bibliotheken, Labors usw.) geraten in Rückstand. Kann sich Großbritannien leisten, sein Forschungspotential derartig drastisch herunter zu fahren? Auch aus einem mittelmäßigen Forschungspotential mit der u.U. nötigen quantitativen Breite ist schneller wieder qualifizierte Forschung hochzufahren als aus einer schmal gewordenen institutionellen und personellen Basis.

Wer seine aktuelle Forschungsfähigkeit verliert kann nicht mehr qualifizierten Nachwuchs ausbilden und findet auch nur noch schwer in Forschungsprozesse hinein. War das alles vorher gesehen und gewollt?

Wenn die Mittel nicht mehr reichen ist eine Politik der Gießkanne oder linearer Kürzungen sicherlich kein erfolgversprechender Weg. Insofern gibt es kaum Alternativen zum Mittel der Selektivität und Schwerpunktbildung. Allerdings liegen in der Anwendung dieses Prinzips Entwicklungsfallen, in die die britische Politik hinein geraten zu sein scheint. Ihr fehlt die Zukunftspers-

spektive; indem sie sich auf Publikationen konzentriert, bewertet sie immer Vergangenheiten (s.u.).

E) Strukturebene: Gibt es andere, aussichtsreichere Systeme, deren Einführung versäumt wurde?

US-amerikanische Forschungsfördersysteme werden hier nicht diskutiert, weil das dortige Mäzenatentum in Großbritannien in dieser Form nicht existiert und somit die Systeme nicht übertragbar sind. Aber die Forschungspolitiken der Schweiz und Deutschlands bzw. deren Förderstrategien wären es Wert gewesen, hier herangezogen und geprüft zu werden (s.o.). Durch und durch vorbildlich zu sein, kann für das deutsche System allerdings auch nicht reklamiert werden – zu erinnern ist an das Debakel zunächst fehlender Gesamtplanung für die kleinen Fächer, das zumindest mit einer Bestandsaufnahme (Karte kleiner Fächer) aufzuarbeiten begonnen wurde.

F) Aktionsebene: Sind innerhalb des gewählten Systems Optimierungsmöglichkeiten nicht genutzt worden?

Selbstverständlich bedeutet es eine wichtige Ergänzung bisheriger Informationsgrundlagen für die Förderentscheidung, nun auch die Lebendigkeit der Forschungs-umgebung einzubeziehen. Es macht einen Unterschied, ob einem Autor inmitten vielen Stillstands einmal eine gute Publikation gelungen ist, oder ob es sich um eine pulsierende Forschergemeinschaft handelt, aus deren Mitte heraus Publikationen zustande kommen.

Aber dem System fehlt es an Entwicklungsdynamik, an Zukunftsbezogenheit. Verknüpft mit den infrastrukturellen Folgen des Systems besteht ein Schwachpunkt des Vorgehens darin, dass die bewerteten Leistungen (als Publikationen) immer solche der Vergangenheit sind. Von ihr wird auf die Zukunft geschlossen im Sinne der Verlängerung der Finanzierung, des "weiter so". Aber weder scheint es eine Zukunfts-(Infrastruktur-)Planung gegeben zu haben, noch eine Bewertung überzeugender Zukunftskonzepte einzelner Hochschulen oder "units of assessment" innerhalb der Hochschulen. Dazu hätte es eines Selbstberichts bedurft, wie im Peer Review der Lehrevaluation. In ihm können Zukunftskonzepte entwickelt werden, deren Einlösung dann in den folgenden Verfahren nachgehalten werden könnte.

Der Bewertungsspunkt "lebendige Forschungs-umgebung" könnte zu einer Gelegenheit ausgebaut werden, bei der junge, bisher wenig bedeutsame Forscher/innen mit Hilfe überzeugender Zukunftskonzepte (im Rahmen der Prozentanteile dieses Bewertungspunktes) eine Aufbesserung ihrer Forschungsinfrastruktur bekommen könnten. Im Fall positiver Begutachtung hätten sie bessere Chancen, sich bis zum nächsten Verfahren mit weiteren, förderwürdigen Leistungen auszuweisen. (Zu weiteren Details s.u. Ziff. 6.3).

G) Aktionsebene: Einschätzung des legitimatorischen bzw. partizipatorischen Prozesses bei Neuaufbau und Einführung – ein partizipatives Modell für Deutschland?

Die Abfolge von Beratungsvorlagen, Anhörungen, Überarbeitungen, Informationen über den Sachstand und deren Transparenz sowie öffentliche Zugänglichkeit können vorbildlich genannt werden. Großbritannien

besticht ausländische Beobachter immer wieder durch stärker ausgeprägte partizipative Verfahren als im Herkunftsland der Beobachter. Sie sind natürlich Ergebnis historischer Erfahrungen – auch jüngster Erfahrungen – mit der Entwicklung, Entscheidung und Durchführung von Neuerungen und den mit ihrer Einführung verbundenen Konflikten. Das galt für Großbritannien sowohl für die Erfahrungen mit der Lehrevaluation im Wege des zweistufigen Peer Review seit Mitte der 80er Jahre, als auch praktisch zeitgleich für das RAE, bei denen immer wieder der Vorwurf mangelnder Aufklärung und Einbeziehung von Betroffenen erhoben wurde. Ähnlich negative Erfahrungen sind (relativ wenig spektakulär) in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Deutschland mit der Sanierung von Stadtteilen gemacht worden, medial sichtbar eher nur bei Hausbesetzungen bzw. deren Räumung. Kaum wahrgenommen wurde aber die Einführung von Partizipationsformen, wie Stadtteil- bzw. Bürgerbüros und von Zukunftswerkstätten, die eine prominent gewordene Form der Bürgerbeteiligung geworden sind neben vielen anderen, wenig bekannten, wie der "Planungszelle" usw. In Deutschland sind neue, spektakuläre Formen der Partizipation erst wieder im Zusammenhang mit dem Projekt Stuttgart 21 entwickelt worden.

Das britische Partizipationsverfahren ist teilweise an feste Regeln gebunden, teilweise frei gestaltbar. Das Vorgehen kann an der Entwicklung des REF erneut studiert werden. Relativ normal bei Regierungshandeln sind "green papers" und "white papers" (etwa unserem Referentenentwurf und 1. Gesetzesentwurf vergleichbar, verbunden mit gezielten Anhörungen von Betroffenen und externen Experten). Viele Elemente sind durchaus auch in Deutschland anzutreffen. Aber sie werden in Großbritannien intensiver, konsequenter und damit wirksamer eingesetzt. Im Zeitalter elektronischer Möglichkeiten werden – über die sorgfältige Einbindung diverser in- und ausländischer Experten und Gesellschaften hinaus – breite Veröffentlichungschancen und offene Einladungen zu Stellungnahmen in dem hier betrachteten Entwicklungsprozess des REF in zwei Konsultationen eingesetzt, die 534 Antworten nicht nur sorgfältig ausgewertet, sondern alle Antworten sogar wieder öffentlich zugänglich gemacht haben ("A summary of the responses is now available at [www.hefce.ac.uk/ref](http://www.hefce.ac.uk/ref) alongside the consultation document (HEFCE 2009/38)"). Besonders bemerkenswert ist am britischen Verfahren:

- die sorgfältige, höchst partizipative Vorgehensweise bei der Entwicklung von Kriterien und Verfahren (stärker als in D),
  - frühzeitige Nominierungsmöglichkeiten (breit, öffentlich) für die Gremien,
  - frühzeitige Ernennung der Prüf- und Entscheidungsgremien (insbesondere Vorsitz), damit sie noch als Experten in den Entwicklungsprozess eingreifen können,
  - Pilotstudien mit einer Fülle von Universitäten, um die Methoden und das Instrumentarium zu erproben und Ergebnisse zu verwerten,
  - u.a. befördert von den sehr negativen Erfahrungen, die das UK mit dem Peer Review Verfahren zur Qualität von Lehre und Studium ab 1985 z.T. gemacht hatte.
- Alle Formen der Partizipation werfen allerdings auto-

matisch die Frage der Legitimation von Beteiligung und der Art ihres Mandats auf. Von Entwicklungen Betroffene sind zu beteiligen. Aber in welchem Verhältnis steht deren Interesse zum regionalen, überregionalen, zum Gesamtinteresse? Betroffenheit kennt daher unterschiedliche Abstraktionsebenen. Auch die Formen der Partizipation kennen charakteristischerweise unterschiedliche Intensitäten. In den Planungs- und Entscheidungsgremien beteiligt zu sein und dort unmittelbar die eigenen Interessen einzubringen, wie in den Gremien des REF vorgesehen, hat eine andere Qualität (und Intransparenz) als Pflichten zur Offenlegung von Entscheidungsprozessen und Entscheidungen und Einräumung von Einspruchsrechten der Betroffenen mit Eröffnung des Rechtsweges, wie beispielsweise im Planungsrecht in Deutschland. Im britischen REF werden Personen(-gruppen) zu Experten erklärt, die zwar Expertise haben mögen (nicht jeder Betroffene ist auch Experte), aber als Betroffene auch in hohem Maße als Interessenträger gelten müssen. Ist das für ein öffentlich finanziertes, d.h. dem Gemeinwohl verpflichtetes System legitimierbar? Wenn in der Ausschreibung zur Nominierung von Mitgliedern für die Gremien des Forschungsfördersystems zwar einerseits (als zu direkt Interessen tragende) Mitglieder der britischen Hochschulen ausgeschlossen werden, dann kann das evtl. als Schutz vor Wettbewerbsverzerrung akzeptiert werden. Wenn aber – quasi im Gegenzug – Organisationen zur Nominierung förmlich eingeladen werden, deren Berechtigung zur Nominierung (und potentiellen Berücksichtigung) im Besetzungsprozess der Gremien geradezu aus der Tatsache abgeleitet wird, dass sie Interessenträger sind, dann werden die Kriterien problematisch:

"Any other association or organisation with a clear interest in the conduct, quality, funding or wider benefits of publicly funded research – except for mission groups, individual UK HEIs and groups within or subsidiaries of individual UK HEIs – could also make nominations."

(Quelle: [www.hefce.ac.uk/research/ref/panels/members.htm](http://www.hefce.ac.uk/research/ref/panels/members.htm); 24.07.2011)

Nicht nur dieses Nominierungsrecht ist schon problematisch, sondern besonders, dass die autorisierten Gremien (also die vier britischen Förderorganisationen) auch aus diesem Kreis der Nominierten die Mitglieder auswählen sollen. Das öffnet der Steuerung der öffentlich geförderten Forschung durch privatwirtschaftliche Interessen ein breites Tor. Unabhängigkeit ist nicht mehr gewahrt. Hier sind Gemeinwohl und Partialinteressen keinesfalls identisch. Es ist sogar zu befürchten, dass in einem längeren Entwicklungsprozess die Partialinteressen immer mehr an Einfluss gewinnen und die Unabhängigkeit der Entscheidungen verloren geht (ähnlich wie beim mehr und mehr diskutierten Problem der mandatierten Lobbyisten in Parlamenten als Volksvertreter). Privatwirtschaftliche Interessen zu vertreten ist berechtigt und notwendig. Aber nicht schon im Entscheidungsprozess selbst, sondern in transparenten, interessegeleiteten Stellungnahmen in Anhörungen zu beabsichtigten Entscheidungen, in denen die Folgen von Einzelentscheidungen für das Ganze gezeigt werden können. Insofern sollte es Äußerungen nicht nur zur strategischen Seite der Förderpolitik

sowie in grundsätzlich argumentierenden Memoranden usw. geben, sondern auch zu Einzelentscheidungen.

Aber die hier im REF vorgesehene Regelung erscheint äußerst problematisch, weil die Gefahr besteht, dass hier öffentliche Interessen an privatwirtschaftliche Interessen ausgeliefert werden.

Ein anderer Aspekt kommt hinzu: Die Transparenz der Verfahrensschritte und der Bewertungskriterien wird von Seiten der Bewerteten gefordert, um Vertrauen in den Bewertungsvorgang entwickeln zu können. Die Systeme müssen sich dadurch auch als sachgerecht legitimieren. Dieses Vertrauen müssen aber umgekehrt auch die für das Bewertungssystem Verantwortlichen in die Bewerteten entwickeln können. Nur in einem Vertrauensverhältnis können die Bewertungen und Vergleiche gelingen und gegenüber allen Beteiligten gleich fair sein. Denn je transparenter Verfahren und Kriterien sind, desto eher lassen sie sich von Seiten der Bewerteten manipulieren. Und da hatte das bisherige Verfahren des RAE durch die Täuschungspraktiken von Seiten mancher Hochschulen jedes Misstrauen gegenüber (zumindest manchen) Hochschulen gerechtfertigt. Aber die Verschleierung der Maßstäbe und Verfahren ist keine Alternative und schützt auch nicht vor Missbrauch, weil i.d.R. schon anhand der angeforderten Daten deutlich wird, wie die Maßstäbe aussehen. Insofern ist Transparenz ein Zeichen des Vertrauens und des gegenseitigen Respekts, erhöht aber auch die Manipulationsgefahren.

## 7. Resümee: Bewertung der Reformen auf dem Weg vom RAE zum REF

1. Eine Reihe im bisherigen RAE mangelhaft festgelegter Verfahrensbedingungen sind besser geregelt worden. Die Möglichkeiten ihrer Manipulation sind daher gesunken.
  - Eine Definition von Forschung liegt vor,
  - Die units of assessment sind präziser umschrieben,
  - Die Doppelfinanzierung der Forschung (institutionelle Grundausstattung, projektbezogene Einzelförderung) ist beibehalten worden,
  - alle Publikationsformen und -orte werden berücksichtigt und sollen zunächst gleichberechtigt sein (von "grauen Papieren" bis zu open access). Die Qualitätsprüfung soll sich allein auf den materiellen Gehalt beziehen,
  - Die plurale Zusammensetzung der Ausschüsse ("panels") ist weit besser geworden,
  - Es gibt nicht nur disziplinäre Ausschüsse, sondern auch solche für "querliegende" Forschungsgebiete.
2. Eine überstürzte und undifferenzierte Einführung bibliometrischer Daten als Messzahlen eigener Wirkung neben den Peers konnte (nach eingehender Untersuchung ihrer Möglichkeiten) abgewendet werden; nur in manchen Fachkulturen werden sie beigezogen – dann aber auch nur zur Information der Peers, nicht als automatischer Bewertungsfaktor im Verfahren mit eigenem Gewicht.
3. Aber Kernpunkte, an denen sich bisher die Kritik am RAE festgemacht hatte, sind geblieben:

- die Autonomie der einzelnen Wissenschaftler wird deutlich eingeschränkt (diese Einschränkung ist keine Voraussetzung von Qualität, in bestimmten Grenzen kann aber erhöhte Autonomie eine Chance dazu sein),
  - Die bestimmende Stellung der Disziplinen ist kaum reduziert; wie weit die geplante Begünstigung neuer, interdisziplinärer Forschungsgebiete greift, ist ungewiss,
  - Nach wie vor besteht ein hoher Einfluss disziplinärer, d.h. eher traditionell definierter Eliten über die Fachausschüsse im REF. Er sollte zumindest als Vetomacht gegen neue Entwicklungen deutlich reduziert werden,
  - Durch die Hereinnahme auch bibliometrischer Messzahlen bleibt ein hoher, z.T. sogar bestimmender Einfluss der sog. Spitzen-Zeitschriften (disziplinär abgegrenzt), d.h. erneut von deren Gutachtern erhalten,
  - Dadurch bleibt die starke Ausrichtung der Publikationstätigkeit an diesen "Hürden" erhalten,
  - Der Preis besteht in mangelnder Unterstützung ungewöhnlicher Ansätze, Zugänge, Methoden,
  - Die institutionelle Bindung der Förderung und damit der Haftung ihrer Mitglieder für den Gesamterfolg wird fort gesetzt,
  - Diese Konstellation führt zu einer starken Homogenisierung der Forschungsleistungen innerhalb der Einrichtungen entlang dieser Erfolgsaussichten; daraus folgt eine schnelle Stratifizierung (ein Gegenkonzept könnte die Vielfalt sein).
4. Das Verfahren versucht durch die Regelung vieler Details ein möglichst gleichmäßiges Vorgehen der Akteure zu gewährleisten, um die Wettbewerbsbedingungen nicht zu verzerren. Das ist notwendig und in seinem Ergebnis positiv zu bewerten. Aber diese ausführliche Regelung hat immer den Preis, die Experten mit dem Regelwerk gut vertraut machen (also Vorbereitung, Weiterbildung) und die Einhaltung der Regeln kontrollieren zu müssen. Diese Anforderungen machen alle vergleichbaren Verfahren schwerfällig und teuer.

Insgesamt verspricht das Verfahren zu einer deutlichen Aktivierung und auch zu einer Steigerung der Qualität der Forschung zu führen, wie teilweise sein Vorgänger RAE. Allerdings wirken nicht alle Elemente zielführend – einige sogar kontraproduktiv. Manche der o.g. Punkte sprechen dafür, dass Zukunft eher erschwert als erleichtert wird. Die Bilanz bietet erneut Anlass, darüber nachzudenken, ob für eine reine Qualitätssteigerung der Forschung die in Deutschland gewählten "weicheren" Formen der Steuerung der Forschung, eher nur ausnahmsweise (wie bei der deutschen Vereinigung) gebunden an "units of assessment" und im übrigen strikt individuell (bis hin zu Forschungsteams) nicht die wirksamere Strategie darstellt. Allerdings sind alle Systeme einer Grundfinanzierung der Forschung mit ihrer institutionellen Basis verknüpft. Da liegt es nahe, sie auch als "units of assessment" zu Grunde zu legen. Auch die deutsche Exzellenz-Initiative geht davon aus – allerdings mit ambivalenten Effekten.

Vorstehend stützt sich der Text weitgehend auf die offiziellen Texte der beteiligten Organisationen. Die Veränderungen im Prozess lassen indirekt auch auf vorangegangene Kritik schließen. Um diese emotionale Seite wenigstens als Dimension anklingen zu lassen (ohne deren Repräsentativität überprüfen zu können) sei abschließend in einer Dokumentation noch eine Stimme in der öffentlichen Diskussion dokumentiert, die es immerhin auf öffentlichen Dialog anlegt, indem sie ihre Stellungnahme in Form eines Blog veröffentlicht und zu Reaktionen einlädt.

## Anhang 1

### Dokument 7: Annex A – Initial decisions on the Research Excellence Framework

1. In the light of responses to the consultation (HEFCE 2009/38), the UK funding bodies have taken the following initial decisions about the REF.

#### General features

2. For the purposes of the REF, research will be defined as 'a process of investigation leading to new insights effectively shared'.
3. The assessment outcomes will be a product of expert review, informed by indicators where appropriate.
4. The assessment will be undertaken by an expert sub-panel to be established for each of 30 to 40 Units of Assessment (UOAs), working under the guidance of four broad Main Panels. Each sub-panel will assess work within its discipline or area of research, with the Main Panels ensuring common procedures and consistent application of the overall assessment standards.
5. For each submission, three distinct elements will be assessed: output quality, impact and environment. Output quality will be the dominant element, with a significant weighting for each of impact and environment.

#### Outcomes

6. The outcomes of the overall assessment will be sufficiently fine-grained to identify excellence wherever this may be found. Panels will produce a sub-profile for each element, to be combined into an overall excellence profile. Each sub-profile and the overall profile will be on a five-point scale (1\* to 4\* and Unclassified). Definitions of these levels in the sub-profiles and overall profile will be refined and finalised in consultation with the expert panels.

#### Assessment of output quality

7. Higher education institutions (HEIs) will be invited to select staff whose outputs are to be assessed. The following categories of staff will be eligible for selection by institutions:
  - a. Research-active staff employed by the submitting institution. The previous definition of staff eligible to be submitted as 'Category A' will be tig-

htened to include as eligible academic staff with a contract of employment with the submitting HEI on the census date, whose primary employment function is to undertake either research or research and teaching. These will form the volume measure for funding purposes,

- b. Other research-active staff with a clear, defined relationship with the submitted unit. This will include staff employed by the NHS, Research Councils, charities or other organisations but, as we proposed, would exclude researchers with a less clearly defined relationship to the submitted unit. Outputs by these staff will inform the quality profiles, but the staff will not contribute to the volume measure for funding.
8. Research assistants and research fellows will be eligible by exception in the comparatively few cases where they have a sufficiently strong personal research record, in similar terms to the 2008 Research Assessment Exercise (RAE).
9. The proportion of eligible staff submitted will not be a significant factor in the assessment.
10. Institutions may submit a maximum of four outputs per member of staff. We will work with panels to develop more structured approaches to sampling outputs to be assessed in detail, and to define clear criteria for double-weighting outputs of exceptional scale and scope.
11. Early-career researchers and staff with individual circumstances that constrained their research activity during the assessment period may be submitted with fewer than the maximum number of outputs. There will be a consistent approach to the treatment of these circumstances, across the exercise. Other ways in which we will strengthen the measures to promote equality and diversity in the REF are outlined at paragraph 30.
12. The criteria for assessing the quality of outputs will be 'rigour, originality and significance'.
13. All types of outputs from research meeting our definition at paragraph 2 above will be eligible for submission, including 'grey literature' and practice-based outputs. All submitted outputs will need to include evidence of the research process, and present the insights in a form meeting the needs of its potential audiences.
14. We welcome the increasing publication of outputs in open access formats and the increasing use of institutional repositories. We intend to discuss with stakeholders how we could take this forward in future assessment exercises, recognising that some exceptions may be required (such as confidential reports for businesses).
15. We note the concerns about the costs and potential equalities implications of using citation information and will proceed with caution in making this available to some panels to inform their review of outputs, as follows:

- a. Each sub-panel will be invited to decide whether it wishes to use citation information to inform its review of outputs. Panels will set out in their criteria statements whether or not they will use such data, and if so how, within a framework of central guidance, to ensure appropriate use of the data and to avoid any potential disadvantage to outputs for which citation data may not be available,
  - b. We will provide citation data to those panels using them in a standardised and simplified format. We will aim to procure the data and make them available to panels in a way that is transparent and available in an appropriate form to institutions – should they wish to use them to inform their selection of outputs – at minimal additional cost to institutions,
  - c. We will reconsider whether the benefits of incorporating citation information into the REF outweigh the costs if only a small minority of panels request citation information, the costs are high, or if the equalities implications cannot be effectively mitigated.
16. Panels will be able to request brief 'output statements' for pre-specified reasons as indicated below, where such types of information are widely applicable and necessary for the assessment of research in their UOA:
- a. For user-focused or applied research outputs – a short statement to explain the actual or potential user significance of the output if this is not evident within the output itself,
  - b. For non-text or practice-based outputs (performances, artefacts and so on) – a short description of the research process where this is not evident within the output,
  - c. For collaborative or co-authored outputs – a short explanation of the contribution of the individual submitted researcher where this is necessary to inform the assessment.<sup>1</sup>

#### Assessing impact

17. We are still developing our proposals for the method of assessing research impact, including through the pilot exercise now in progress. We expect to make a full, detailed announcement later in the year reflecting the experience of the pilots as well as points made in the consultation responses. We reiterate here the key principles and parameters that will underpin the approach that we are developing:
- a. Our aim is to identify and reward the impact that excellent research carried out within UK higher education is already achieving, and to encourage

<sup>1</sup> Co-authored outputs may not be submitted more than once within the same submission, but may be submitted more than once in separate submissions (either by different institutions, or in separate submissions from one institution).

- the sector to build on this to achieve the full potential impact across a broad range of research activity in the future,
- b. We embrace a wide definition of impact, including benefits to the economy, society, culture, public policy and services, health, the environment, international development and quality of life,
  - c. We aim to assess historical impacts, not attempt to predict future impacts. The REF will assess impacts that have already occurred, underpinned by excellent research over a sufficiently long timeframe to allow the impacts to become evident.
  - d. The REF will assess impact in terms of complete submissions covering a body of activity, not at the level of the individual researcher. The assessment will focus on selected case studies of impacts that have arisen from across a broad portfolio of research activity, and will not expect each submitted researcher to demonstrate the impact of their work.
  - e. Our proposals aim to recognise and reward impacts arising from excellent research of all kinds. Given the evidence provided to us about impacts that have arisen from curiosity-driven research, rather than discourage such research the REF will provide full recognition where curiosity-driven research has benefitted the economy or society, in addition to rewarding excellent research of all kinds through the assessment of output quality.
18. Key elements in our assessment approach will therefore include:
- a. Enabling excellent research in all disciplines to demonstrate impacts according to criteria and indicators that are appropriate to research in each discipline-group, to be applied within a common assessment framework. A key aim of the pilot exercise is to work with experts in a range of disciplines to develop these, and the REF panels will develop them further in consultation with their communities,
  - b. Producing outcomes of the assessment in the form of an 'impact sub-profile' for each submission; these will be the product of expert panels' judgements based on an appropriate mix of qualitative and quantitative evidence,
  - c. A substantive input into the assessment of impact by representatives of the users, beneficiaries and wider audiences of research, working in partnership with academics to develop the criteria and undertake the assessment,
  - d. Recognition that multiple units can contribute to an impact, whether through collaborative or cross-disciplinary research, research in one discipline that informed work in another leading to impact, or several units' independent contributions to building up an influential body of knowledge,

- e. Keeping the burden on institutions of providing evidence to the minimum necessary to enable panels to make robust assessments.

#### Assessing the research environment

19. The quality and vitality of the research environment will be included as a significant factor in the assessment, broadly as proposed. We will undertake some further work in consultation with the expert panels to develop a generic template for institutions to submit relevant information about the research environment.
20. Given the move to broader-based UOAs, submissions will not be expected to relate to a single, coherent organisational structure.
21. Our current preference is to make use of Higher Education Statistics Agency (HESA) data as far as possible in collecting research student and income data. This would mean that research students and income would no longer be associated only with staff selected for the REF, but would reflect the overall numbers of research students and levels of income for the submitted unit as a whole. Further consideration will be given to this before a firm decision is taken.
22. We will take forward our proposals for considering critical mass within the environment element by asking panels to determine whether and how to take this into account, based on evidence about disciplinary factors, and within a common framework.

#### Units of Assessment and expert panels

23. There will be 30 to 40 sub-panels working under the guidance of four Main Panels. The number and scope of the sub-panels will be finalised through further consultation with key stakeholders, and published in due course.
24. We expect some of the sub-panels with large and diverse coverage to require special arrangements involving an overarching sub-panel and a number of sub-groups.
25. We will ensure greater consistency between the panels largely as proposed, including through:
  - a clearly defined common framework for the assessment with more detailed generic guidance applicable to all panels, or all sub-panels within a Main Panel, and allowing flexibility for sub-panels to vary the guidance only in specific areas where justified by disciplinary differences,
  - centralised guidance and processes to deal with individual staff circumstances,
  - four broad Main Panels, with responsibility to ensure consistency among their sub-panels.
26. In the context of broader panels, multiple submissions will be allowed in exceptional cases. We are still considering whether it is more appropriate to make multiple submissions for all three elements in the assessment, or only of the outputs element.

27. As was the case in the RAE, joint submissions to one UOA by two or more HEIs of research they have undertaken collaboratively will be encouraged.

#### Interdisciplinary research

28. Interdisciplinary research will be supported as proposed, and in addition:

- we will aim to include members with specific interdisciplinary expertise on sub-panels,
- cross-panel membership will be encouraged in cases where there are strong connections across panels.

#### Researcher mobility

29. We will carry forward the proposals to support the mobility of researchers between higher education and other sectors. Panels will be encouraged to give due credit for the contribution to an institution's research made by researchers recruited from business or other sectors as well as academic staff spending time in other sectors.

#### Equalities and diversity

30. We will strengthen the measures to promote equalities and diversity, including:

- strengthening the guidance on institutional codes of practice for the selection of staff, building on the findings from the review of the 2008 RAE equalities measures<sup>2</sup>,
- more robust monitoring of the selection of staff for assessment, by tightening the definitions of eligible staff,
- a more consistent approach to the treatment of individual staff circumstances across the exercise
- within the environment template, requiring clearer evidence that participating institutions

are working to improve equality of opportunity and diversity of their academic workforce.

31. We are establishing an expert group to help take these measures forward and to advise on the equalities implications of using citation information and assessing impact in the REF.

#### Accountability burden

32. We will reduce the burden of research assessment in several areas outlined below, although (with the inclusion of impact) do not expect the overall level of burden to differ substantially to the 2008 RAE:

- fewer Main Panels and sub-panels operating more consistently,
- tighter definitions of eligible staff, especially those not employed by the submitting institution,
- using HESA data as far as possible for research student and research income data,
- phasing out the Research Activity Survey in England,
- use of templates for the narrative elements,
- for panels, greater use of sampling and/or double-weighted outputs.

Quelle: [http://www.hefce.ac.uk/pubs/circlrets/2010/cl04\\_10/cl04\\_10a.pdf](http://www.hefce.ac.uk/pubs/circlrets/2010/cl04_10/cl04_10a.pdf) (16.04.2011)

■ **Dr. Wolff-Dietrich Webler**, Professor of Higher Education, University of Bergen (Norway); Ehrenprofessor der Staatlichen Pädagogischen Universität Jaroslawl/Wolga; Leiter des Instituts für Wissenschafts- und Bildungsforschung Bielefeld (IWBB), E-Mail: [webler@iwbb.de](mailto:webler@iwbb.de)

im Verlagsprogramm erhältlich:

**Heinz W. Bachmann:**  
**Systematische Lehrveranstaltungsbeobachtungen an einer Hochschule**  
**Verläufe von Lehrveranstaltungen an einer schweizerischen Fachhochschule**  
**bei Einführung der Bologna-Studiengänge – eine Fallstudie**

ISBN 3-937026-65-7, Bielefeld 2009, 172 Seiten, 24.90 Euro

Bestellung E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de), Fax: 0521/ 923 610-22

<sup>2</sup> See 'Impact of the process to promote equality and diversity in the Research Assessment Exercise 2008', available on the Equality Challenge Unit web-site, [www.ecu.ac.uk](http://www.ecu.ac.uk), under Publications.



## Einige Schlaglichter der Einführung des REF in der britischen Öffentlichkeit

Im Netz erscheinen zunächst nur die offiziellen Planungspapiere, Stellungnahmen, Ergebnisberichte des HEFCE und ähnlicher Agenturen. Damit lassen sich die dort verfolgten Programmatiken, Fragestellungen, Zeitpläne, Abläufe, (offiziellen) Ergebnisse (z.B. von Befragungen) gut rekonstruieren. Aber berichtet wird (fast) nur das, was die Agenturen an die Öffentlichkeit geben wollen. An die Alltagswirklichkeit und an die Probleme, Misserfolge, evtl. sogar Proteste in der Verfolgung dieser Programme ist kaum heran zu kommen.

Kritische Berichterstattung (z.B. in Times Higher Education Supplement) oder blogs bilden da wichtige Ergänzungen. Deshalb wird hier ein solcher blog wieder gegeben. Zwar lassen die Texte keinen Schluss zu ihrer Repräsentativität zu (allenfalls bei zahlreichen Kommentaren). Aber sie werfen immerhin ein Schlaglicht auf die Emotionen, auf die Stimmungslage bei einigen der Betroffenen. Der nachfolgende blog hat genau diese Funktion: Eine Episode, eine Impression zu zeigen, die das offizielle Bild relativiert und insofern ergänzt.

### A Modest Proposal

(Posted in Education, Science Politics with tags HEFCE, Higher Education, REF, research, Universities on March 7, 2011 by telescope)

Last week I posted a short item about the looming Kafka-esque nightmare that is the Research Excellence Framework. A few people commented to me in private that although they hate the REF and accept that it's ridiculously expensive and time-consuming, they didn't see any alternative. I've been thinking about it and thought I'd make a suggestion. Feel free to shoot it down in flames through the box at the end, but I'll begin with a short introduction.

Those of you old enough to remember will know that before 1992 (when the old 'polytechnics' were given the go-ahead to call themselves 'universities') the University Funding Council – the forerunner of HEFCE – allocated research funding to universities by a simple formula related to the number of undergraduate students. When the number of universities suddenly increased this was no longer sustainable, so the funding agency began a series of Research Assessment Exercises to assign research funds (now called QR funding) based on the outcome. This prevented research money going to departments that weren't active in research, most (but not all) of which were in the ex-Polys. Over the years the apparatus of research assessment has become larger, more burdensome, and incomprehensibly obsessed with "research concentration". Like most bureaucracies it has lost sight of its original purpose and has now become

something that exists purely for its own sake. It's especially indefensible at this time of deep cuts to university budgets that we are being forced to waste an increasingly large fraction of our decreasing budgets on staff-time that accomplishes nothing useful except pandering to the bean counters.

My proposal is to abandon the latest manifestation of research assessment mania, i.e. the REF, and return to a simple formula, much like the pre-1992 system, except that QR funding should be based on research student rather than undergraduate numbers. There's an obvious risk of game-playing, and this idea would only stand a chance of working at all if the formula involved the number of successfully completed research degrees over a given period. I can also see an argument that four-year undergraduate students (e.g. MPhys or MSci students) also be included in the formula, as most of these involve a project that requires a strong research environment. Among the advantages of this scheme are that it's simple, easy to administer, would not spread QR funding in non-research departments, and would not waste hundreds of millions of pounds on bureaucracy that would be better spent on research. It would also maintain the current "dual support" system for research. I'm sure you'll point out disadvantages through the comments box!

### Meet the Panel...

(Posted in Education, Science Politics with tags HEFCE, Higher Education, Physics & Astronomy, REF, research, Sub-panel 9, Universities, Wales on February 21, 2011 by telescope)

Just a quick post to pass on the news that the Higher Education Funding Council for England (HEFCE) has announced the list of panel members for the forthcoming Research Excellence Framework (REF), a massive exercise in bean counting which will drag on until 2014.

Much as I enjoy ploughing through HEFCE's fascinating documents, in this case I went straight to the Physics (& Astronomy) sub-panel [vgl. Tab. 1].

All estimable folk and a good selection of different expertise. There's also a good geographical spread with members from the English regions, Scotland, Northern Ireland, and of course Wales. Oh, wait a minute. Not Wales. Apparently Wales doesn't merit any representation on the Physics REF panel. Nor did it last time. Why am I thinking to myself "here we go again"?

To be perfectly honest, I don't really understand why Welsh universities are being forced to take part in the REF anyway. Or those from Scotland and Northern Ireland for that matter. The REF is driven by an English

Tabelle 1: Sub-panel 9

Sub-panel 9: Physics	
<b>Chair</b>	
Professor Brian Foster	University of Oxford
<b>Members</b>	
Dr Norman Apsley	Northern Ireland Science Park
Professor Martin Barstow	University of Leicester
Professor Donal Bradley	Imperial College London
Professor John Chalker	University of Oxford
Professor Richard Dendy	Culham Centre for Fusion Energy
Professor Laurence Eaves	University of Nottingham
Professor Yvonne Elsworth	University of Birmingham
Professor Wendy Flavell	University of Manchester
Professor William Gellatly	University of Surrey
Professor Monica Grady	The Open University
Professor Robert Kennicutt	University of Cambridge
Professor Mervyn Miles	Bristol University
Professor Miles Padgett	University of Glasgow
Professor John Peacock	University of Edinburgh
Professor Ferruccio Renzoni	University College London
Professor Christopher Sachrajda	University of Southampton
Professor Roy Sambles	University of Exeter
Dr Frances Saunders	Defence Science and Technology Laboratory
Professor David Wark	Rutherford Appleton Laboratory
<b>Panel Secretary</b>	
Dr Paul Edwards	University of Birmingham

agenda which is certainly at variance with Welsh priorities. Whereas in England, HEFCE is allocating funding using a formula involving an exceedingly steep weighting towards "internationally leading" research, here in Wales the equivalent body HEFCW is resisting the urge to concentrate research cash so heavily according to such a doubtful measure of research quality. And don't get me started on the so-called "impact" measures. All I can say about them is that Kafka would have been proud.

The Welsh Assembly Government has recently taken steps to protect Welsh students against the effects of Higher Education cuts imposed by Westminster. However, there will be substantial cuts in resource to Welsh universities in order to pay for this. At the same time as making "efficiency savings", as is appropriate for the age of austerity, we're also being forced to participate in a monstrously wasteful bureaucratic exercise of little relevance to the needs or aspirations of Welsh universities. I think there's a strong case for HEFCW to show a bit of real independence and withdraw from the REF altogether.

**Reffing**

*(Posted in Science Politics with tags RAE, REF, Research Assessment Exercise, Research Excellence Framework on September 28, 2009 by telescope)*

No sooner has the dust settled on the 2008 Research Assessment Exercise (RAE) when the Higher Education

Funding Council for England (HEFCE) has tabled its proposals for a new system called the Research Excellence Framework (REF) in a 56-page consultation document that you can download and peruse at your leisure.

I won't try to give a complete account of the new system except to say that apart from the change of acronym there won't be much different. Many of us hoped that the new framework would involve a lighter touch than the RAE, so we could actually get on with research instead of filling in forms all our lives. Fat chance. You can call me cynical if you like, but I think it's obvious that once you set up a monstrous bureaucratic nightmare like the RAE it is almost impossible to kill it off. Things like this gather their own momentum and become completely self-serving. The apparatus of research assessment no longer exists to fulfil a particular purpose. It exists because it exists. It might be useful however to summarise the main changes:

1. The number of Units of Assessment and sub-panels is to be reduced from 67 to 30 and the number of main assessment panels from 15 to 4. This move is bound to prove controversial as it will clearly reduce the number of specialists involved in the quality appraisal side of things. However, the last RAE produced clear anomalies in the assessment carried out by different panels: physics overall did very poorly compared to other disciplines, for example. Having fewer panels might make it easier to calibrate different subjects. Might.
2. In REF the overall assessments are going to be based on three elements: research output (60%); impact (25%); and environment (15%). In the last RAE each panel was free to vary the relative contribution of different components to the overall score. Although the "research output" category is similar to the last RAE, it is now proposed to include citation measures in the overall assessment. Officially, that is. It's an open secret that panel members did look at citations last time anyway. Citation impact will however be used only for certain science and engineering subjects. "Impact" is a new element and its introduction is in line with the government's agenda to pump research funds into things which will generate wealth, so this measure will probably shaft fundamental physics. "Environment" includes things like postgraduate numbers, research funding and the like; this is also similar to the RAE.
3. A roughly similar number of experts will be involved as in RAE 2008 – so it will be similarly expensive to run.
4. The consultation document asks whether the number of outputs submitted per person should be reduced from four to three, and also whether "substantive outputs" (whatever they are) should be "double-weighted".
5. The results will be presented in terms of "profiles" as in 2008, with the percentage of activity at each level being given.
6. The consultation also suggests honing the description of "world-leading" (4\*) and "internationally excellent" (3\*) to achieve greater discrimination at the top end

of the scale. This is deeply worrying, as well as completely absurd. The last RAE applied a steeply rising funding formula to the scores so that 4\*:3\*:2\*:1\* was weighted 7:3:1:0. However the fraction of work in each category is subject to considerable uncertainty, amplified by the strong weighting. If the categories are divided further then I can see an even steeper weighting emerging, with the likely outcome that small variations in the (subjective) assessment will lead to drastic variations in funding. Among the inevitable consequences of this will be that some excellent research will lose out.

No doubt university administrators across the United Kingdom will already be plotting how best to play the new system. I think we need to remember, though, that deep cuts in public spending have been promised by both major political parties and there is a general election due next year. I can see the overall budget for university research being slashed so we'll be fighting for shares of a shrinking pot. Killing off the bureaucracy

would save money, but somehow I doubt that will be on the agenda.

The views presented here are personal and not necessarily those of my employer (or anyone else for that matter). Feel free to comment on any of the posts on this blog but comments may be moderated; anonymous comments and any considered by me to be abusive will not be accepted. I do not necessarily endorse, support, sanction, encourage, verify or agree with the opinions or statements of any information or other content in the comments on this site and do not in any way guarantee their accuracy or reliability.

Quelle: <http://telescooper.wordpress.com/tag/ref/> (Abruf 30.06.2011).

### René Krempkow

#### Leistungsbewertung, Leistungsanreize und die Qualität der Hochschullehre Konzepte, Kriterien und ihre Akzeptanz



ISBN 3-937026-52-5, Bielefeld 2007,  
297 Seiten, 39.00 Euro

Mehr als eineinhalb Jahrzehnte sind vergangen, seit das Thema Bewertung der Hochschulleistungen und dabei vor allem der „Qualität der Lehre“ in Deutschland auf die Tagesordnung gebracht wurde. Inzwischen wird eine stärker leistungsorientierte Finanzierung von Hochschulen und Fachbereichen auch im Bereich der Lehre immer stärker forciert. Bislang nur selten systematisch untersucht wurde aber, welche (auch nicht intendierten) Effekte Kopplungsmechanismen zwischen Leistungsbewertungen und Leistungsanreizen wie die Vergabe finanzieller Mittel für die Qualität der Lehre haben können. Für die (Mit-)Gestaltung sich abzeichnender Veränderungsprozesse dürfte es von großem Interesse sein, die zugrundeliegenden Konzepte, Kriterien und ihre Akzeptanz auch empirisch genauer zu untersuchen. Nach der von KMK-Präsident Zöllner angeregten Exzellenzinitiative Lehre und der vom Wissenschaftsrat angeregten Lehrprofessur sowie angesichts des in den kommenden Jahren zu erwartenden Erstsemesteransturms könnte das Thema sogar unerwartet politisch aktuell werden.

Im Einzelnen werden in dieser Untersuchung die stark auf quantitative Indikatoren (v.a. Hochschulstatistiken) bezogenen Konzepte zur Leistungsbewertung und zentrale Konzepte zur Qualitätsentwicklung bezüglich ihrer Stärken und Schwächen sowie Weiterentwicklungsmöglichkeiten diskutiert. Bei der Diskussion von Leistungsanreizen wird sich über den Hochschulbereich hinaus mit konkreten Erfahrungen in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung auseinandergesetzt – auch aus arbeitswissenschaftlicher und gewerkschaftlicher Sicht. Bei der Diskussion und Entwicklung von Kriterien und Indikatoren zur Erfassung von Qualität kann auf langjährige Erfahrungen und neuere Anwendungsbeispiele aus Projekten zur Hochschulberichterstattung mittels Hochschulstatistiken sowie Befragungen von Studierenden und Absolventen sowie Professoren und Mitarbeitern zurückgegriffen werden. Abschließend werden Möglichkeiten zur Einbeziehung von Qualitätskriterien in Leistungsbewertungen und zur Erhöhung der Akzeptanz skizziert, die zumindest einige der zu erwartenden nicht intendierten Effekte und Fehlanreizwirkungen vermeiden und damit zur Qualität der Lehre beitragen könnten.

Reihe Qualität - Evaluation - Akkreditierung

Bestellung - E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de), Fax: 0521/ 923 610-22

## Leibniz Universität Hannover: Neuer Studiengang Energietechnik stößt auf großes Interesse

Einschreibung für interdisziplinäres Studium noch bis Ende September möglich

Fragen zur Energieversorgung, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit geraten angesichts des Klimawandels und der wachsenden Weltbevölkerung immer stärker ins Bewusstsein. Dabei kommt der elektrischen Energie eine besondere Bedeutung zu. Entsprechend wächst der Bedarf an exzellenten, interdisziplinär ausgebildeten Ingenieurinnen und Ingenieuren. Die Leibniz Universität Hannover bietet daher zum Wintersemester 2011/2012 den neuen, derzeit zulassungsfreien Bachelorstudiengang Energietechnik an. Die Nachfrage nach dem neuen Studiengang ist sehr groß. Interessierte können sich noch bis zum 30. September 2011 einschreiben. Der Studiengang wird von den Fakultäten für Elektrotechnik und Informatik sowie Maschinenbau gemeinsam angeboten und dauert sechs Semester.

Der Transport der elektrischen Energie und ihre effiziente Nutzung sind klassische Arbeitsgebiete der Ingenieurwissenschaften, vor allem der Elektrotechnik und des Maschinenbaus. Die Leibniz Universität Hannover kann im Bereich der Elektrischen Energietechnik auf hervorragende Kompetenz zurückgreifen. Im jüngsten Forschungsrating des Wissenschaftsrates liegen die hannoverschen Forscherinnen und Forscher in diesem Fach auf Platz 2 unter den Universitäten. Mit dem Institut für Windenergiesysteme (IWES), Partner in der Forschungsinitiative ForWind, und dem Institut für Solarenergieforschung Hameln (ISFH), An-Institut der Leibniz Universität, ist die Hochschule maßgeblich an der Spitzenforschung im Bereich Regenerative Energien beteiligt. Die Vertiefungsrichtung Energietechnik hat im Studiengang Elektrotechnik und Informationstechnik bereits eine lange Tradition.

Im neuen Studiengang Energietechnik werden Grundlagen- und Anwendungsfächer aus dem Maschinenbau und der Elektrotechnik in gleichen Anteilen vermittelt. Energietechnische Inhalte werden bereits im ersten Semester praktisch vertieft. Das theoretische Wissen wenden die Studierenden in praxisnahen Projekten sowie innerhalb eines zwölfwöchigen Fachpraktikums in der Industrie an. Mit ihrem Bachelorabschluss können Absolventinnen und Absolventen ihre berufliche Karriere in einem Energietechnikunternehmen starten oder den Masterstudiengang „Energietechnik – Energieanlagen, Kraftwerke und Netzdynamik“ anschließen, den die Leibniz Universität ab Wintersemester 2014/2015 anbietet.

### Kontakt:

Regina Bürmann-Wiesner  
Studiendekanat Elektrotechnik und Informationstechnik,  
Telefon: +49 511 762 8915  
E-Mail: buermann-wiesner@et-inf.uni-hannover.de

### Quelle:

<http://idw-online.de/de/news437252>  
22.08.2011

im Verlagsprogramm erhältlich:

**Anke Hanft/Isabel Müskens (Hg.)**  
**Bologna und die Folgen für die Hochschulen**

*ISBN 3-937026-33-9, Bielefeld 2005, 80 Seiten, 11.70 Euro*

**BAK**  
**Forschendes Lernen - Wissenschaftliches Prüfen**

*ISBN 3-937026-55-X, Bielefeld 2009, 75 Seiten, 9.95 Euro*

Bestellung E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de), Fax: 0521/ 923 610-22

**Anke Hanft (Hg.):  
Grundbegriffe des Hochschulmanagements**



Das Buch liefert grundlegende Informationen zu Managementkonzepten und -methoden sowie zu den derzeit diskutierten Reformansätzen im Hochschulbereich. Erstmals werden dabei auch die durch den Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien in Lehre und Administration ausgelösten Veränderungen umfassend berücksichtigt.

Etwa 100 Begriffe werden in alphabetischer Reihenfolge erläutert. Durch vielfältige Querverweise und ein umfassendes Stichwortverzeichnis ist sichergestellt, dass der Leser schnell und gezielt auf die ihn interessierenden Informationen zugreifen kann.

*ISBN 3-937026-17-7, Bielefeld 2004,  
2. Auflage, 525 Seiten, 34.20 Euro*

Bestellung - E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de), Fax: 0521/ 923 610-22

Reihe Hochschulwesen: Wissenschaft und Praxis

**Liebe Leserinnen und Leser,**

nicht nur in dieser lesenden Eigenschaft (und natürlich für künftige Abonnements) sind Sie uns willkommen. Wir begrüßen Sie im Spektrum von Forschungs- bis Erfahrungsberichten auch gerne als Autorin und Autor. Der UVW trägt mit seinen Zeitschriften bei jahresdurchschnittlich etwa 130 veröffentlichten Aufsätzen erheblich dazu bei, Artikeln in einem breiten Spektrum der Hochschulforschung und Hochschulentwicklung eine Öffentlichkeit zu verschaffen.

- „Forschung über Forschung“ (mit Beiträgen über neue empirische bzw. theoretische Ergebnisse der Wissenschaftsforschung),
- „Entwicklung/politische Gestaltung/Strategie“ (im Forschungsfeld),
- „Anregungen für die Praxis/Erfahrungsberichte“, aber ebenso
- „Rezensionen“,
- „Tagungsberichte“ sowie
- „Interviews“

Die Hinweise für Autorinnen und Autoren finden Sie unter: [www.universitaetsverlagwebler.de](http://www.universitaetsverlagwebler.de)

**Anzeigenannahme für die Zeitschrift „Forschung“**

**Die Anzeigenpreise:** können Sie einsehen unter: <http://www.universitaetsverlagwebler.de/Forschung.html>

**Format der Anzeige:** JPeG- oder EPS-Format, mindestens 300dpi Auflösung, schwarz-weiß

**Kontakt: UVW UniversitätsVerlagWebler** - Der Fachverlag für Hochschulthemen  
Bünder Straße 1-3 (Hofgebäude), 33613 Bielefeld,  
Fax: 0521 - 92 36 10-22, E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de)

## Hauptbeiträge der aktuellen Hefte HSW, HM, P-OE, ZBS und QiW

Auf unserer Homepage [www.universitaetsverlagwebler.de](http://www.universitaetsverlagwebler.de) erhalten Sie Einblick in das Editorial und Inhaltsverzeichnis aller bisher erschienenen Ausgaben.

### HSW

#### Das Hochschulwesen

Forum für Hochschulforschung, -praxis und -politik

HSW3/2011

##### Hochschulentwicklung/-politik

*Olaf Zawacki-Richter, Anna Kourotchkina & Eva Maria Bäcker*  
**Überblick über das Hochschulwesen der Russischen Föderation, insbesondere über die Entwicklung des Fernstudiums**

*Aristotelis Zmas & Vassilios Pantazis*  
**Hochschulrankings und Qualitätsmessung**

*Christina vom Brocke*  
**Bedarfsanalysen für maßgeschneidertes eLearning an Hochschulen: Das Fallbeispiel der Universität Liechtenstein**

##### Anregungen für die Praxis/ Erfahrungsberichte

*Tobias Pukrop, Tobias Raupach, Christine Bäumler, Jörg Wendorff & Claudia Binder*  
**Pilotstudie zum Einsatz „Aktivierender Lehrmethoden“ in einem Seminar**

### HM

#### Hochschulmanagement

Zeitschrift für die Leitung, Entwicklung und Selbstverwaltung von Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen

HM 2/2011

##### Hochschul-IT-Management

##### Anregungen für die Praxis/ empirische Studien

*Matthias Klumpp & Katrin Kriebel*  
**Berufswertigkeit zur Studienevaluation und Studieneinstufung**

*Wolff-Dietrich Webler*  
**Wege in den Beruf – Historische Anmerkungen zur Berufswertigkeit von Bildungswegen**

*Markus Eurich, Sadri Tahar & Roman Boutellier*  
**Effizienzdruck und technologische Innovation im Hochschul-IT Management: Strukturwandel der ETH-IT**

*Kathrin Börgmann & Markus Bick*  
**IT-Governance in deutschen Hochschulen – eine qualitative Untersuchung**

*Christoph Biester*  
**Die Bürokratisierung der leistungsorientierten Vergütung in der W-Besoldung am Beispiel der Berufs- und Bleibeleistungsbezüge**

### P-OE

#### Personal- und Organisationsentwicklung in Einrichtungen der Lehre und Forschung

Ein Forum für Führungskräfte, Moderatoren, Trainer, Programm-Organisatoren

POE 1/2011

##### Beispiele akademischer Personalentwicklung

##### P-OE-Gespräch

**P-OE-Gespräch mit Dr. Edith Kröber, Leiterin des Zentrums für Lehre und Weiterbildung der Universität Stuttgart**

##### Personal- und Organisationsentwicklung/-politik

*Renate Petersen*  
**Wissenschaftliche Personalentwicklung in der Universitätsmedizin von der Promotion bis zur Habilitation**

*Jasmin Döhling-Wölm*  
**Karrieren werden in Netzwerken gemacht - Strategisches Netzwerken als Förderinstrument der akademischen Personalentwicklung**

*Wolff-Dietrich Webler*  
**Strategien zum Auf- und Ausbau der Lehrkompetenz als Teil der Personalentwicklung**

**ZBS****Zeitschrift für  
Beratung und Studium**

Handlungsfelder, Praxisbeispiele und Lösungskonzepte

ZBS 2/2011

**Beispiele zu Entwicklung und Stand der Studien- und Studierendenberatung im europäischen Vergleich***Othmar Kürsteiner***Wie ist die Studienberatung in der Schweiz aufgestellt?***Markus Diem***Gedanken zur Entwicklung der Studienberatung in der Schweiz***Francesca Nardin***Studienberatung an einer mehrsprachigen Universität am Beispiel der Freien Universität Bozen***Andrzej Stolarczyk***Student counselling in Poland***Franz Rudolf Menne***Ex occidente lux – Das flankierende Beratungssystem Luxemburgs als vielfältige Unterstützung in jeder (Aus-)Bildungsphase***Ruth Williams & Raegan Hiles***The changing face of services that support students in the UK***Ellen Katja Jaeckel***Studieninformation und -beratung als Angebot in schwieriger Zeit***Thea Rau, Andrea Kliemann,**Jörg M. Fegert & Marc Allroggen***Vorstellung und Evaluation eines Curriculums zur Wahrnehmung von und zum Umgang mit Gefährdungspotentialen bei Studierenden****Rezension:***Ruth Großmaß & Edith Püschel:***Beratung in der Praxis – Konzepte und Fallbeispiele aus der Hochschulberatung (Hans-Werner Rückert)****QiW****Qualität in der Wissenschaft**Zeitschrift für Qualitätsentwicklung in  
Forschung, Studium und Administration

QiW 2 2011

**QiW-Gespräch mit Professor Dr. Reinhold R. Grimm, Vorsitzender des Akkreditierungsrates****Forschung über Qualität in der Wissenschaft***Iris Haußmann, Daniela Heinze, Anna Pia Roch & Uwe Schmidt***Externe Qualitätssicherungskonzepte:****Zwischen Akkreditierung, Evaluation und Audit***Christoph Grolimund***Quality Audit – Externe Qualitätssicherung an Schweizer Universitäten***Anke Hanft & Andreas Kohler***Quality Audits in Österreich***Sabine Fähndrich***Die Programmstichprobe im Rahmen der Systemakkreditierung***Philipp Pohlenz & Sylvi Mauermeister***Dezentrale Verantwortung und Autonomie. Entwicklung von Qualitätsmanagement im Verfahren der Systemakkreditierung an der Universität Potsdam****Für weitere  
Informationen**- zu unserem  
Zeitschriftenangebot,- zum Abonnement einer  
Zeitschrift,- zum Erwerb eines  
Einzelheftes,- zum Erwerb eines anderen  
Verlagsproduktes,- zur Einreichung eines  
Artikels,

- zu den Autorenhinweisen

oder sonstigen Fragen,  
besuchen Sie unsere

Verlags-Homepage:

[www.universitaetsverlagwebler.de](http://www.universitaetsverlagwebler.de)oder wenden Sie sich direkt an  
uns:**E-Mail:**[info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de)**Telefon:**

0521/ 923 610-12

**Fax:**

0521/ 923 610-22

**Postanschrift:**

UniversitätsVerlagWebler

Bünder Straße 1-3

Hofgebäude

33613 Bielefeld

**Ludwig Huber, Julia Hellmer & Friederike Schneider (Hg.):  
Forschendes Lernen im Studium. Aktuelle Konzepte und Erfahrungen**



Das Konzept des Forschenden Lernens, das vor 40 Jahren von der Bundesassistentenkonferenz ausgearbeitet wurde und weithin großes Echo fand, gewinnt gegenwärtig erneut an Aktualität. Im Zusammenhang mit dem „Bologna-Prozess“ werden Anforderungen an die Entwicklung allgemeiner Kompetenzen der Studierenden gestellt, zu deren Erfüllung viel größeres Gewicht auf aktives, problemorientiertes, selbstständiges und kooperatives Arbeiten gelegt werden muss; Forschendes Lernen bietet dafür die einem wissenschaftlichen Studium gemäße Form.

Lehrenden und Studierenden aller Fächer und Hochschularten, die Forschendes Lernen in ihren Veranstaltungen oder Modulen verwirklichen wollen, soll dieser Band dienen. Er bietet im ersten Teil Antworten auf grundsätzliche Fragen nach der hochschuldidaktischen Berechtigung und den lerntheoretischen Gründen für Forschendes Lernen auch schon im Bachelor-Studium. Im zweiten Teil wird über praktische Versuche und Erfahrungen aus Projekten Forschenden Lernens großenteils aus Hamburger Hochschulen berichtet. In ihnen sind die wichtigsten Typen und alle großen Fächerbereiche der Hochschulen durch Beispiele repräsentiert. Die Projekte lassen in ihrer Verschiedenartigkeit die unterschiedlichen Formen und Ausprägungsgrade erkennen, die Forschendes Lernen je nach Fach annehmen kann (und auch muss); zugleich zeigen sie die reizvolle Vielfalt möglicher Themen und Formen. Im dritten Teil werden in einer übergreifenden Betrachtung von Projekten zum Forschenden Lernen Prozesse, Gelingensbedingungen, Schwierigkeiten und Chancen systematisch zusammengeführt.

Insgesamt soll und kann dieses Buch zu immer weiteren und immer vielfältigeren Versuchen mit Forschendem Lernen anregen, ermutigen und helfen.

ISBN 3-937026-66-5, Bielefeld  
2009, 227 Seiten, 29.60 Euro

Bestellung - E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de), Fax: 0521/ 923 610-22

**Motivierendes Lehren und Lernen  
in Hochschulen: Praxisanregungen**

**Christa Cremer-Renz & Bettina Jansen-Schulz (Hg.):**

**Innovative Lehre – Grundsätze, Konzepte, Beispiele der Leuphana Universität Lüneburg**

Mit dem Wettbewerb „Leuphana-Lehrpreis“ sucht die Leuphana Universität Beispiele für innovative Lehrveranstaltungen mit überzeugenden Konzepten und lernmotivierenden Lehr- Lernarrangements, um mehr Studierende für Präsenzveranstaltungen zu begeistern und Lehrende zu gewinnen, ihrem Lehr-Lernkonzept stärkere Aufmerksamkeit entgegen zu bringen.

Nicht nur die Kunst der verbalen und visuellen Präsentation macht eine gute Lehrveranstaltung aus, sondern gerade auch die Darbietung des Fachwissens und die besondere Bedeutung der Aktivierung, Motivierung und Kompetenzentwicklung der Studierenden. Das Schaffen kompetenter Arbeitsbeziehungen sowie die Förderung der Selbstorganisation der Studierenden und ihre Befähigung zur verstärkten Verantwortungsübernahme für den eigenen Lernprozess zeichnen gute Lehre aus.

Mit dem Lehrpreis belohnt die Hochschule besonders herausragende innovative Lehrveranstaltungen der verschiedenen Disziplinen mit unterschiedlichsten innovativen Veranstaltungsformen: Vorlesung, Seminar, Kolloquium, Projekt und Übungen, Exkursionen. Alle stellen Grundmuster didaktischen Handelns dar, die oft in vielfacher Mischform und Kombinatorik den Lernenden ein Angebot unterbreiten, die vielfältigen Lernaufgaben optimaler zu bewältigen.

In diesem Band werden zehn prämierte Lehrveranstaltungen aus drei Jahren (2007, 2008, 2009) präsentiert. Umrahmt werden die Beispiele von Texten zu Grundlagen guter und genderorientierter Lehre, der Entwicklung von Hochschuldidaktik und in dem Zusammenhang der Lehrpreisentwicklung, zur hochschulpolitischen Position von Lehre im Wissenschaftsbetrieb und von Perspektiven von Studierenden und hochschuldidaktischer Forschung.



ISBN 3-937026-62-2, Bielefeld 2010,  
ca. 325 Seiten, 39.80 Euro

Bestellung - E-Mail: [info@universitaetsverlagwebler.de](mailto:info@universitaetsverlagwebler.de), Fax: 0521/ 923 610-22

**Motivierendes Lehren und Lernen  
in Hochschulen: Praxisanregungen**